

komitees der Einheitsfront in allen Betrieben, in allen Stempelstellen, in allen Wohngebieten sein.

Wir sind überzeugt: Ebenso wie die sozialdemokratischen Arbeiter und die Reichsbannerarbeiter mit uns Schulter an Schulter wehrhaft den Kampf gegen den Mordfaschismus führen, wie Reichsbannerarbeiter im Gegensatz zum Willen ihrer Führer bewaffnet gegen den Mordfaschismus kämpfen, ebenso werden diese Arbeiter am 1. Mai im Zeichen der roten Einheitsfront gegen den Faschismus Schulter an Schulter unter Führung der Kommunistischen Partei aufmarschieren, trotz aller Demonstrationsverbote, trotz aller papierenen Verordnungen der Herren Grzesinski und Co.

Sie als die Vertreter der christlichen Gesinnung sind vielleicht der Meinung, daß die Ermordung von Arbeitern durch Faschisten und Polizei ein besonderer Ausdruck der christlichen Nächstenliebe ist. Die Arbeiterklasse ist anderer Meinung. Wir wissen und wir sind es gewöhnt, daß Sie die Politik, die Sie während des Krieges unter der Segnung der Gewehre und der Geschütze durchgeführt haben, jetzt auf den Straßen der Großstädte fortsetzen, um die Geldsäcke der Klöckner und Co. zu schützen.

Aber das arbeitende Volk wird sich nicht mehr so ausplündern und unterdrücken lassen, wie es in früheren Jahren der Fall gewesen ist. Der große Fortschritt der letzten Wochen und Monate besteht gerade darin, daß die Arbeiter sich gegen den faschistischen Terror wie gegen den Terror der Polizei mit allen Mitteln zur Wehr gesetzt haben, daß sie sich ihrer Haut gewehrt haben. Sie haben damit bewiesen, daß, wenn die Arbeiterklasse kämpft, wenn sie die Faschisten aus ihren Mordhöhlen vertreibt, wenn sie die Arbeitergebiete vom Faschismus säubert und die Stahlhelmer bei ihrer faschistischen Mobilmachung aus den Arbeitervierteln verjagt, kein Faschist mehr imstande sein wird, Arbeiter zu ermorden.

*Verhandlungen des Reichstags 5. Wahlperiode,
50. Sitzung,
S. 1912—1914.*

Offener Brief an Herrn Grzesinski

Herr Grzesinski!

Sie haben als Sozialdemokrat und als Mitglied des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes den Arbeitern des roten Berlins die Straßendemonstrationen und den Aufmarsch im Lustgarten am 1. August gegen imperialistischen Krieg und für die revolutionäre Verteidigung der Sowjetunion verboten. Sie wollen verhindern, daß durch den Massenaufmarsch nach dem Lustgarten das ganze werktätige Volk zum revolutionären Massenkampf gegen die imperialistische Kriegspolitik aufgerüttelt wird.

Ein solches Verbot liegt nur im Interesse der Schwerindustrie, der Herren von IG Farben, der Krupp, Thyssen und Co. und des Faschismus. Die Hitler, Seldte und Konsorten, die aktivsten Kriegshetzer und Propagandisten der deutschen Aufrüstung und alle Panzerkreuzerpatrioten fordern die Unterdrückung des revolutionären Kampfes gegen die imperialistische Kriegspolitik. Sie als Mitglied der SPD und des ADGB führen diese Unterdrückungsmaßnahmen durch.

Indem Sie als Repräsentant der Sozialdemokratie in Berlin die Demonstrationen gegen den imperialistischen Krieg verbieten, beweisen Sie, daß Sie heute ebenso in einer Front mit Hitler und Groener stehen, wie die Sozialdemokratie während des Krieges gemeinsam mit Herrn Groener Durchhaltepolitik getrieben hat.

Ihre Polizeimaßnahmen gegen die revolutionäre Arbeiterschaft des roten Berlins unterscheiden sich in der Tat nicht von den Unterdrückungsmaßnahmen der Nazis Frick und Franzen in Thüringen und Braunschweig. Wir stellen folgende Tatsachen fest:

1. Sie haben es abgelehnt, unseren Antrag auf Straßendemonstrationen und Freigabe des Lustgartens vor dem 25. Juli zu beantworten. Offensichtlich geschah das zu dem Zweck, es der KPD unmöglich zu machen, in der kurzen Zeit einen anderen geeigneten Platz für die 1.-August-Demonstration zu bekommen.

2. Sie haben am 25. Juli die Lustgardendemonstration mit Hinweis auf das Reichsvereinsgesetz verboten, das bekanntlich ursprünglich von den wilhelminischen Polizeiorganen zur Unterdrückung der revolutionären Bewegung ausgearbeitet worden ist. Es charakterisiert die Politik der Sozialdemokratie, daß ein Sozialdemokrat die Bestimmungen des Reichsvereinsgesetzes gegen die revolutionäre Bewegung anwendet.

3. Sie haben erklären lassen, daß die Polizei eine Kundgebung auf einem „umfriedeten“ Platz eventuell genehmigen würde. Die zuständigen Behörden haben uns die Zustimmung zur Benutzung der Schillerwiese und des Treptower Parkes gegeben. Sie haben die Kundgebung auf beiden Plätzen, obwohl sie offensichtlich „umfriedet“ sind und bei deren Benutzung nicht einmal Verkehrsstörungen eintreten können, verboten.

In der Geschichte der Berliner Arbeiterbewegung hat bisher nur ein Polizeipräsident der Arbeiterschaft Kundgebungen auf der Treptower Wiese verboten, das war der wilhelminische Junker Herr von Jagow. Ich muß mit Hinweis auf die Notverordnung darauf verzichten, das Verbot der Treptower Wiese durch Herrn von Jagow und durch den gegenwärtigen sozialdemokratischen Polizeipräsidenten näher zu charakterisieren.

Sie haben uns danach telefonisch mitgeteilt, daß die KPD doch ihre Kundgebung im Neuköllner Stadion abhalten könne. Es wäre Ihnen ein leichtes gewesen, festzustellen, daß das Neuköllner Stadion auch am 1. August durch die SPD besetzt ist. Es steht ebenso die Tatsache einwandfrei fest, daß der Kommunistischen Partei alle Plätze verboten werden, auch alle geeigneten „umfriedeten“ Plätze, die von den Eigentümern für diesen Tag zur Verfügung gestellt werden. Kundgebungen werden nur auf den Plätzen erlaubt, die von den Besitzern für diesen Tag nicht zur Verfügung gestellt werden, weil sie schon anderweitig vergeben oder ungeeignet sind. Als „umfriedeter“ Platz bleibt danach nur noch der Hof des Polizeipräsidiiums übrig.

Herr Grzesinski!

Es ist kein Zweifel, daß Ihre Unterdrückungsmaßnahmen zum 1. August nicht nur den Interessen des Imperialismus dienen, sondern der Durchführung der neuen geplanten Ausplünderungs-

maßnahmen gegen das werktätige Volk. Durch Demonstrationsverbote und andere Maßnahmen wollen Sie die Mobilmachung des werktätigen Volkes gegen den Lohnraub, gegen den Abbau der Unterstützungen, gegen die Arbeitsdienstpflicht und gegen die ganze kapitalistische Mißwirtschaft verhindern.

Sie werden damit nicht weiterkommen, als Herr von Jagow gekommen ist. Der von Ihnen proklamierte Ausnahmezustand gegen die revolutionäre Arbeiterbewegung wird neuen Massen von Werktätigen anschaulich die Einheitsfront aller Panzerkreuzerpolitiker beweisen.

W. Ulbricht

Bezirksleiter der KPD Berlin—
Brandenburg—Lausitz—Grenzmark.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 153,
31. Juli 1931.*

Vor dem Reichsgericht

Aus den Reden vor dem 4. Strafsenat des Reichsgerichts anlässlich der Anklage wegen Hochverrats

25. September 1931

Zur Anklageschrift

Nach dieser Anklage gibt es nahezu nichts mehr, was nicht als Hochverrat angesehen werden könnte. Was ist eigentlich kein Hochverrat, wenn schon die Aufforderung zum politischen Massenkampf für Lohn und Brot darunter fallen soll? Wir kommunistischen Abgeordneten sind von Millionen beauftragt, ihre Interessen, die Interessen der Werktätigen, zu vertreten. Die Aufhebung unserer Immunität, die am stärksten von den Sozialdemokraten befürwortet wurde, bedeutet den Versuch, uns jede Tätigkeit als Arbeitervertreter im Reichstag unmöglich zu machen.

[Vorsitzender: Sagen Sie das im Reichstag!]

Das Entscheidende ist ja gerade, daß wir durch die Aufhebung der Verfassung im Reichstag nicht mehr reden können. Die Mehrheit dieses Reichstages hat mit Hilfe der SPD beschlossen, daß die KPD-Abgeordneten künftig nur noch vor dem Reichsgericht die Interessen der Werktätigen vertreten dürfen.

Man wirft uns vor, daß wir uns dem bestehenden Staat, seiner Verfassung entgegenstellen. Wer hat denn die Verfassung außer Kraft gesetzt? War es nicht Brüning, der alle Grundrechte des Volkes aufhob und von der ganzen Verfassung nur noch den Artikel 48 übrigließ?

Wir sagen offen: Wir wollen eine andere Verfassung, eine Verfassung im Interesse der Werktätigen, eine Sowjetverfassung schaffen.

Die Verfassung aber, die heute das Reichsgericht verteidigt, besteht nur noch aus dem Artikel 48. Die Pressefreiheit, die Versammlungsfreiheit, die Meinungsfreiheit sind aufgehoben. Entgegen der Verfassung wird der schärfste Terror gegen das revo-

lutionäre Proletariat ausgeübt. Welche Freiheit gibt es noch in Deutschland? Es gibt nur noch die Freiheit für die Besitzenden, Profite zu machen, und für den Arbeiter — zu verhungern. [Beifallsäußerungen bei den Zuhörern. Der Vorsitzende schickt einen Schupo in den Zuhörerraum.]

Ein Punkt der Anklage wirft mir vor, daß ich geschrieben habe: „Blaue Bohnen statt Brot, Gummiknüppel statt ausreichender Erwerbslosenunterstützung — das sind die Errungenschaften der Republik.“ Aber das ist nur die Feststellung einer Tatsache, die Severing ebenso bestätigen könnte wie die Zuhörer in diesem Saal.

Wenn der Brotpreis in Deutschland doppelt so hoch wie in Paris und dreimal so hoch wie in Prag ist, wenn die Erwerbslosenunterstützungen um 30 Prozent gekürzt werden, wenn neuer Lohnraub einsetzt, wenn im Ruhrgebiet die Polizei die Kohlenhalden besetzt, weil frierende Erwerbslose nachts mithelfen, die Halden abzutragen, wenn die Industrie Milliardenkredite bekommt und die Banken die kleine Inflation vorbereiten, dann entspricht die Feststellung „Blaue Bohnen statt Brot“ nur den Tatsachen.

Sie wollen mich dafür verurteilen, daß ich die Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse als die zentrale Aufgabe unserer Partei bezeichnet habe. Jawohl, der Kampf um Lohn und Brot ist unsere zentrale Aufgabe, und in diesem Kampfe werden wir die Mehrheit gewinnen.

[Vorsitzender: Aber nicht mit Gewalt.]

Wer wendet denn Gewalt an, wenn wir mit dem legalen Mittel des Streikkampfes um höheren Lohn und unsere politischen Forderungen kämpfen? Die Polizei ist es, die dagegen Gewalt anwendet.

Weil ich zu den Lehren der Maikämpfe in Berlin festgestellt habe, daß die Bourgeoisie Bürgerkriegsmaßnahmen gegen das Proletariat ergreift, soll ich verurteilt werden. [Genosse Ulbricht bringt zu dieser Frage zahlreiche Beispiele, die wir aus Notverordnungsgründen nicht abdrucken können.]

Wir stehen als Kommunisten in der Frage des Aufstandes selbstverständlich auf demselben Standpunkt wie Marx und Lenin. Aber heute steht nicht die Durchführung des Aufstandes

auf der Tagesordnung, heute muß erst der Masseneinfluß der SPD, dieses sichersten Bollwerkes der Bourgeoisie gegen den Bolschewismus, gebrochen werden. Der Aufstand, den wir jetzt proklamieren, ist der Aufstand der SPD-Arbeiter und der Gewerkschaftsmitglieder gegen ihre verräterischen Führer, und wir können sagen, daß wir das mit Erfolg tun.

Das Reichsgericht will die Aufforderung zur revolutionären Verteidigung der Sowjetunion als Hochverrat ansehen. Damit solidarisiert sich das Reichsgericht mit den Elementen, die den Krieg gegen die Sowjetunion schüren.

Wie sehr der Krieg droht, zeigt die Aufklärung des Jüterboger Attentats, das man, wie alle Verbrechen, uns in die Schuhe schieben wollte. Wir haben festgestellt, daß in dem betreffenden Zug der diplomatische Kurier saß, der von Rom nach Berlin fuhr. Der französische Geheimdienst . . . [Hier unterbricht der Vorsitzende Genossen Ulbricht äußerst erregt und verbietet ihm, über das Jüterboger Attentat zu sprechen.]

Weil wir eine andere Verfassung als die jetzige wollen, eine Verfassung, in der die Arbeiter zu bestimmen haben, darum ist unser oberstes Gesetz einzig und allein die Vertretung der Interessen des ganzen werktätigen Volkes, der Arbeiter, der Bauern, der Angestellten und des verelendeten Mittelstandes.

Aus dem Schlußwort

Nur in einem Sinne kann man sagen, daß das Reichsgericht keine politischen Urteile fällt, wenn man darunter eine selbständige politische Entscheidung verstehen würde. Das Reichsgericht macht nur die Politik der deutschen Bourgeoisie. Darum verurteilt der Reichsanwalt hier auch einfach die ganze Tendenz meiner Artikel. Wenn hier noch auf Grund von Gesetzen aus dem Jahre 1871 geurteilt wird, dann hat sich doch eines geändert: Damals wurden Sozialdemokraten verurteilt, heute beschließen Sozialdemokraten, daß die Kommunisten vor das Reichsgericht müssen. Aber diese verzweifelten Manöver werden sowenig nützen wie der neueste Versuch der Gründung einer eigenen Organisation dazu abkommandierter Sozialdemokraten, die den Abmarsch der SPD-Arbeiter in das Lager des Kommunismus verhindern sollen.

Das Reichsgericht hat sich aber auch mit dem Faschismus solidarisiert, weil es meine Berliner Rede, die sich ausschließlich gegen den Faschismus richtete, zur Anklage benutzt. Ich sage, auch wenn hier nationalsozialistische Richter säßen, würden sie nicht anders urteilen.

Nicht das Urteil, das Sie fällen, ist für uns maßgebend, sondern die Beurteilung unserer Handlungen durch die Arbeiterklasse, deren Interesse allein wir Kommunisten vertreten.

*„Klassenkampf“,
26. September 1931.*

Der revolutionäre Aufschwung und die Taktik der Einheitsfront

Der Beschluß des Politbüros über „Unsere brennendsten Aufgaben“ fordert die Konzentrierung der Parteiarbeit auf die Betriebe und die Organisation des gemeinsamen Kampfes der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen. Bisher haben wir in den einzelnen Betrieben unsere Kampfforderungen propagiert und den Arbeitern gesagt, daß nur auf dem Wege des Streikkampfes der Lohnabbau verhindert und bessere Arbeitsbedingungen durchgesetzt werden können, aber wir haben noch nicht verstanden, die Massen der Arbeiter in den Streik hineinzuführen. Vor den Streiks der Bergarbeiter im Ruhrgebiet und der Hafentarbeiter wurden nur in wenigen Betrieben Streikkämpfe geführt.

Diese Tatsache beweist keineswegs, daß etwa die Arbeiter nicht streiken wollen, denn es zeigt sich, daß in allen Betrieben, wo wir die Arbeiter mit Hilfe der Einheitsfronttaktik auf der Grundlage unserer revolutionären Forderungen mobilisiert haben, die Arbeiter in unsere Versammlungen kommen und betriebliche Streiks gegen den Lohnabbau durchführen. Überall dagegen, wo die Betriebszellen oder die revolutionäre Gewerkschaftsopposition nur abstrakt unsere Kampflosungen propagierten, waren Mißerfolge zu verzeichnen.

Wir konnten also in der Tat nur dort Erfolge erzielen, wo wir alle Kräfte einsetzten, den gemeinsamen Kampf aller Arbeiter zu organisieren, wo wir verstanden, die Gewerkschaftsmitglieder von der Notwendigkeit der Schaffung der roten Einheitsfront unter Führung der KPD und der RGO zu überzeugen. Die Arbeiter wollen kämpfen, sie sind aber der Meinung, daß die Arbeiterschaft nur siegreich kämpfen kann, wenn sie ungeachtet der Organisationszugehörigkeit gemeinsam kämpft.

Diese Erfahrungen in den Betrieben wurden durch die Kundgebungen in der „Neuen Welt“ und im „Sportpalast“ in Berlin

bestätigt. Der gewaltige Massenaufmarsch des Berliner Proletariats war der Ausdruck des ernstesten Willens, in der roten Einheitsfront unter Führung der KPD zu kämpfen. Die Massen demonstrierten für den Kampf gegen den Lohn- und Unterstützungsabbau und gegen die Brüning-Braun-Diktatur.

Die entscheidende Frage, diesen Willen zum Streikkampf zu steigern, ist vor allem die Frage unserer Gewerkschaftstaktik. Wir haben die selbständige Taktik und die selbständigen Forderungen der RGO im allgemeinen richtig herausgearbeitet. Aber das genügt nicht. Wir müssen die Gewerkschaftsmitglieder für den gemeinsamen Kampf gewinnen, wir müssen sie in den Streikkampf hineinführen. Hier ist eine unserer Hauptschwächen. Bei dem größten Teil unserer Betriebsfunktionäre der RGO herrscht die Auffassung, daß man die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfunktionäre in den Betrieben nicht gewinnen kann. Unsere Agitation in den Betrieben beschränkt sich zumeist auf eine Kritik an der „Ärztepolitik“ des ADGB und der SPD. Wir versuchen aber nicht, gleichzeitig die gemeinsamen Interessen mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Gewerkschaftsmitgliedern wie auch mit den unteren Gewerkschaftsfunktionären in den Vordergrund unserer Agitation zu stellen. Durch die Kritik an der sozialdemokratischen Streikbruchpolitik allein bekommen wir die SPD-Arbeiter noch nicht zu uns, sondern höchstens aus der SPD heraus. Wir gewinnen sie erst dann für uns, wenn wir in der Tat den gemeinsamen Kampf der Arbeiter organisieren und in der Tat beweisen, daß wir die einzigen sind, die die Einheitsfront der Arbeiter organisieren können, weil die Einheitsfront nur auf der Basis des revolutionären Klassenkampfes möglich ist.

Bei der Vorbereitung des Berliner Metallarbeiterkampfes versuchten wir, in allen Betrieben Versammlungen mit dem Thema durchzuführen: Wie einigen wir die Metallarbeiter zum Kampf gegen Lohnabbau und Notverordnungsdiktatur? Wo der DMV und die Sozialdemokratie im Betrieb Einfluß haben, forderten wir die Gewerkschaftsfunktionäre auf, diese Versammlungen gemeinsam mit uns durchzuführen, damit vor der Belegschaft die Frage der Kampfvorbereitung und der Kampfführung diskutiert und von den Arbeitern selbst beschlossen werden kann. Diese Anwendung der Einheitsfront von unten bei gleichzeitigem Heran-

treten an die unteren Leitungen des DMV zwecks Aussprache vor den Arbeitern über die Aufgaben hat nur dann einen praktischen Nutzen für die Kampfvorbereitungen, wenn gleichzeitig in diesen Versammlungen Kampfausschüsse gewählt werden, denen Mitglieder des Einheitsverbandes der Metallarbeiter, des DMV und Unorganisierte angehören.

Während es verhältnismäßig leicht ist, die arbeiterfeindliche Politik der „Ärzte des Kapitalismus“, der Leipart, Tarnow und Co., vor den Massen zu entlarven, versuchen jetzt die Seydewitz, Rosenfeld und andere, mit linken Phrasen die Arbeiter für die Politik des ADGB einzufangen.

Die Seydewitz und Ziegler erklärten auf ihrer Konferenz: „Die Gewerkschaftseinheit darf nicht angetastet werden.“ Welche Gewerkschaftseinheit? Die Einheit mit den reformistischen Gewerkschaftsführern, die auf dem Leipziger SPD-Parteitag darin zum Ausdruck kam, daß die Vertreter der Seydewitz-„Opposition“ der Resolution zum Referat von Tarnow zugestimmt haben? Die Einheit mit den Herren vom Bundesvorstand des ADGB, der die Streiks abwürgt und die Erwerbslosenunterstützung abbaut? Gewerkschaftseinheit mit jenen, die die oppositionellen Arbeiter aus den Gewerkschaften ausschließen und gemeinsam mit der Polizei den Lohnabbau in den Betrieben durchsetzen?

Die SAP hat ihre Einheit mit der ADGB-Politik auch darin zum Ausdruck gebracht, daß Ziegler und andere Redner ausdrücklich erklärten, daß sie gegen jede Fraktionsbildung in den reformistischen Gewerkschaften seien. Sie wollen also eine scheinradikale Meckeropposition durchführen und damit die Arbeiter vom Weg zur RGO abhalten. Offen erklärte Ziegler: „Die Spitzen müssen durch die Mitglieder zur Änderung der Gewerkschaftstaktik gezwungen werden.“ Die SAP bestreitet also das Verwachsen des Gewerkschaftsapparates mit dem Wirtschafts- und Staatsapparat. Sie denken noch an eine „Eroberung der Gewerkschaften“ in einer Situation, wo ihnen Wels eine Lektion über die „Eroberung der SPD“ erteilt, wo die Gewerkschaftsleitungen zu Streikbruchzentralen geworden sind und wo die Gewerkschaftsführer nichts anderes sind als die Agenten der jeweiligen Regierung innerhalb der Gewerkschaftsbewegung.

Wenn auch Seydewitz und seine Anhänger eine gewisse Kritik an der reformistischen Gewerkschaftspolitik in den Gewerkschaftsversammlungen betreiben werden, so ist damit der Arbeiterschaft nicht im geringsten geholfen. Heute nützt nicht mehr „kameradschaftliche Kritik“, heute kann man nicht mehr bei den einzelnen Bewegungen abwarten, wie die reformistischen Gewerkschaftsführer den Verrat durchführen werden, sondern heute muß die revolutionäre Gewerkschaftsopposition von vornherein gegen den Willen der Gewerkschaftsführer den Kampf selbständig organisieren. Deshalb genügt nicht die innergewerkschaftliche Fraktionsarbeit, sondern die revolutionäre Opposition in den Gewerkschaften muß gemeinsam mit den unorganisierten Arbeitern den Kampf vorbereiten, muß in der Tat die Einheitsfront aller Arbeiter, ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit, unter Führung der RGO organisieren. Wer gegen die RGO auftritt, wendet sich damit gegen die selbständige Kampfvorbereitung und liefert die Arbeiter dem Verrat aus.

Seydewitz und andere wenden sich gleichzeitig gegen die Teilstreiks. In ihrem tiefen Pessimismus, der sich von der Einstellung der reformistischen Bürokratie nicht unterscheidet, wollen sie die Arbeiter zur Kapitulation vor dem Lohnabbau in den einzelnen Betrieben veranlassen. Gerade bei der differenzierten Durchführung des Lohnabbaus in Deutschland ist es notwendig, daß in jedem einzelnen Betrieb die Arbeiter den Lohnabbau mit dem Streikkampf beantworten. Dagegen wenden sich diese SPD-Leute. Ziegler erklärte auf der Gründungskonferenz: „Die Gewerkschaften sind außerstande, durch betriebliche und örtliche Kämpfe Lohnverbesserungen zu erzielen.“ Ziegler will also nicht wissen, daß in zahlreichen Betrieben die Arbeiter durch Streikbewegungen den Lohnabbau abgewehrt haben und daß ohne die Teilstreiks in vielen Betrieben der Lohnabbau in Deutschland noch viel schlimmer durchgeführt worden wäre. Alle Kampferfahrungen den Lohnabbau abgewehrt haben und daß ohne die Teilstreikbewegungen, die Streiks für ganze Industrien und Gebiete herauswachsen. Durch Teilkämpfe zu Entscheidungskämpfen um die Macht, das ist der Weg zum Sieg. Ziegler und Co. erklären aber, daß die „Auslösung von Kämpfen nur bei großen Objekten“

möglich ist. Das ist die offene Streiksabotage unter „linker“ Phrase.

Die Politik der SPD bedeutet gleichzeitig eine Unterstützung des Faschismus. Denn durch den Verrat der reformistischen Gewerkschaften am Sozialismus, durch die Sabotage des Kampfes gegen Lohnabbau und Brüning-Diktatur wird den Nazis die Möglichkeit gegeben, diesen Verrat für sich, für ihren Kampf gegen den Marxismus auszunutzen. Manche Arbeiter, die, empört durch den sozialdemokratischen Verrat, den Glauben an den revolutionären Klassenkampf verlieren, können dadurch von den Nazis eingefangen werden. Die Politik der RGO, der Kampf um die revolutionäre Gewerkschaftsbewegung ist deshalb gleichzeitig eine der wichtigsten Aufgaben des revolutionären Proletariats im Kampf gegen den Faschismus in den Betrieben.

Es wird uns um so eher möglich sein, zu verhindern, daß Arbeiter durch die „linken“ Phrasen der Seydewitz auf dem Wege zur revolutionären Klassenfront aufgehalten werden, je besser wir in den Betrieben, an den Stempelstellen und überall den Kampf der Arbeiter führen, den Arbeitern beweisen, daß nur die Kommunistische Partei und die RGO für die Arbeiterinteressen und für die Einigung der Arbeiterschaft auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes kämpft. Dazu ist aber die kameradschaftliche Überzeugung der oppositionell-sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder bei gleichzeitig schärfstem Kampf gegen die „linken“ Agenten des Parteivorstandes vom Schlage der Seydewitz, Rosenfeld, Ziegler notwendig.

Gleichzeitig mit der Anwendung der Einheitsfront in den Betrieben und der Einheitsfront gegenüber den Gewerkschaftsmitgliedern und unteren Gewerkschaftsorganisationen ist es notwendig, die Einheitsfrontbewegung in allen Zweigen der Arbeiterbewegung zusammenzufassen und auf eine höhere Stufe zu führen. Die Delegiertenkonferenzen in den einzelnen Industrien, die Delegiertenkonferenzen der Erwerbslosen, der Mieter, der Freidenker usw. und die Arbeit der Kampfausschüsse auf den verschiedensten Gebieten gilt es zusammenzufassen und damit die revolutionäre Massenmobilisierung in allen Teilen der Bewegung vorwärtszutreiben. Deshalb ist es notwendig, auf der Grundlage der Einheitsfrontorgane in den Betrieben (Kampfaus-

schüsse, Erwerbslosenausschüsse, an den Stempelstellen usw.) allgemeine Delegiertenkonferenzen in den Stadtteilen und Bezirken durchzuführen sowie in den einzelnen Stadtgebieten und Orten Einheitsfrontorgane (zum Beispiel Einheitsausschüsse gegen Not und Reaktion und dergleichen) zu wählen, die selbstverständlich nur dann einen Zweck haben, wenn ihnen kommunistische, sozialdemokratische, in den reformistischen Gewerkschaften organisierte und parteilose Arbeiter angehören. So gilt es, mit Hilfe der Einheitsfronttaktik den breiten Strom des Massenkampfes gegen den Faschismus zusammenzufassen und zu steigern. Vor allem muß es uns auf diese Weise gelingen, das brüderliche Kampfbündnis mit den sozialdemokratischen Arbeitern und den Gewerkschaftsmitgliedern zu schaffen.

*„Die Internationale“, Heft 10,
Oktober 1931.*

Gegen die Schiedsspruchpolitik des Deutschen Metallarbeiterverbandes

Aus einer Rede in der Belegschaftsversammlung
der AEG Berlin, Ackerstraße

30. Oktober 1931

Wenn der DMV erklärt, er kenne noch nicht die Höhe des Lohnabbaus, so stimmt das nicht, denn der ADGB ist in den Arbeitsgemeinschaftsverhandlungen informiert worden, und der betriebsweise Lohnabbau in der letzten Woche bei Borsig, Otis, Ambi-Budd, Rosenberg, Lindner usw. beweist, daß der Lohnabbau von 6 bis 25 Prozent begonnen wurde.

Während der Zentrale Kampfausschuß und der EVMB die Arbeiter aufforderten, sofort betriebsweise jeden Pfennig Lohnabbau durch den Streik abzuwehren, und während DMV- und EVMB-Mitglieder^[22] in einigen Betrieben gemeinsam in den Streik traten, versuchten die DMV-Vertreter mit allen Mitteln, den Widerstand der Kollegen gegen den Lohnabbau zu brechen. Bei Borsig hat der DMV seine Mitglieder zur Wiederaufnahme der Arbeit und damit zur Anerkennung des Lohnabbaus gezwungen. Damit haben sich die DMV-Führer offen als Helfer der Borsig und Co. entlarvt. Diese Lohnabbaupolitik der DMV-Führer ist eine direkte Ermunterung für den VBMI zur Herabdrückung der Löhne. Das ist gleichzeitig Wasser auf die Mühlen der Nazis, die demagogisch als „Gegner des Lohnabbaus“ auftreten können.

Wenn der DMV-Vertreter erklärt, daß der Lohnabbau durch einen Schiedsspruch ein „kleineres Übel“ sei als der Lohnabbau in einem tariflosen Zustand, so ist das die Ankündigung, daß der DMV sich jedem Hungerschiedsspruch fügen wird.

Löffler erklärte, man wisse nicht, wie weit die Löhne noch herabgedrückt werden können. In der AEG, Ackerstraße, verdienen die Kollegen im Durchschnitt 15 Mark pro Woche. Die Kollegin Negro verdiente in einer Woche 7,60 Mark, sie konnte vor Hunger nicht mehr arbeiten und nahm sich das Leben. Wer ist der Mörder? Schuld sind nicht nur die Lohnräuber der AEG, sondern schuld ist

ebenso die DMV-Bürokratie, die den Lohnabbau und die Notverordnungen unterstützt. So bringen die „Ärzte“ am Kapitalismus, die ADGB- und DMV-Führer, durch ihre kapitalistischen Kurpfuscherrezepte die Arbeiterinnen auf den Friedhof, während die Kapitalisten Millionen Subventionen von der Brüning-Regierung bekommen. Und im Wirtschaftsbeirat sitzen sie mit den faschistischen Unternehmern zusammen, um über die besten Methoden des Abbaus der Löhne und der Sozialversicherung zu beraten.

So darf es nicht weitergehen. Wir werden erfolgreich jeden Pfennig Lohnraub verhindern, wenn alle Kollegen gemeinsam kämpfen. Laßt die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer ihre Stoßgebete an Brüning und Groener und an die Lohnabbau-schlichter richten. Den Arbeitern ist nur geholfen, wenn sie sich selbst helfen, wenn die im EVMB und DMV Organisierten und die Unorganisierten gemeinsam jeden Lohnabbau mit dem Streikkampf beantworten. Wenn die DMV-Vertreter heute hier wagen, die unorganisierten Arbeiter zu beschimpfen, so antworten wir: Nicht die Unorganisierten haben beim letzten Metallarbeiterstreik Streikbruch geübt, sondern die organisierten Streikbruchführer, die Urich, Lübke und Co.

Mag es in manchen Fragen des revolutionären Klassenkampfes zwischen uns und manchem DMV-Kollegen Meinungsverschiedenheiten geben, das darf uns nicht hindern, jetzt, wo die Unternehmer, die Brüning-Regierung und ihr arbeitsgemeinschaftlicher Wirtschaftsbeirat die Löhne abbauen wollen, gemeinsam den Streikkampf durchzuführen, um das Stück Brot vor dem Zugriff der Borsig und Co. zu retten. Deshalb verstärkt euren betrieblichen Kampfausschuß, macht den Betrieb streikfertig zum Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau!

*„Die Rote Fahne“ Nr. 195,
31. Oktober 1931.*

Hitler, der Verbündete der Millionäre

Aus einer Rede in einer Massenversammlung
der KPD in der „Neuen Welt“
5. November 1931

Mit den Trustherren, mit diesen Volksausplünderern, haben sich in Harzburg ^[23] die Führer der NSDAP, Hitler, Frick, Goebbels und Co., verbündet.

Während Hitler in Harzburg mit den Trustmagnaten, Bankfürsten, Krautjunkern und Generalen die Interessen des werktätigen Volkes verriet, haben in letzter Zeit mehrfach kommunistische, sozialdemokratische und auch nationalsozialistische Arbeiter gemeinsam im Streikkampf gestanden. In Erwerbslosenausschüssen kämpften nationalsozialistische Arbeiter und Angestellte unter Führung der Kommunisten. Werkstätige Frauen, die bisher zur NSDAP standen, haben sich auf dem Berliner Frauenkongreß für die revolutionären Forderungen der Arbeiterinnen erklärt, und in Kampfausschüssen der Siedler haben nationalsozialistische Siedler die Forderungen der revolutionären Bauernbewegung unterstützt und kämpfen mit uns gegen die Politik der Zwangsversteigerungen.

Tausende nationalsozialistische Wähler, die ehrlich gegen das kapitalistische System, gegen die Millionäre kämpfen wollen, kommen zur roten Einheitsfront. Hitler und Goebbels rufen ihnen zu: „Haltet Disziplin!“ Disziplin zur Unterstützung des Großkapitals, das ist die Losung Hitlers und Goebbels'. Die Kommunistische Partei hat in dem offenen Brief an die werktätigen nationalsozialistischen Wähler den Appell gerichtet: Reiht euch ein in die Kampffront des Proletariats und des werktätigen Volkes gegen die kapitalistische Ausbeutung und Unterdrückung zum siegreichen Kampf für Brot, Arbeit und Freiheit. Dieser Kampf kann nicht mit den Harzburger Kapitalisten und ihren Verbündeten Hitler und Goebbels, sondern nur gegen sie siegreich geführt werden.

Das arbeitende Volk klagt die Führer der Nationalsozialistischen Partei an:

1. Die Führer der NSDAP stehen im Bündnis mit den Trustherren, Großagrariern, Bankfürsten und Großpensionären. Sie haben sich in Harzburg zum Schutze des kapitalistischen Eigentums der kleinen Handvoll Besitzenden verpflichtet und den Kampf gegen das hungernde werktätige Volk proklamiert.

2. Die NSDAP verrät die nationalen Interessen des werktätigen Volkes, indem sie die sofortige Einstellung der Youngzahlungen ablehnt, die internationalen Zahlungen anerkennt und sich in Harzburg mit den Vertretern des internationalen Finanzkapitals, mit den Tributeintreibern der Morgan und Co., verbündete.

3. Die Führer der NSDAP unterstützen als Retter des kapitalistischen Systems den Lohnabbau, den Unterstützungsabbau an den Arbeitslosen und Rentnern, während sie gleichzeitig für Millionensubventionen an die Großkapitalisten und Großagrariere eintreten.

4. Die nationalsozialistischen Führer sind ebensolche Feinde des werktätigen Mittelstandes und der Kleinbauern wie ihre Harzburger Auftraggeber, die Trustherren und Großagrariere. Die NSDAP lehnt jede Abwehr der kapitalistischen Enteignung des werktätigen Mittelstandes und der Kleinbauern ab und erweist sich damit als Verbündeter des Brüning-Systems.

5. Die NSDAP-Führer versuchen, ähnlich wie Mussolini in Italien, mit sozialdemagogischen Phrasen das werktätige Volk irrezuführen. Wenn sie an der Futterkrippe sind, werden sie, ähnlich wie Mussolini, das werktätige Volk an das Großkapital verkaufen.

Ohne Enteignung der Großkapitalisten und Großagrariere ist eine Systemänderung unmöglich. Nur die Kommunistische Partei kämpft für die Beseitigung des kapitalistischen Ausbeutungssystems, indem die Arbeiterklasse die Fabriken und den Grund und Boden in ihre eigenen Hände nimmt und jene Harzburger Schmarotzer verjagt, mit denen die Hitler und Goebbels sich verbündet haben.

Der Vertreter der NSDAP hat hier bestätigt, daß die NSDAP Subventionen an großkapitalistische Unternehmer und andere „echte Germanen“, solche wie Otto Wolff zum Beispiel, bewilligt habe und das auch in Zukunft tun wolle. Angeblich war das not-

Die Rote Fahne

Berlin, Donnerstag, 1. Januar 1931

Zentralorgan der Kommunistischen Partei Deutschlands

Betriebsrätewahl und Kampf gegen Hungerregime

Kader des Genossen Ulbricht in der Belegschaftsversammlung in der U&G-Brannenstraße

Die Betriebe in Front!

Genosse Ulbricht spricht vor der Reichsdruckerei-Belegschaft — Schluß mit der SPD-Politik!

Haltern, Inaach in einer ausföhrlichen Belegschaftsversammlung

Ulbricht über die Belegschaft zum Kampf gegen die „Bewirtschaftungsdiiktatur“. Genossenschaftlichkeit der Mobil

Kaiser in der Sadgasse

Genosse Ulbricht bei den Bauarbeitern — Kaiser kneist — Impo-

fanies Bekenntnis zur revolutionären Gewerkschaftsopposition

Kampfanfrage der BVG.-Belegschaft

Glänzender Verlauf der Versammlung in Bökers Festsälen — Naziredner ausgelacht — Gegen Lohnraub und Entlassungen, gegen Brodatianer und Nazis, für rote Betriebsräte

Der rote Wahlaufruf der BVG. hat gestern eine Beleg-

schäft von 8 Prozent angezündigt, was 7,2 Millionen

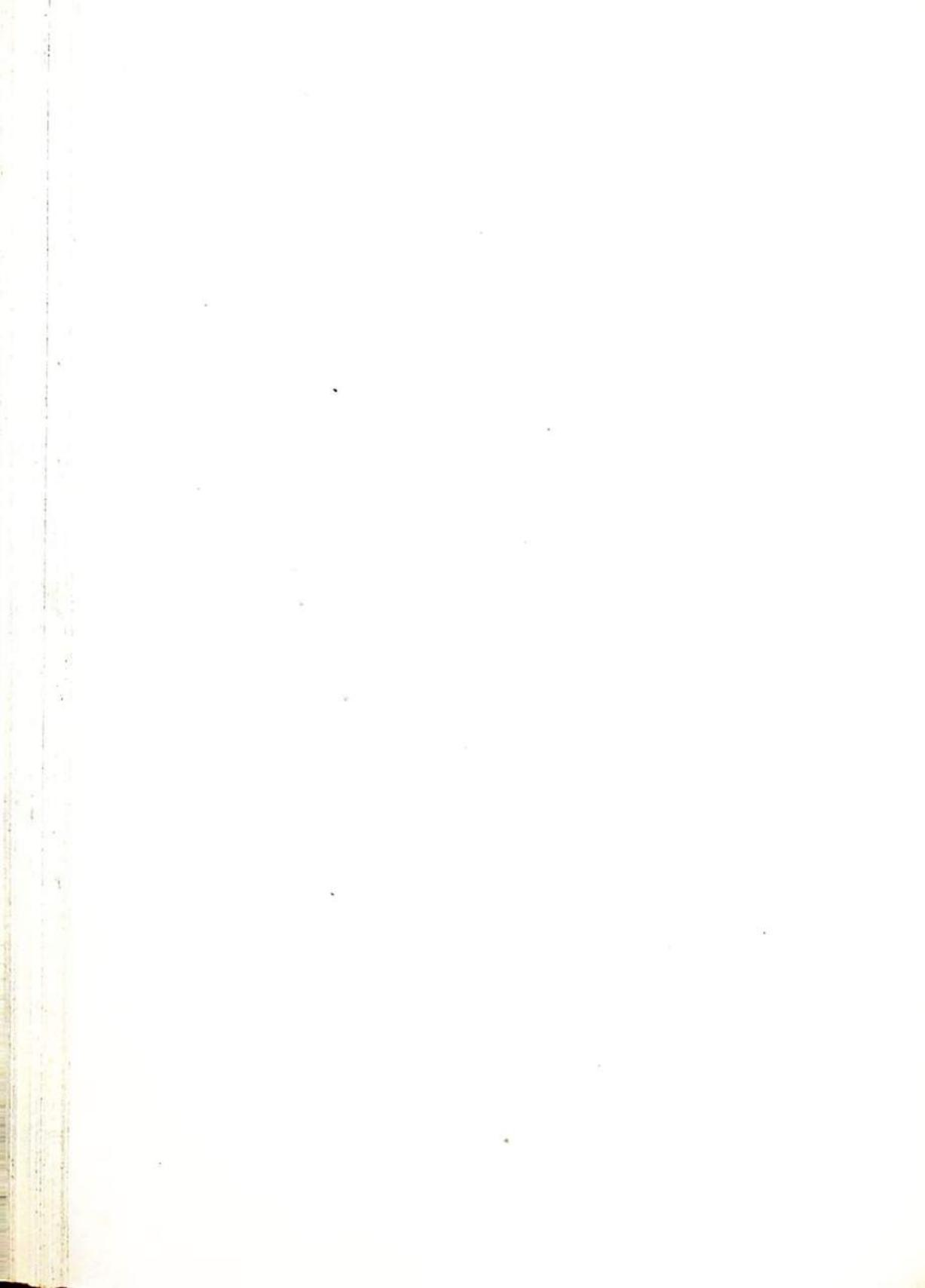
BVG.-Arbeiter gegen die Nazis

Genosse Ulbricht spricht in Naziergsammlung und erzielt eine Abstimmung durch — Die Arbeiter für Millionärsteuer und gegen Millionenabenteuher in Winterpalast — Die Nazis für Lohnraub und gegen Enteignung des Finanzkapitals

BVG. Arbeiter, entfelder, wählen rote Betriebsräte

EMV. für Einheitsfront gegen Lohnabbau — DMV. für Spaltung der Arbeiter und Lohnabbau

Genosse Ulbricht enthüllt die Streitbruchpolitik des DMV.-Führer



wendig, weil man die Kapitalisten der Mansfeld-AG jetzt nicht enteignen könne. Aber gleichzeitig mußte Herr Bürger bestätigen, daß die NSDAP nicht nur jetzt gegen die Enteignung der Großkapitalisten ist, sondern überhaupt, da in ihrem Programm die wichtigste Forderung der Schutz des kapitalistischen Privateigentums ist.

Der Vertreter der NSDAP konnte nicht bestreiten, daß die NSDAP und insbesondere Hitler gegen die Teilnahme der NSDAP an Streikbewegungen auftritt und den Streikbruch organisiert.

Was bringt die NSDAP den Arbeitslosen? Sie ist gegen die allgemeine Arbeitslosenversicherung in Lohnhöhe auf Kosten der Unternehmer und gegen die Selbstverwaltung der Versicherten. Statt Unterstützung der Arbeitslosen fordert der Vertreter der NSDAP die Zwangsarbeit für die Erwerbslosen und die Arbeitsbeschaffung durch Urbarmachung von Ödland.

Als Ausweg proklamierte Herr Bürger die Beseitigung der Goldwährung. Durch den vermehrten Papiergeldruck sei es möglich, der Industrie neue Kredite zu geben. Was heißt das praktisch? Die NSDAP fordert größere Subventionen und Kredite an die Großindustriellen durch Notendruck, also durch Inflation, bei gleichzeitiger Enteignung der kleinen Sparer durch die Marktentwertung und radikalen Abbau der Löhne und der Unterstützungen durch die Entwertung der Mark. Das gleiche fordert ein Teil der Führer der deutschen Schwerindustrie.

Während der Faschismus in Italien mit seiner Not der Volksmassen zeigt, wie das werktätige Volk in Deutschland in ähnlicher Weise durch eine Naziregierung ausgeplündert werden soll, lehrt die Sowjetunion, daß die Arbeiterklasse, wenn sie die Macht erobert, die Kapitalisten und Großgrundbesitzer enteignet und die Wirtschaft in ihre eigenen Hände nimmt. Dann allein ist für die werktätige Bevölkerung Brot, Arbeit und Freiheit gesichert. Der einzige Ausweg aus der kapitalistischen Krise ist für das werktätige Volk der siegreiche Kampf für ein freies, sozialistisches Deutschland.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 202,
8. November 1931.*

Unsere Partei, die einzige Arbeiterpartei

Rede anlässlich eines Berichtes
der sozialdemokratischen Arbeiterdelegation
über die Sowjetunion
20. November 1931

Mein erster Gruß gilt dem mutigen Bekenntnis der sozialdemokratischen Genossen zur Einheitsfront. Genosse Fischer, der 31 Jahre als Funktionär in der Sozialdemokratischen Partei gearbeitet hat in dem Glauben, die Sozialdemokratie kämpfe für den Sozialismus, wurde in dem Moment aus der Sozialdemokratie ausgeschlossen, als er sich in der Sowjetunion selbst überzeugt hatte, daß der Weg des russischen Proletariats der Weg des revolutionären Marxismus ist, der allein zur Befreiung des Proletariats führt.

Als vor der Abreise der sozialdemokratischen Arbeiterdelegation ein Arbeiter auf dem Bezirksbüro der SPD an Künstler die Frage stellte, ob er mit nach der Sowjetunion reisen könne, erklärte Künstler: „Das kommt nicht in Betracht, damit stellst du dich außerhalb der Reihen der Partei.“ Man fragte ihn: „Wenn ich nun nach Italien fahren will, würde mir das erlaubt?“ Künstler antwortete: „Dagegen haben wir nichts einzuwenden.“

Nach dem faschistischen Italien können also Sozialdemokraten fahren, aber nach Sowjetrußland dürfen sie nicht, weil die Überzeugung vom Siege der Politik des revolutionären Marxismus-Leninismus in Sowjetrußland gleichbedeutend ist mit der Anerkennung des Bankrotts der Politik der SPD und der II. Internationale. Den sozialdemokratischen Arbeitern wird verboten, aus eigener Überzeugung Vergleiche zu ziehen zwischen dem kapitalistischen Niedergang und dem Sieg des Sozialismus in der Sowjetunion.

Kapitalismus oder Sozialismus. Kapitalistische Republik oder Sowjetrepublik. Klassenkampf oder wirtschaftsfriedliche Politik. Auf diese Fragen haben die sozialdemokratischen Delegierten die Antwort gegeben: Für die Einheitsfront auf dem Boden

des Klassenkampfes! Mit Recht erklärte der sozialdemokratische Genosse, daß der größte Fehler der deutschen Arbeiterschaft darin bestanden habe, daß sie sich 1914 von der Arbeitsgemeinschaftspolitik und von dem Nationalversammlungsschwindel der Sozialdemokratie einseifen und, statt die Feinde der Arbeiter zu entwaffnen, sich selbst entwaffnen ließ. Wenn die deutsche Arbeiterklasse 1918 die Lehre von Marx befolgt hätte, dann hätte sie, wie heute in Sowjetrußland, erhöhten Lohn, verkürzte Arbeitszeit, Beseitigung der Arbeitslosigkeit, Brot und Arbeit für alle Werktätigen, und wir hätten am 7. November in Berlin kein Demonstrationsverbot gehabt, sondern hätten, wie die Arbeiter der Moskauer Betriebe, mit der Waffe in der Hand demonstriert. Wir sind überzeugt, Genosse Fischer hat im Namen Tausender sozialdemokratischer Arbeiter und Funktionäre gesprochen, als er sagte: „Ich kenne keine Feinde links von mir, ich kenne nur Feinde rechts von mir!“

Jawohl, links neben ihm stehen die Massen des revolutionären Proletariats unter Führung der Kommunistischen Partei. Aber wer steht rechts von ihm? Nicht nur die Harzburger Kapitalisten, nicht nur die Hitler, Hugenberg und die Zentrumskapitalisten, sondern dort steht auch Severing, dort steht Grzesinski, und dort stehen jene sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die im Wirtschaftsbeirat mit den faschistischen Unternehmern über die beste Methode des Lohnabbaus beraten.

Gestattet in diesem Zusammenhang eine offene Antwort an die SPD. Der „Vorwärts“ fragt: „Wer ist der Hauptfeind?“ Wir antworten: Der Hauptfeind ist die Bourgeoisie, der Hauptfeind sind die Kapitalisten. Diese Handvoll Ausbeuter können nur das Volk ausplündern und es mit Hilfe ihrer Agenten in den Reihen der Arbeiterklasse unterdrücken. Ihre Agenten, das sind die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, das sind die sozialdemokratischen Führer, die Brünings Notverordnungsdictatur, Brünings schrittweise Durchführung faschistischer Herrschaftsmethoden unterstützen. Wer die Macht des Klassenfeindes der Arbeiter vernichten will, der muß den Einfluß der Agenten der Bourgeoisie in den Reihen der Arbeiter vernichten.

Wer gegen den Faschismus kämpfen will, muß wissen, daß nicht nur der Hitlerfaschismus die Klasseninteressen des Groß-

kapitals vertritt, sondern daß gegenwärtig gerade die Zentrums-
partei die führende Partei der Politik des Trustkapitals ist, die
schrittweise den Faschismus einführt. Wer gegen den Faschismus
kämpfen will, muß also gegen den Kapitalismus kämpfen, muß
kämpfen gegen die Brüning-Diktatur, gegen die Notverordnungs-
politik, aber auch gegen die Demonstrationsverbote und andere
Maßnahmen der Severing, Grzesinski und Co.

Wenn der „Vorwärts“ erklärt, nach Meinung der Kommunisten
bedeute Einheitsfront den Eintritt in die KPD, so antworten wir:
Das ist eine bewußte Irreführung. Unsere Partei ist die einzige
Partei, die den Klassenkampf des Proletariats führt. Wir wissen,
daß manche sozialdemokratischen Arbeiter in manchen taktischen
Fragen nicht mit uns einverstanden sind, aber wir fragen die
Tausende sozialdemokratischer Genossen:

Wollt ihr unter Zurückstellung mancher Meinungsverschieden-
heiten mit uns den nächsten Schritt im Kampf um die Lebens-
interessen des Proletariats gehen?

Seid ihr bereit, in der Einheitsfront gegen die Verbote
der Arbeiterdemonstrationen, der Arbeiterversammlungen, der
Arbeiterpresse und gegen die arbeiterfeindlichen Notverordnun-
gen der Brüning- und Preußenregierung zu kämpfen?

Seid ihr bereit, in der Einheitsfront gegen den Naziterror zu
kämpfen für die Schaffung des Massenselbstschutzes der Ar-
beiter durch Schaffung des Selbstschutzes in den Betrieben, der
Häuserschutzstaffeln in den Wohngebieten und der Erwerbs-
losenstaffeln an den Stempelstellen? Seid ihr einverstanden, daß
zur Führung dieser Einheitsfront Kampfausschüsse von den Ar-
beitern selbst gewählt werden, denen die aktivsten kommunisti-
schen, sozialdemokratischen, parteilosen und christlichen Ar-
beiter angehören?

Wollt ihr mithelfen, die Belegschaften für den Massenstreik —
die stärkste Waffe der Arbeiterschaft gegen den faschistischen
Mordterror und gegen alle Unterdrückungsmaßnahmen — zu
mobilisieren?

Seid ihr bereit, in der Einheitsfront gegen jeden Pfennig
Lohnabbau, gegen die Hungerschiedssprüche unter Führung von
Kampfausschüssen zu kämpfen, die von allen Arbeitern selbst ge-
wählt werden? Wollt ihr mitkämpfen gegen die Arbeitsgemein-

schaftspolitik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer mit den faschistischen Unternehmern, die nur dem Interesse der Bourgeoisie dienen? Ihr alle müßt mithelfen, die Einheitsfront auf dem Boden des revolutionären Klassenkampfes zu schmieden.

Wir sind überzeugt, daß Zehntausende sozialdemokratische Arbeiter ebenso denken wie die sozialdemokratischen Rußlanddelegierten, die in dieser Stunde ein glühendes Bekenntnis zur Einheitsfront ablegten.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 213,
22. November 1931.*

Beschlüsse, die noch nicht durchgeführt sind

In den Beschlüssen der Berliner Bezirksleitung vom 8. Januar über die Auswertung des Artikels des Genossen Thälmann sind die Hauptaufgaben zur Verbesserung unseres revolutionären Massenkampfes niedergelegt. Die Vorbereitung der Präsidentenwahlen gebietet eine ernste Überprüfung unserer Arbeit, damit die vorhandenen Schwächen schneller als bisher überwunden werden.

Wie steht es mit der innergewerkschaftlichen Arbeit?

Im Beschluß der BL vom 8. Januar wird gesagt:

„Das Haupthindernis des Kampfes gegen die Notverordnungsdiktatur ist der Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftspolitik im Betriebe. Die Streikbewegungen wie die Betriebsrätewahlen lehren, daß wir dort mit Erfolg streiken konnten und dort Stimmenzuwachs bei den Betriebsrätewahlen erreichten, wo es uns gelungen ist, Mitglieder der reformistischen Gewerkschaften für unsere Klassenkampfpolitik zu gewinnen.“

Die SPD unterstützt nicht nur die Hindenburgwahl, sondern führt praktisch die Politik der Hindenburg, Brüning, Groener durch. Jetzt kommt es darauf an, in allen Betriebsabteilungen, Belegschaftsversammlungen und Gewerkschaftsversammlungen Beschlüsse für die Arbeiterkandidatur des Genossen Thälmann und gegen die Kandidaten der kapitalistischen Klasse, Hindenburg und Hitler, herbeizuführen. Knüpfen wir an die Erfahrungen mit der vierten Notverordnung an und beweisen wir den Gewerkschaftsmitgliedern, wie Hindenburg und Brüning den Lohnabbau diktierten, wie ihn die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer durchführten und wie die Nazis legal den Lohnraub durch Streikbruch und Terror unterstützten. Wer für Hindenburg stimmt, stimmt für die faschistischen Maßnahmen der Aufhebung

der Tariflöhne durch Notverordnungen und für die Zerschlagung der Sozialversicherung.

Für jede einzelne Gewerkschaft muß die Opposition gewerkschaftliche Forderungen beschließen, wie zum Beispiel „Gegen jede Verschlechterung der Erwerbslosenversicherung, gegen jeden Unterstützungsabbau!“ „Für die Erwerbslosenversicherung für alle Werktätigen für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit auf Kosten der Unternehmer und des Staates.“ Diese allgemeinen Forderungen sind zu verknüpfen mit den besonderen Forderungen „Beseitigung der Bedürftigkeitsprüfung“, „Übernahme der Mieten für alle Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfänger auf Kosten des Staates und der Kommunen“, „Erwerbslosenunterstützung für die schulentlassene proletarische Jugend“, „Sonderbeihilfen für die schulentlassenen Arbeitslosen“ usw. Außerdem sind besondere Forderungen auf Aufhebung der Bestimmungen über Arzneikosten und Krankenscheinbezahlung zu stellen, auf Zahlung von besonderen Unterstützungen für die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder durch die Verbandskassen usw.

Durch die Mobilisierung der Gewerkschaftsmitglieder in der Betriebsabteilung und in der Gewerkschaft für diese Forderungen werden wir die Täuschungsmanöver der ADGB-Bürokratie zerschlagen und durch Abstimmungen, die gegen den Willen der Gewerkschaftsbürokratie durchgesetzt werden müssen, die Gewerkschaftsmitglieder schrittweise für die RGO gewinnen. Wenn wir so unserer innergewerkschaftlichen Arbeit einen Inhalt geben, dann wird es möglich sein, Massen von oppositionellen Gewerkschaftsmitgliedern zu gewinnen und für ein organisiertes Auftreten in den reformistischen Gewerkschaften unter Führung der RGO zu gewinnen.

Die Lösung dieser Aufgaben ist von einem ernsten Kampf gegen den Austritt oppositioneller Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften abhängig. Viele Genossen sind immer noch der Meinung, daß es „schon ein Fortschritt“ ist, wenn Arbeiter den reformistischen Gewerkschaften den Rücken kehren. Das ist absolut kein Fortschritt, sondern beweist lediglich, daß wir es nicht verstehen, die oppositionellen Stimmungen dieser Arbeiter in revolutionäre Kampfaktivität umzuwandeln und die oppositio-

nellen Arbeiter zu veranlassen, in der reformistischen Gewerkschaft entsprechend den Beschlüssen der RGO die Masse der Mitglieder für unsere revolutionäre Gewerkschaftspolitik zu gewinnen. Die Duldsamkeit der RGO-Anhänger gegenüber den Austrittstendenzen oppositioneller Gewerkschaftsmitglieder verhindert die systematische Organisation der Opposition in den reformistischen Gewerkschaften und fördert damit die sozialdemokratische Gewerkschaftspolitik.

Revolutionäre Agitation heißt Millionen in den Kampf führen

Unsere Massenagitation zeigt in allen Unterbezirken Fehler, die vor allem darin zum Ausdruck kommen, daß wir nicht an die primitivsten Lebensinteressen der Werktätigen anknüpfen und, statt die ganze Masse der Arbeiter zu mobilisieren, nur immer wieder einen kleinen Bruchteil der Arbeiter agitatorisch beeinflussen. Die Tatsache, daß in Berlin große Massen zusammengepfercht wohnen, so daß es leicht ist, einen Versammlungssaal zu füllen, verleitet unsere Organisation immer wieder dazu, in geradezu leichtfertiger Weise die Versammlungen „vorbereiten“. In den öffentlichen Versammlungen im Moabiter Gesellschaftshaus, in den Pharussälen und Kliems Festsälen sieht man meist dieselben Gesichter. Wir beschränken oft unsere Agitation auf den Kreis jener Arbeiter, die schon unzählige Versammlungen der KPD besucht haben. Statt von Haus zu Haus und von Wohnung zu Wohnung zu gehen und systematisch die Arbeiter für den Besuch der Versammlungen zu gewinnen, besondere Eintrittskarten auszugeben, selbst wenn man sie kostenlos verteilen muß, begnügen sich die Organisationen vielfach mit der Bekanntmachung in der „Roten Fahne“ und mit der Verbreitung eines allgemeinen Handzettels.

Unsere Versammlungswerbung muß mehr auf jene Schichten eingestellt werden, die bisher nicht oder nur selten die kommunistischen Versammlungen besucht haben. Es genügt nicht, in der Einladung das allgemeine politische Thema zu nennen, sondern wir sollen zum Beispiel das Thema „Hindenburg gegen die Sozialversicherung! — Was sagt Thälmann dazu?“ veröffentlichen

und auf dem Einladungszettel für die Betriebsarbeiter, für die Erwerbslosen, für die Rentenempfänger besonders erklären, warum sie diese Frage angeht und warum sie die Versammlung besuchen müssen. Für Betriebsversammlungen sollen wir mehrere Handzettel herausgeben, wo jedesmal auf eine besonders wichtige Frage des allgemeinen Themas hingewiesen wird, um das Interesse der Arbeiter zu wecken. Bei Benutzung des obengenannten Themas für eine Betriebsversammlung müßten zum Beispiel die Fragen der Betriebskrankenkassen, die Fragen der Abzüge für die Arbeitslosenversicherung zur Diskussion gestellt werden.

So müssen wir endlich lernen, durch die lebendige Verknüpfung der betrieblichen oder der Mieterfragen mit den politischen Fragen das Interesse der uns noch fernstehenden Arbeiter und Werkstätigen zu wecken, um sie als Versammlungsbesucher und Käufer unserer Literatur zu gewinnen und in die Einheitsfront zum Kampf um die Arbeiterforderungen einzureihen.

Sektierertum im Kampf gegen den faschistischen Terror

„Die Ablehnung des individuellen Terrors durch unsere Partei bedeutet keine Abschwächung des wehrhaften Kampfes gegen den Naziterror, sondern im Gegenteil: Dieser Kampf muß auf breitester Massenbasis, durch Wahl von Kampfausschüssen als Einheitsfrontorgane, durch Schaffung von Schutzstaffeln und Mieterstreiks und durch Massenstreiks nach dem Nowaweser Beispiel gesteigert werden.“

(Resolution der BL vom 8. Januar.)

Wir haben inzwischen Fortschritte erzielt, denn es bestehen mehr als 170 Selbstschutzstaffeln in Berlin. Es ist also schon gelungen, einen größeren Teil von Arbeitern, die nicht der Kommunistischen Partei angehören, für den Massenselbstschutz zu gewinnen. Aber es sind noch immer Tendenzen in den Parteiorganisationen, den Kampf gegen den faschistischen Terror als illegales Monopol einiger Arbeiter zu betrachten. Statt in den Fällen, wo die Pläne der Nazis über Agitationsvorbereitungen in Arbeitergebieten bekannt sind, die ganze Masse der Arbeiter zu mobilisieren, um dadurch diese Agitation unmöglich zu machen, waren Arbeiter der Meinung, man müsse vor allem gegen die

Nazilokale vorgehen. Die Folge dieser taktischen Einstellung war, daß in einigen Fällen die Nazis früh am Morgen ihr Agitationsmaterial verbreiten konnten, ohne daß die Arbeiter reagierten.

Die Hauptsache ist, die Masse der Arbeiter rechtzeitig offen über den politischen Zweck der Naziagitation zu informieren, ihnen zu beweisen, daß sich diese Naziagitation gegen ihre Lebensinteressen richtet (Vorbereitung des Unterstützungsabbaues, Arbeitsdienstpflicht, Unterstützung der Notverordnungen usw.) und daß deshalb jeder Arbeiter verpflichtet ist, die Arbeiter im Hause rechtzeitig zu mobilisieren, damit die Nazis nicht erst in die Arbeiterhäuser hineinkommen. Diese Taktik ist die Grundlage, um im Wohngebiet an die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter zwecks gemeinsamer Maßnahmen gegen den faschistischen Terror und Schaffung des proletarischen Massenselbstschutzes mit Hilfe sozialdemokratischer Reichsbannerarbeiter heranzutreten.

Ein weiterer Fehler bestand darin, daß in den Arbeitergebieten, wo die Nazis ihre Agitation konzentrierten, nicht die Hauptkraft der Organisation auf die Mobilisierung der Betriebsarbeiter gelegt wurde.

Es ist jetzt notwendig, daß zur Mobilisierung der Massen für den Kampf Klasse gegen Klasse und für den Arbeiterkandidaten Genossen Thälmann unsere revolutionäre Massenarbeit durch offene Diskussion über die Fehler und Schwächen der Arbeit verstärkt wird.

„Der Funke“ [24] Nr. 2,
März 1932.

Fragen und Antworten zur Präsidentschaftswahl

Daß Hindenburg und Hitler Kandidaten der Kapitalistenklasse sind, haben schon Millionen erkannt. Manche Arbeiter sagen aber, der Arbeiterkandidat wird ja im zweiten Wahlgang doch nicht gewählt. Das ist nicht die Frage. Mit dem Stimmzettel in der Hand kann man das kapitalistische System nicht beseitigen und keinen kapitalistischen Reichspräsidenten oder Trustdirektor absetzen. Die Wahlen sind vielmehr ein Mittel zur Mobilisierung der Massen zum Kampf gegen das kapitalistische System. Je stärker die Massenmobilisierung in der Wahlbewegung, je aktiver gerade in der Wahlbewegung durch die Aufrüttelung der Massen der Kampf um Brot, Arbeit und Freiheit geführt wird, um so schneller wächst die Welle des Massenwiderstandes gegen Hunger und faschistische Unterdrückung. Brüning, Groener und Severing führen nicht mehr durch, als sie durchführen können.

Der Wille zum Massenkampf gegen die kapitalistische Diktatur und für die Arbeiterforderungen findet seinen Ausdruck in der Abstimmung für die Kampfkandidatur der Kommunistischen Partei, unseren Genossen Ernst Thälmann. *Je zahlreicher die Massen sind, die ihre Stimme für den Kampf Klasse gegen Klasse abgeben, um so stärker wird ein solches Stimmergebnis wiederum die revolutionäre Massenbewegung der Arbeiter und auch der Werktätigen anleuern. Nur die Stimmen für Ernst Thälmann und gegen die kapitalistischen Kandidaten Hindenburg und Hitler zählen im Kampf gegen die Durchführung der kapitalistischen Diktatur.*

Die Regierungsvertreter haben offen begründet, daß die Wahlen vor dem 1. Mai stattfinden müssen, weil die neuen Notverordnungen über den Abbau der Erwerbslosenunterstützung und über die Lohnabbaumaßnahmen anläßlich des Ablaufes der Tarifverträge nicht durch den Wahlkampf hinausgezögert wer-

den sollen. Klarer als bei irgendeiner anderen Wahl entscheiden die Arbeiter also am 10. und 24. April gegen oder für Lohn- und Unterstützungsabbau.

Jede Stimme für Ernst Thälmann und für die kommunistische Liste bei der Landtagswahl ist eine Kampfstimme gegen den geplanten Lohnabbau und die vorbereiteten Notverordnungen, gegen Unterstützungsabbau und Zerschlagung der Sozialversicherung.

Jede Stimme für Hindenburg und die Kandidaten der Hindenburgparteien bei den Preußenwahlen bedeutet Unterstützung der kapitalistischen Notverordnungsdictatur.

„Wir müssen den Faschismus schlagen“, so erklären viele sozialdemokratische Arbeiter. Jeder Arbeiter sollte sich erinnern, was am 13. März geschah. Viele sozialdemokratische Arbeiter gaben ihre Stimme für Hindenburg ab in dem Glauben, daß sie damit gegen den Faschismus stimmen, aber mit Wissen Groeners wurde am 13. März die SA zusammengezogen. Die „Republikaner“ Hindenburg und Groener helfen in aller Öffentlichkeit dem Hitlerfaschismus, sie holen die Nazis in die Reichswehr und in den Staatsapparat. Das stärkste Bollwerk dieser Politik ist die Preußenregierung. Alle diese Tatsachen beweisen anschaulich, daß Hindenburg, Groener, Severing die faschistische Diktatur vorbereiten. Das zeigt sich auch daran, daß der faschistische Stahlhelm seine Mitglieder veranlaßt, im zweiten Wahlgang für Hindenburg zu stimmen. Lediglich Hitler versucht durch eine Sonderkandidatur größere Teile der Mittelschichten und Teile der Arbeiter durch besonders radikale Phrasen in den Dienst der Notverordnungsdictatur einzuspannen. Von der SPD bis zum Stahlhelm bei gleichzeitiger Einbeziehung der Nazis in den Staatsapparat — das ist das Programm Hindenburgs.

Wer den Hitlerfaschismus schlagen will, muß gegen die Groener und Severing kämpfen, die legal die Nazis heranziehen. Ohne die SPD-Herrschaft in Preußen, ohne die Verbotsmaßnahmen der Severing und Grzesinski (Verbot des RFB, der Antifa, der Arbeiterdemonstrationen usw.) könnten die Nazis niemals so frech auftreten, wie es gegenwärtig geschieht.

„Hitler müßte an die Regierung kommen, dann kommt wenigstens der große Kampf“, denken manche Erwerbslosen in dem

Glauben, daß so die revolutionäre Krise beschleunigt heranwächst. Sie wollen den täglichen Kampf um Lohn und Brot, den täglichen Massenwiderstand, in dem die Kampfkraft des Proletariats wächst und die Klassenfront sich formiert, in Erwartung irgendeiner Naziprovokation vertagen, in der Hoffnung, dann morgen die Arbeiter spontan in den Kampf zu bringen. Diese Auffassung deckt sich mit der Anschauung der Sozialdemokratie, die bereits im Dezember vorgeschlagen hat, man müsse die Nazis „an die Regierung heranlassen“, damit sie „abwirtschaften“. Nur wenn die Arbeiterklasse gegen die Abbau- und Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie den Massenwiderstand organisiert, wird sie jedoch die Durchführung weiterer faschistischer Maßnahmen unmöglich machen und alle Teile der faschistischen Front schlagen.

„Die Rote Fahne“ Nr. 68,
31. März 1932.

Die entscheidende Aufgabe der Berliner Parteiorganisation

Im Beschluß des Zentralkomitees wird als Hauptlehre der gesamten Parteiarbeit hervorgehoben, daß wir lernen müssen, uns an die Spitze aller Formen des Massenwiderstandes der Arbeiter zu stellen. In den letzten Monaten haben wir dort einen Vormarsch zu verzeichnen, wo der prinzipielle Kampf gegen die Sozialdemokratie und ihre „linke“ SAP-Filiale und der Massenwiderstand gegen alle Formen der Durchführung der faschistischen Diktatur aktiv und zielbewußt geführt wurde. Wir dürfen nicht nur die Aktivität eines Teiles der Parteimitglieder sehen, sondern es kommt darauf an, diese Aktivität so zu leiten, daß wir die Massen der Arbeiter in Bewegung bringen.

Mit Recht hat Genosse Thälmann im ZK besonders hervorgehoben, daß im Kampf Klasse gegen Klasse die zentralen politischen Losungen nur mangelhaft mit dem unmittelbaren Kampf um die kleinsten täglichen Interessen der Arbeiter und Werktätigen verknüpft wurden. Hier muß die entscheidende Wendung in unserer Parteiarbeit und in der Arbeit der revolutionären Massenorganisationen erfolgen. Die Gewerkschaftsmitglieder, sozialdemokratische Arbeiter, Reichsbannerarbeiter und die werktätigen Anhänger der NSDAP können wir nur für den Kommunismus gewinnen, wenn wir nicht nur Flugblätter verbreiten, sondern wenn wir auch die Arbeiter in den Kampf um ihre elementarsten Lebensinteressen führen. Die erfolgreichste Entlarvung des Gegners geschieht im Kampfe. Vor allem müssen wir die gesamte Parteiarbeit unter dem Gesichtspunkt überprüfen: Wie haben wir rechtzeitig den Kampf gegen jede einzelne Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahme der Regierung, der Unternehmer usw. organisiert und was haben wir in der Stunde getan, wo in der Betriebsabteilung die Löhne abgebaut, wo die Unterstützungen der Wohlfahrtsempfänger ge-

kürzt, wo die Wohlfahrtsempfänger aus den Unterstützungslisten gestrichen wurden, wo die Arbeiter stundenlang an den Stempelstellen stehen mußten, wo Erwerbslose exmittiert und der Besitz von Kleinbauern zwangsversteigert wurden, wo Kleingewerbetreibende unter der Steuerlast zusammenbrachen?

Niemals dürfen wir den Ausspruch des Genossen Thälmann im Zentralkomitee vergessen, daß Brüning und Severing nicht mehr durchführen, als sie durchführen können. Aber sie können nicht mehr durchführen, als die Arbeiter sich gefallen lassen. Die Veränderung der Klassenkräfte in Deutschland vollzieht sich gerade durch den tausendfältigen Massenwiderstand gegen jede einzelne Hunger- und Unterdrückungsmaßnahme der kapitalistischen Diktatur.

Zum Beispiel haben wir gewisse Fortschritte in der allgemeinen Agitation gegen den imperialistischen Krieg, für den Schutz der Sowjetunion zu verzeichnen. Die Hauptsache sind aber jetzt Taten. Was nützen Resolutionen, in denen gesagt wird, daß man „protestiert“ oder mit „Entrüstung Kenntnis nimmt“, während in den Rüstungsbetrieben die japanischen Abnahmekommissionen umhergehen, ohne daß die Belegschaften mit Protestkundgebungen und Proteststreiks antworten? Nur in wenigen Betrieben wurde der Kampf für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, für Verbesserung der Akkordbedingungen, für höhere Löhne usw. organisiert. Fast in keinem Rüstungsbetrieb besteht ein von den Arbeitern gewählter Kampfausschuß gegen den imperialistischen Krieg.

Wie steht es mit dem Kampf gegen den neuen Lohnabbau, gegen die „Tarifreform“ und Entlassungen? Noch immer blicken viele Funktionäre starr auf den Termin des Tarifablaufs, während es in der Tat darauf ankommt, heute und morgen unter Anknüpfung an die kleinsten Lohndifferenzen, Unfallgefahren usw. die Kollegen zu Kampfbeschlüssen und zur Durchführung des Streikkampfes unabhängig vom Tarifablauf zu bringen. Es kommt jetzt nicht darauf an, eine lange Liste vieler Forderungen aufzustellen, sondern neben den zentralen Forderungen in den Arbeiterversammlungen für jede Abteilung und jeden Betrieb besondere Forderungen zur Beschlußfassung vorzuschlagen, für die wirklich der Kampf geführt werden muß.

Viele Genossen erklären aus Anlaß von Akkorddifferenzen im Betrieb oder dergleichen, es sei noch nicht möglich, sofort in der betreffenden Stunde, wo der Unternehmer seine Maßnahmen ankündigt oder durchführt, mit Kampfmaßnahmen zu antworten, weil die Mehrheit der Kollegen dazu noch nicht bereit ist. Warum sind sie nicht bereit? Vor allem deshalb, weil die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder in unverantwortlicher Weise vernachlässigt wird.

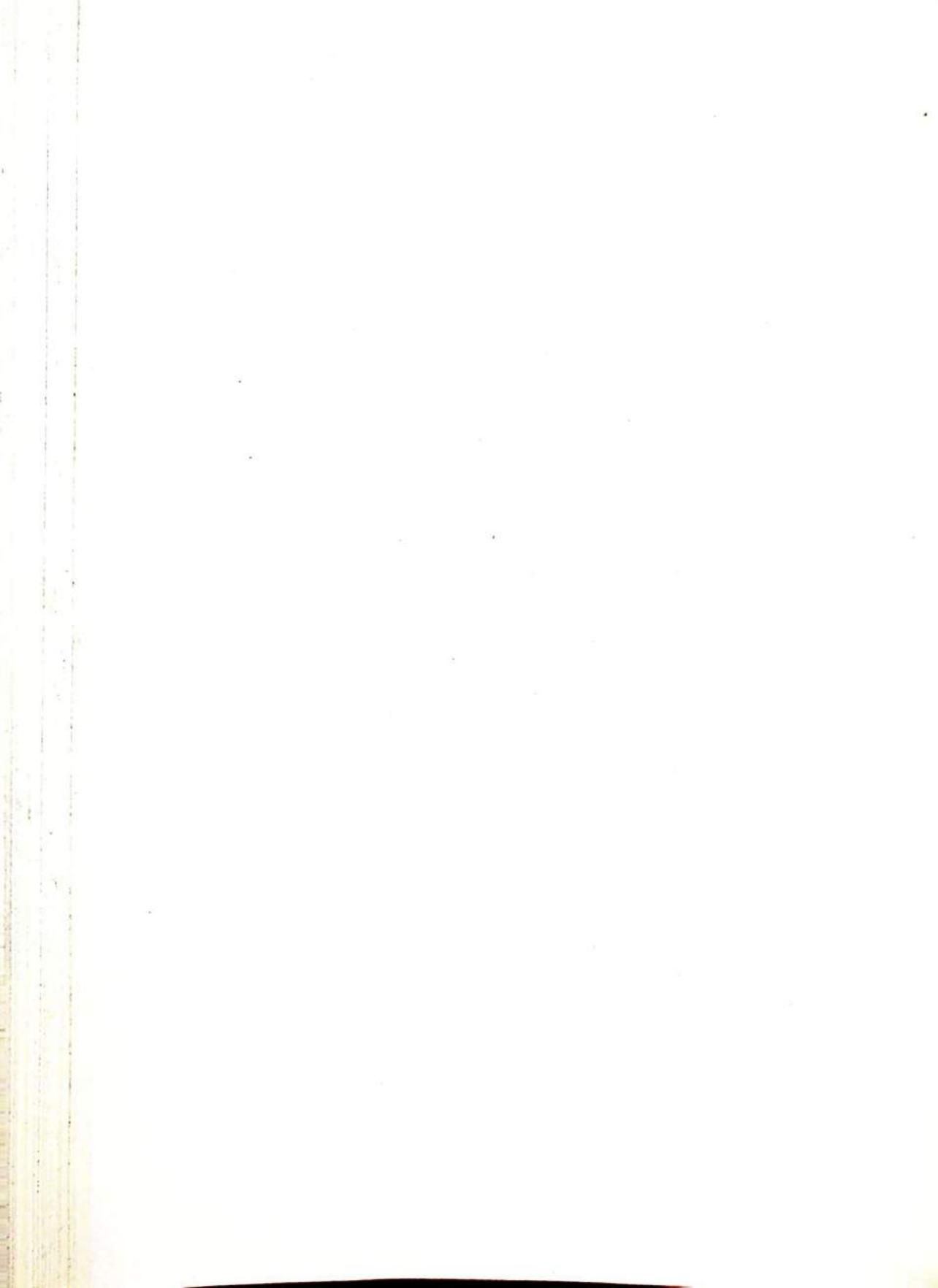
Es muß klar ausgesprochen werden, daß jene Anhänger der Gewerkschaftsopposition, die aus den reformistischen Gewerkschaften davonlaufen, die Gewerkschaftsbürokratie unterstützen.

Wenn wir in jeder Betriebsabteilung jede Mißstimmung der Arbeiter über die Arbeitsbedingungen ausnutzen und wenn jedes Parteimitglied tagtäglich bei den Gewerkschaftsmitgliedern in seiner Abteilung agitiert und sie dafür gewinnt, daß sie wenigstens diesen kleinen Schritt des Kampfes gegen den Lohnabbau mit uns gehen, dann haben wir die Mehrheit der Kollegen in der Abteilung und dann können wir den Streikkampf mit Erfolg durchführen. Wenn in diesen Tagen bei den Eisenbahnern die U-Karte eingeführt wird, also ein verschärftes Gedingesystem, so kommt es darauf an, sofort während der Arbeitspausen Stellung zu nehmen und Kampfbeschlüsse zu fassen, einen vorbereitenden Kampfausschuß zu wählen und die Gewerkschaftsmitglieder davon zu überzeugen, daß, wenn alle Eisenbahner gemeinsam kämpfen, die Direktion nicht imstande ist, ihre Rationalisierungsmaßnahmen durchzusetzen. Gerade in diesen Fällen ist es notwendig, daß die RGO-Kollegen an die führenden Gewerkschaftsfunktionäre und SPD-Funktionäre im Betrieb herantreten und sie auffordern, gemeinsam in Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen die Aufgaben der Kollegen mitzuberaten, um eine gemeinsame Kampffront aller Kollegen auf dem Boden der Verteidigung der elementarsten Lebensinteressen und des Kampfes für Verbesserung der Arbeitsbedingungen zu schaffen.

An den Stempelstellen und unter den Erwerbslosen in den Wohngebieten ist es unsere Aufgabe, durch den Aufbau kommunistischer Fraktionen die Arbeit der Erwerbslosenausschüsse und die Schaffung der Vertrauensleute für die einzelnen Häuser-



Winter 1931/32. Andrang Arbeitsloser vor dem Arbeitsamt in Berlin-Neukölln.



blocks und Straßenzüge zu fördern, damit die Masse der Erwerbslosen unter Führung der von ihnen selbst gewählten Erwerbslosenausschüsse in roter Einheitsfront ihre Lebensinteressen gegen die Abbaumaßnahmen der Brüning, Severing und Co. verteidigt und höhere Unterstützungen, Sonderbeihilfen usw. erkämpft. Das setzt aber voraus, daß die Kommunisten an jeder Stempelstelle in organisierter Weise die Agitation durchführen und die Erwerbslosenausschüsse zu breiten Einheitsfrontorganen machen, in die vor allem auch Gewerkschaftsmitglieder gewählt werden müssen.

Vor den Betrieben und an den Stempelstellen haben während der Präsidentenwahlen die Nazis ihre Agitation verstärkt. Die führenden Funktionäre der „Eisernen Front“ in den Betrieben hielten es ganz in der Ordnung, daß die Nazis unter dem Schutze der Grzesinski-Polizei die Arbeiter mit ihren Flugblättern belästigten. Sie hatten nur eine Antwort: „Nehmt doch die Flugblätter nicht an“, das heißt „macht die Augen zu, wenn die Nazis kommen.“ So bereiten die führenden Funktionäre der „Eisernen Front“ im Einvernehmen mit der Grzesinski-Polizei dem Hitlerfaschismus den Weg. Dagegen hilft nur die sofortige Mobilisierung der Kollegen in allen Abteilungen zu Protestkundgebungen und Proteststreiks im Betrieb und die Zusammenarbeit mit den in der Nähe des Betriebes wohnenden Arbeitern, damit sie mit-helfen, den Naziterror abzuwehren.

Wenn gegenwärtig die Nazis unter Polizeischutz in die Arbeiterviertel eindringen, dann ist es Aufgabe jedes revolutionären Arbeiters, sofort die arbeitende Bevölkerung zu mobilisieren, um zu verhindern, daß die Nazis in die Arbeiterhäuser eindringen. Daher ist es nötig, offen an die untere Organisation und an die Arbeitermitglieder des Reichsbanners mit der Aufforderung zum gemeinsamen Kampf heranzutreten. Gerade angesichts des provokatorischen Auftretens der Nazis unter Polizeischutz ist es offensichtlich, daß die Naziagitation nur durch die Massenmobilisierung der Arbeiter abgewehrt werden kann, nicht aber durch individuelle Terrorakte einzelner Arbeiter, die damit lediglich von den Massenaktionen ablenken und diese verhindern. Nicht individueller Terror, sondern Schaffung des Massen-

selbstschutzes im Betrieb, an der Stempelstelle und im Wohngebiet ist unsere Losung.

So müssen wir alle Formen und Methoden der kapitalistischen Ausbeutung und Unterdrückung des werktätigen Volkes zum Anlaß nehmen, um den revolutionären Massenkampf zu organisieren und durch Entlarvung der kapitalistischen Klassenpolitik der sozialdemokratischen Führer die Masse der Arbeiter für die Einheitsfront zu gewinnen.

Wenn Brüning seine Lohnabbaunotverordnungen durchführen konnte, so nur deshalb, weil es der Sozialdemokratie gelungen war, die Mehrheit der sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die Unterstützung der Notverordnungsdictatur zu gewinnen und damit die Arbeiterklasse zu spalten. Gerade im Kampfe um Lohn und Brot müssen wir den Gewerkschaftsmitgliedern und den sozialdemokratischen Arbeitern wie den Reichsbannerarbeitern zum Bewußtsein bringen, daß, wenn die Arbeiter gemeinsam kämpfen, kein Brüning, kein Braun und kein Klagges ihre Diktaturmaßnahmen durchführen können.

Trotz der Meinungsverschiedenheiten mit den sozialdemokratischen Arbeitern über die Diktatur des Proletariats und andere Fragen des Klassenkampfes muß es uns gelingen, den gemeinsamen Kampf, die Einheitsfront zur Durchsetzung der elementarsten Tagesforderungen der Betriebsarbeiter und Erwerbslosen zu schaffen. Das ist aber nur im Kampfe gegen die reformistische Gewerkschaftsbürokratie möglich. Unsere Aufgabe als Kommunisten ist es, den Kampf gegen den imperialistischen Krieg, für den revolutionären Ausweg, die Massenmobilisierung für unser Freiheitsprogramm mit dem Kampfe um die Tagesforderungen der Arbeiter so zu verknüpfen, daß wir die Massen durch ihre eigenen Erfahrungen zur Anwendung höherer Kampfformen bringen und an den unmittelbaren Kampf um die Diktatur des Proletariats heranführen.

Die zentrale Aufgabe der Beratung unserer Mitgliederversammlungen ist also: die unmittelbare Organisierung des Massenwiderstandes gegen alle Formen und Methoden der kapitalistischen Diktatur unter Anwendung der revolutionären Einheitsfrontpolitik. Die bürokratisch-sektiererischen Tendenzen,

die gegenwärtig in vielen Fällen die Durchführung dieser revolutionären Aufgabenstellung verhindern, müssen rücksichtslos überwunden werden. Das Schwergewicht der Arbeit muß dabei auf die Zentren unserer revolutionären Kampforganisation, auf die Großbetriebe, konzentriert werden. Durch die besten Funktionäre und durch besondere Stoßbrigaden unterstützt, muß es uns gelingen, die Betriebe, besonders die Rüstungsbetriebe und die Verkehrsbetriebe, zu revolutionären Hochburgen zu machen.

In einigen Zellen wurde von Genossen versucht, die Durchführung der Beschlüsse des Zentralkomitees und die Anwendung der bolschewistischen Selbstkritik, wie sie im Referat des Genossen Thälmann im Plenum des ZK gefordert wurde, unter „linken“ Phrasen zu verhindern. In der Mitgliederversammlung des Instrukteurgebietes Reinickendorf Ost ist ein Parteimitglied aufgetreten, das ein Gemisch von rechtsopportunistischen und trotzkistischen Schwankungen als Plattform vorgetragen hat. Der Genosse wurde zwar nur von einer Genossin (Studentin) unterstützt, aber seine Ausführungen sind charakteristisch für die Äußerungen einiger anderer Funktionäre. Entgegen der Generallinie der Partei erklärte Genosse P.: „In unserer Situation haben sich die objektiven Bedingungen des Kampfes geändert, infolgedessen muß sich auch unsere Taktik ändern.“ Seine Vorschläge auf Änderung der Taktik lassen sich in folgende Hauptpunkte zusammenfassen:

Ablehnung der Teilkämpfe. „Wenn solche Dinge zur Revolution notwendig sind (wie Kampf gegen Lohnabbau, Herabsetzung der Arbeitslosenunterstützung, Notverordnungen usw.), wird die Revolution in hundert Jahren immer noch auf sich warten lassen.“ Diese Stellungnahme gegen die Teilkämpfe bedingt, daß er auch die Einheitsfronttaktik ablehnt.

Besondere Hervorhebung der Schwierigkeiten des Kampfes. P. unterschätzt die Kampfmöglichkeiten und sieht nicht, wie unter Führung der Kommunistischen Partei durch die Entfaltung des subjektiven Faktors die objektiven Schwierigkeiten überwunden werden können.

Im Sinne der SAP-Politik fordert P., daß wir unsere Agitation auf die „prinzipielle Bedeutung der Existenz der Sowjetunion

beschränken", nicht aber die konkreten Erfolge des sozialistischen Aufbaus hervorheben sollen, über die P. angeblich mangelhaft informiert ist.

Selbstverständlich wendet sich P. gegen die bolschewistische Selbstkritik. Das ist bei dem Inhalt seiner Plattform nicht verwunderlich.

Ich führe diese Stellungnahme eines Parteimitgliedes an, weil sie den Druck des Klassenfeindes auf Teile der Arbeiterschaft widerspiegelt und für uns eine ernste Warnung ist. Die gesamte Parteiorganisation muß daraus die Schlußfolgerung ziehen, mit größerer Kühnheit den revolutionären Massenkampf zu organisieren.

Vor allem auf diesem Wege werden wir Stimmungen der Ungeduld überwinden, die zum Teil durch die Tatsache verursacht sind, daß es in den letzten Monaten nicht gelungen ist, Streikbewegungen und Massenkämpfe der Erwerbslosen in größerem Ausmaße durchzuführen. Aber gleichzeitig ist es notwendig, die ideologische Offensive, die Verstärkung der Propagandaarbeit unserer Partei im Sinne des Aufsatzes des Genossen Thälmann zu verstärken, um alle Parteimitglieder fähig zu machen, aus eigener Initiative die bolschewistische Linie unserer Partei, wie sie in den Beschlüssen des Zentralkomitees und in der Rede des Genossen Thälmann festgelegt ist, mit Erfolg durchzuführen. Dabei ist es besonders nötig, alle Erscheinungen des faulen Liberalismus gegenüber opportunistischen Abweichungen zu überwinden.

Die politische Aufrüttelung der werktätigen Massen in der Preußenwahl macht es für uns besonders günstig, diese entscheidende Wendung in unserer Parteiarbeit durchzuführen.

Eine Aufgabe muß die gesamte Organisation beherrschen: Organisiert den Massenwiderstand gegen alle Formen und Methoden der Kapitalsdiktatur! Schafft die Einheitsfront im Kampf um Brot und Arbeit und gegen den faschistischen Terror! Das ist in der jetzigen Situation die entscheidende Aufgabe zur Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse!

*„Die Rote Fahne“ Nr. 77,
10. April 1932.*

Bernau zeigt den Weg der Einheitsfront

Rede auf einer Einheitsfrontkundgebung in Bernau
29. April 1932

Am Sonnabend und Sonntag gingen die Nazimordbanden mit Messern gegen Reichsbannerarbeiter vor. Kommunistische Arbeiter und ein Teil der Reichsbannermitglieder schlugen die Nazis zurück. Als aber die Arbeiter Bernaus am Montag in roter Einheitsfront eine Massendemonstration gegen den Mordfaschismus durchführen wollten, wurde diese Kundgebung vom SPD-Landrat und vom stellvertretenden SPD-Regierungspräsidenten verboten. Reichsbannerarbeiter, wer stand mit euch und wer gegen euch? Die kommunistischen Arbeiter kämpften mit euch, und Faschisten, SPD-Landrat und Severing-Polizei waren gegen euch.

Von euch Erwerbslosen verlangt der Bürgermeister die Pflichtarbeit. Für eure Hungerunterstützung, die kaum ausreicht, um euren Kindern Margarinestullen zu geben, sollt ihr noch schufoten und die Löhne der Arbeiter drücken. Dieselben Arbeiten, die früher im Tariflohn geleistet wurden, sollen die Erwerbslosen jetzt für ihre Hungerunterstützung leisten. So werden die Löhne durch die Arbeitsdienstpflicht herabgedrückt. Euer Streik gegen die Pflichtarbeit, das ist der Kampf gegen die Arbeitsdienstpflicht, gegen die geplante Militarisierung der Jugendlichen und Erwerbslosen, gegen den Lohndruck und für eine wirkliche Arbeitsbeschaffung. Eure Streikführung, der Kommunisten, Reichsbannerarbeiter und Unorganisierte angehören, zeigt, wie der Kampf aller Arbeiter ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit gemeinsam geführt werden muß. Euer Kampf gegen den Naziblutterror wie gegen Pflichtarbeit und für höhere Erwerbslosenunterstützung, das ist der Kampf gegen den Faschismus.

Bis zu den Preußenwahlen erklärten die sozialdemokratischen Führer: „Schlagt den Faschismus!“ Der „Vorwärts“ schrieb von der „vernichtenden Niederlage des Faschismus“ im zweiten Wahlgang der Präsidentenwahl, während in der Tat der Hitler-

fascismus immer frecher auftritt und die Brüning, Stegerwald, Groener verschärfte Maßnahmen der Faschisierung ankündigen.

Unsere heutige Massenkundgebung beweist, daß viele Gewerkschaftsmitglieder und SPD-Arbeiter auf dem Wege sind, die Lehre aus dem 24. April zu ziehen. Die Hauptlehre ist die, daß in SPD-Preußen der Hitlerfascismus am stärksten gewachsen ist, weil die sozialdemokratische Preußenpolitik die Naziagitation schützt, die proletarischen Wehrorganisationen verbietet, die Arbeiterdemonstrationen untersagt und die antifaschistischen Kämpfer in die Gefängnisse steckt. Es ist die Hauptlehre des 24. April, daß alle Arbeiter ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit gemeinsam den Fascismus schlagen müssen.

Das Ergebnis der Preußenwahlen hat die Groener und Stegerwald zu neuen Notverordnungen gegen das arbeitende Volk ermuntert. Groener will alle Wehrorganisationen der Arbeiter verbieten, wie Severing den Roten Frontkämpferbund verboten hat. Stegerwald verkündete in seiner Erfurter Rede die Beseitigung der Arbeitslosenversicherung und die weitere Durchführung der Arbeitsdienstpflicht. Er verkündete den weiteren Lohnabbau und fordert die Zusammenarbeit der sozialdemokratischen und der christlichen Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern in den reaktionären Handwerks-, Handels- und Landwirtschaftskammern. Liegen diese Maßnahmen Stegerwalds, die vom ADGB unterstützt werden, nicht in der Linie der Faschisierung?

Wenn in Bernau die Nazis den blutigen Terror gegen Reichsbannerarbeiter verüben konnten, so nur deshalb, weil nicht rechtzeitig der Massenselbstschutz der Bernauer Arbeiter geschaffen wurde, weil sich nicht rechtzeitig die kommunistischen, sozialdemokratischen, Reichsbannerarbeiter und Unorganisierten in den Massenselbstschutzformationen vereinigt haben. Wenn wir alle überall, wo werktätige Anhänger der NSDAP zusammenkommen, politisch agitieren, um sie zu überzeugen, wenn wir den Nazimordterror abwehren, dann werden wir in Einheitsfront den Hitlerfascismus schlagen.

Wir müssen die pazifistischen und sozialdemokratischen Nebelschwaden beseitigen, die den imperialistischen Krieg gegen

das werktätige Volk Chinas und den Kriegsaufmarsch gegen die Sowjetunion verhüllen sollen, wir müssen in der Tat die Kriegslieferungen verhindern und alle Maßnahmen der imperialistischen Aufrüstung und der Militarisierung, wie sie von den Groener und Co. eingeleitet wurden, in geschlossener Einheitsfront bekämpfen.

Nur wenn wir im Kampfe um Brot und Arbeit, gegen faschistischen Blutterror und imperialistischen Krieg, gegen jede Hunger- und Unterdrückungsmaßnahme der Kapitalsdiktatur im Betrieb, an der Stempelstelle, im Dorf den Massenwiderstand organisieren, werden wir die weiteren faschistischen Pläne verhindern und den Feind zurückschlagen.

Das Zentralkomitee unserer Partei hat im Aufruf an alle deutschen Arbeiter allen Arbeitern und Arbeiterfrauen, allen Organisationen, in denen Arbeiter vereinigt sind und die wirklich den Kampf gegen Lohn- und Unterstützungsabbau führen wollen, die Hand zum gemeinsamen Kampf gereicht. Wir Kommunisten fordern nicht als Voraussetzung eines solchen Kampfes die Anerkennung des kommunistischen Programms.

Wir appellieren an alle Arbeiter zum gemeinsamen Kampf für Lohn und Brot, gegen den Faschismus. Dieser Kampf kann nur auf der Grundlage unserer eigenen Klasseninteressen mit Erfolg geführt werden. Im Gegensatz zur Tolerierungspolitik der Sozialdemokratie muß die Arbeiterschaft nach dem alten Kampfpruch Karl Marx' und August Bebel's handeln: „Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiterklasse selbst sein.“ Deshalb sollt ihr im Sinne der proletarischen Demokratie selbst über eure Kampflosungen und die Maßnahmen zu ihrer Durchführung beraten, sollt selbst eure Kampfleitung wählen.

Vor den Arbeitern steht die Frage: Wie kämpfen wir für unsere Lebensforderungen, und wie stehen die Parteien des Landtages zu unseren Kampfforderungen für Brot, Arbeit und Freiheit? Wir fragen die sozialdemokratischen Mitglieder: Was glaubt ihr, wie die Abgeordneten der Sozialdemokratie sich im Preußischen Landtag zu den Arbeiterforderungen verhalten, zur Aufhebung der Notverordnungen, zur Rückgängigmachung des Unterstützungsabbaues, zur Beseitigung der Kopfsteuer, zur Einstellung der Subventionen an das Großkapital, zur Aufhebung

des RFB-Verbots, zur Aufhebung der Demonstrationsverbote, zur Enteignung der Fürsten? Wir fordern euch auf: Sagt uns eure Wünsche, teilt unserer Landtagsfraktion in Preußen mit, welche Anträge sie im Interesse der Arbeiter im Landtag einbringen soll; aber hofft nicht, daß eure Forderungen so leicht, einfach durch Parlamentsanträge erfüllt werden. Die Arbeiterschaft muß sich die Erfüllung jeder einzelnen ihrer Forderungen im Kampfe erringen.

Manche von euch haben am 24. April geglaubt, die Sozialdemokratie kämpfe gegen den Faschismus, die Preußenregierung sei ein „Bollwerk gegen den Faschismus“. In der SPD-Presse wurde verkündet, die Kommunisten wollen Hitler an die Regierung lassen. Heute seht ihr, daß gerade im SPD-Preußen der Faschismus am schnellsten gewachsen ist, heute seht ihr, daß sozialdemokratische Führer bei Hitler um gutes Wetter bitten, und manche sozialdemokratischen Staatsfunktionäre, wie der SPD-Bürgermeister von Senftenberg und andere, ziehen die Konsequenz aus der sozialdemokratischen Politik und gehen zur NSDAP. Derselbe Severing, der gestern erklärte: Schlagt Hitler!, sagt heute: Laßt Hitler an die Regierung! Die Sozialdemokratie will Hitler die Möglichkeit geben, seine faschistische Hunger- und Unterdrückungspolitik gegen das werktätige Volk durchzuführen. Plötzlich ist Hitler neben Brüning ebenfalls zum „kleineren Übel“ geworden.

Die Arbeiterklasse muß die Verschärfung der faschistischen Diktaturmaßnahmen durch den Massenkampf der Betriebsarbeiter und der Erwerbslosen unmöglich machen. Die Brüning- und die Preußenregierung können nicht mehr durchführen, als sich die Arbeiter gefallen lassen. Bis jetzt konnte Brüning seine Notverordnungen nur durchführen, weil es ihm gelungen war, mit Hilfe von Leipart und Breitscheid Teile der Arbeiter für die Notverordnungs politik einzuspannen. Jetzt müssen wir endlich gemeinsam kämpfen! Folgt dem Kampfappell der Kommunistischen Partei!

Vereinigt euch mit uns und kämpft gegen die kapitalistischen Räuber und gegen die immer frecher auftretenden faschistischen Banden! Wenn wir die Einheitsfront des Kampfes bilden, dann

wird der Angriff auf die Löhne und Unterstützungen an der Kraft der deutschen Arbeiter zerschellen!

Vorwärts in der Einheitsfront für Brot, Arbeit und Freiheit!

Es lebe der siegreiche Kampf für ein freies, sozialistisches Deutschland!

„Die Rote Fahne“ Nr. 94.

1. Mai 1932.

Freienwalder Arbeiter schaffen die Einheitsfront

Rede auf einer Einheitsfrontkundgebung
in Freienwalde
8. Juni 1932

Wer gegen den Faschismus kämpfen will, der muß sofort mit-helfen, die Einheitsfront der Arbeiter zum Kampfe gegen die faschistischen Unternehmer, zum Kampfe für die Forderungen der Erwerbslosen auf warmes Mittagessen und Mietbeihilfe zu schaffen.

Wer gegen den Faschismus ehrlich kämpfen will, der muß mit-helfen, daß auch in den gewerkschaftlichen Mitgliederversamm-lungen die Kollegen Forderungen für die Verbesserung der Ar-beitsbedingungen beschließen. In diesem Kampfe der organisier-ten und der unorganisierten Arbeiter muß es uns gelingen, auch die Nazianhänger gegen ihre faschistischen Ausbeuter zu mobilisieren.

Das ist der Sinn der Antifaschistischen Aktion, zu der die Kommunistische Partei die gesamte Arbeiterklasse und alle Aus-beuteten und Unterdrückten aufgerufen hat. Wir dürfen nicht erwarten, daß eines schönen Tages sich die Arbeiter von selbst gegen die Nazis verteidigen, sondern wir müssen den Kampf vor-bereiten. Wir müssen den Feind, die Nazi-Ausbeuter, angreifen und im Kampf um die Verbesserung der Lebensinteressen der Arbeiter die Einheitsfront schmieden. Zur Vorbereitung des Kampfes ist es notwendig, daß in allen Betrieben, in allen Orten die Arbeiter Einheitsausschüsse der Antifaschistischen Aktion wählen und die besten, aktivsten Kämpfer gegen den Faschismus als Mitglieder in diesen Ausschüssen bestimmen. Wenn organi-sierte und unorganisierte Arbeiter, wenn die Arbeiter ungeachtet ihrer Organisationszugehörigkeit für ihre Klassenforderungen kämpfen, dann wird die Herrschaft der faschistischen Reaktion bald zu Ende sein.

Angesichts der bevorstehenden Aufhebung des SA-Verbotes, des verschärften faschistischen Blutterrors müssen alle Arbeiter

für den antifaschistischen Kampf, für die Schaffung des Massenselbstschutzes mobilisiert werden. Als eure sozialdemokratischen Klassengenossen in Oderberg sich gegen den faschistischen Mordterror verteidigten, wurde auf Befehl des SPD-Bürgermeisters die Polizei mobilisiert und wurden vier SPD-Arbeiter verhaftet, von denen ein Arbeiter inzwischen gestorben ist. SPD-Führer sind verantwortlich für die Verhaftung von SPD-Arbeitern, die heute im Gefängnis von Freienwalde schmachten.

Die Tatsache, daß in dieser Versammlung eine Delegation zum Besuch der verhafteten SPD-Arbeiter gewählt wurde, zeigt, daß die Arbeiterschaft von Freienwalde von proletarischer Kampfsolidarität begeistert ist, daß sie andererseits die Solidarität mit jenen SPD-Ministern und SPD-Polizeipräsidenten ablehnt, die sozialdemokratische und kommunistische Arbeiter in Gefängnisse sperren, weil sie den Kampf gegen den Faschismus führen. Die Arbeiterschaft muß gemeinsam kämpfen und wird im gemeinsamen Kampf in der Einheitsfront den Klassenfeind schlagen.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 126,
10. Juni 1932*

Einheitsfrontangebot an SPD, ADGB und Reichsbanner in Berlin

Die Bezirksleitung Berlin-Brandenburg der KPD hat auf Grund des Aufrufes „Massendemonstration! Proteststreiks!“ der Bezirksleitung der SPD, dem Ortsausschuß des ADGB, der Gauleitung des Reichsbanners und anderen Organisationen folgende Aufforderung zur gemeinsamen Massendemonstration in Berlin gesandt:

„In dem Bewußtsein, daß ein gemeinsamer Aufmarsch der Arbeitermassen in Berlin ein Schlag gegen den Faschismus ist und die Kampfkraft des Proletariats bedeutend stärkt, haben wir in unserem Aufruf vom 16. Juni allen Arbeitern und Organisationen eine gemeinsame Demonstration vorgeschlagen unter den Losungen:

Nieder mit der faschistischen Reaktion!

Fort mit der Papen-Regierung!

Gegen den imperialistischen Krieg, für die Verteidigung der Sowjetunion!

Dieser Vorschlag stimmt überein mit dem Willen der Arbeitermassen in den Betrieben, an den Stempelstellen, in den Arbeitervierteln, der in zahlreichen Beschlüssen der Arbeiter zum Ausdruck gekommen ist.

Wir erfahren inzwischen, daß die Preußische Regierung formell das Demonstrationsverbot aufrechterhält. Diese Maßnahme der Preußischen Regierung dient lediglich dem Faschismus, denn durch das Verbot soll die Kampfmobilisierung der Arbeiter gegen die faschistische Reaktion erschwert werden. Wir fordern Sie auf, im Interesse der Verstärkung des Massenkampfes gegen den Faschismus die Forderung der Massen der Arbeiter auf sofortige Freigabe der Massendemonstrationen für alle Organisationen, die bereit sind, gegen den Faschismus zu kämpfen, zu unterstützen. Im übrigen erinnern wir daran, daß in der Vorkriegszeit die

Sozialdemokratie unter ähnlichen Bedingungen eines Demonstrationsverbots in Berlin das Recht der Arbeiter auf die Straße durchgesetzt hat.

Angesichts der Notwendigkeit, auf Grund der Notverordnung der Papen-Regierung möglichst schnell die weiteren Kampfmaßnahmen durchzuführen, erwarten wir Ihre Antwort bis Sonnabend, den 18. Juni, mittags.

Berlin, 16. Juni 1932.

Mit proletarischem Gruß!

KPD Bezirk Berlin-Brandenburg

I. A.: W. Ulbricht"

*„Die Rote Fahne“ Nr. 132,
17. Juni 1932.*

Die KPD im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse

Rede auf dem zwölften Plenum des EKKI
September 1932

Die Ereignisse in Deutschland haben internationale Bedeutung. Erstens ist Deutschland eines der Länder, wo die kapitalistische Krise am tiefsten ist, wo sie sich im Zusammenhang mit dem Versailler System derartig verschärft hat, daß man gegenwärtig, was die Tributverpflichtungen anbelangt, von einer Zahlungsunfähigkeit Deutschlands sprechen kann.

Zweitens wendet die Bourgeoisie in Deutschland Herrschaftsformen und -methoden an, die mit der Verschärfung der Krise je nach dem Stand des Klassenkampfes auch die Bourgeoisie anderer kapitalistischer Länder anzuwenden versuchen wird. Deutschland ist in gewissem Sinne das klassische Beispiel für das Hinüberwachsen der bürgerlichen Demokratie in den Faschismus, und deshalb haben gerade die deutschen Ereignisse eine besondere Bedeutung für den Kampf der Sektionen der Kommunistischen Internationale gegen die II. Internationale, die durch die Gegenüberstellung von Demokratie und Faschismus die Arbeiter vom Klassenkampf gegen die kapitalistische Klassenherrschaft abzuhalten versucht.

Drittens haben wir in Deutschland die stärkste Kommunistische Partei der kapitalistischen Länder und eine Entwicklung der Einheitsfrontbewegung, deren Kampferfahrungen zweifellos auch für den Klassenkampf in den anderen kapitalistischen Ländern bedeutende Lehren geben.

Viertens haben wir in Deutschland die stärkste und erfolgreichste Sozialdemokratie der II. Internationale, die durch „linke“ Manöver bestrebt ist, die Arbeiterklasse für die Unterstützung der Aufrichtung der faschistischen Diktatur einzuspannen.

Fünftens sehen wir in Deutschland die stärkste nationalsozialistische Massenbewegung, deren Politik die faschistischen Organisationen in den anderen kapitalistischen Ländern wesentlich beeinflußt.

Diese internationale Bedeutung der Ereignisse in Deutschland für die Entwicklung der Weltrevolution legt auf die Schultern unserer Partei eine besondere Verantwortung. Der KPD muß es gelingen, den Faschismus zurückzuschlagen und die Mehrheit der deutschen Arbeiterklasse für den Kampf um die Diktatur des Proletariats zu gewinnen.

Wenn wir die Gesamtlage in Deutschland richtig beurteilen wollen, so müssen wir uns die besonderen Verhältnisse der Entwicklung der Klassenkräfte in Deutschland unter den Bedingungen des Versailler Diktats vor Augen halten. Das werktätige Volk Deutschlands leidet unter der doppelten Fron der Ausbeutung durch die eigene Bourgeoisie und durch die Tributleistungen an das internationale Finanzkapital. Diese Tatsache ist eine wesentliche Ursache für den Masseneinfluß der Nationalsozialistischen Partei, die insbesondere unter der Losung des Kampfes „gegen Versailles“ und „gegen das Tributsystem“ systematisch breite Massen der Werktätigen irreführt und vom Kampf gegen die Ausbeuter im eigenen Lande ablenkt. Die gesamte deutsche Bourgeoisie versucht das Versailler System mit Hilfe einer großen chauvinistischen Massenmobilisierung im Interesse der Sicherung ihrer eigenen Herrschaft auszunutzen.

Unsere Partei hat unter diesen Bedingungen in ihrem Programm der sozialen und nationalen Befreiung die Aufgabe in den Vordergrund gestellt, den Kampf gegen das Versailler System zu steigern, gleichzeitig aber betont, daß die Voraussetzung für die Zerreißung der imperialistischen Tributverträge der Kampf gegen die Herrschaft des Finanzkapitals und gegen die imperialistische Politik im eigenen Lande ist.

Unter den Bedingungen der Verschärfung der Wirtschaftskrise und der Zuspitzung der Klassenkämpfe in Deutschland nehmen das Monopolkapital und die Großagrarien einen aggressiven Kurs auf die faschistische Diktatur. Die Grundlage des Klassenbündnisses zwischen den entscheidenden Teilen des Monopol- und des Agrarkapitals, das in der Politik der Papen-Regierung, insbesondere in dem Regierungsprogramm Papens zum Ausdruck kommt, ist die Durchsetzung der verschärften Kapitaloffensive mit vorwiegend faschistischen Unterdrückungsmethoden. Während die Brüning-Regierung ihre Maßnahmen der kapitalistischen

Diktatur mit den Methoden des Betruges und der Gewalt und mit Hilfe der Sozialdemokratie im Staatsapparat durchführte, wendet die Papen-Regierung ^[25] vor allem verschärfte faschistische Gewaltmethoden an, ohne auf die Methoden des Massenbetruges zu verzichten, und zieht die Nationalsozialisten in immer stärkerem Maße in den Staatsapparat herein. Die Sozialdemokratie wird unter den jetzigen Bedingungen von der Bourgeoisie als außerparlamentarische Stütze ihrer Diktatur benutzt. Die Papen-Regierung wendet ihre Herrschaftsmethoden entsprechend der besonderen Gestaltung der Klassenkräfte an, aber immer mit dem Bestreben, die faschistische Diktatur zu verwirklichen. Es muß besonders hervorgehoben werden, daß die faschistischen Maßnahmen der Papen-Regierung abhängig sind von der Entwicklung der Klassenkräfte, von der Entwicklung der revolutionären Masseninitiative, die unter der Führung der KPD in den Kämpfen der proletarischen Einheitsfront entfaltet wird.

Wir müssen in dieser Lage den schärfsten Kampf gegen die defätistische Agitation der Sozialdemokratie führen, als ob der Faschismus eine „notwendige Etappe“ in der Entwicklung sei, und gegen die Propaganda der Sozialdemokratie, daß die Nationalsozialisten an die „Regierung herangelassen“ werden sollen. Ebenso müssen wir auch gegen die Versuche einer mechanischen Gleichstellung der Faschisierung in den verschiedenen kapitalistischen Ländern Stellung nehmen, die nur zu einer Verwirrung der Arbeiterschaft, zu einer Erschwerung der revolutionären Massenmobilisierung führt. Es gibt weder eine typische Form der faschistischen Diktatur, noch gibt es faschistische Maßnahmen, die unabwendbar wären.

Die faschistischen Maßnahmen der Papen-Regierung haben zum wachsenden Massenwiderstand der Arbeiterschaft, zu einer Verbreiterung der Einheitsfrontaktionen insbesondere gegen das Auftreten der SA geführt. Es gelang uns, Teile der sozialdemokratischen Arbeiter, Reichsbannerarbeiter und Gewerkschaftsmitglieder für die kämpfende Einheitsfront des Proletariats, für die Antifaschistische Aktion zu gewinnen und die breitesten Arbeitermassen in die antifaschistische Massenbewegung einzubeziehen. Das war das Wichtigste in dieser Situation. In einer ganzen Anzahl von Fällen wurden in den Betrieben poli-

tische Proteststreiks gegen den SA-Terror durchgeführt. Wir müssen allerdings feststellen, daß durch diese politischen Proteststreiks vorwiegend erst die Mittelbetriebe erfaßt wurden und nur wenige Großbetriebe. Wenn auch ein bedeutendes Zurückbleiben bei den Großbetrieben zu verzeichnen ist, so dürfen wir keinesfalls die Bedeutung der Schaffung der Massenselbstschutzformationen, die auch schon in einem Teil der Betriebe erfolgte, unterschätzen. Wir können feststellen, daß sich gerade in der Antifaschistischen Aktion der Massenwiderstand der Arbeiterklasse in den vielfältigsten Formen auf Grund der verschiedensten Anlässe vollzieht, daß es nicht mechanisch unter der Konzentrierung auf eine Frage geschieht. Wir müssen jedoch hervorheben, daß die Entfaltung der Kampfaktionen in den Betrieben, im Zentrum der Antifaschistischen Aktion, besonders zurückgeblieben ist.

Die Papen-Regierung führte in Preußen ihren Staatsstreich vom 20. Juli ^[26] durch, indem sie die Preußenregierung und einzelne Sozialdemokraten und Zentrumsstaatsfunktionäre aus ihren Ämtern hinauswarf. Dadurch verschärfte und beschleunigte die Papen-Regierung die Vorbereitung der faschistischen Diktatur und führte unmittelbar eine stärkere Zentralisierung des Staatsapparates und die Reorganisierung der Polizeikräfte durch.

Die sozialdemokratischen Arbeiter waren in ihrer Mehrheit der Meinung, die Sozialdemokratie würde kämpfen, denn Preußen sei doch das sogenannte „Bollwerk gegen den Faschismus“! Die bürgerliche und die sozialdemokratische Presse nährte diese Illusion, indem sie verkündete, daß „Severing nur der Gewalt weichen würde“. Da kam ein Leutnant mit ein paar Mann, erklärte, er sei die Gewalt, und Severing nahm seinen Hut und ging.

Die Nationalsozialisten zogen ihrerseits ihre SA-Kräfte von den Straßen zurück, um dadurch die unmittelbare Kampfmobilisierung der Arbeiter zu erschweren, die im Zusammenhang mit Terroraktionen der SA selbstverständlich leichter gewesen wäre.

Unsere Partei hat im Moment des Staatsstreiches in Preußen unter der Losung des Generalstreiks ihre Kräfte eingesetzt, um die Massen der Arbeiter zu mobilisieren. Sie richtete an den ADGB und die Sozialdemokratie öffentlich die Anfrage, ob sie zur sofortigen Durchführung des Generalstreiks bereit seien.

Es ist uns jedoch nur in einzelnen Betrieben gelungen, unmittelbare Protestaktionen und einige befristete Proteststreiks von etwa einer Viertelstunde durchzuführen. Der ADGB und die Sozialdemokratie nahmen gegen den Generalstreik, für eine „verantwortliche Staatspolitik“ Stellung. Der ADGB erklärte:

„Diejenigen, die den Generalstreik proklamieren und propagieren, sind Provokateure, denn der Entscheidungskampf wird nicht jetzt geführt, sondern am Wahltage, am 31. Juli.“

Genosse Kuusinen hat in seinem Referat mit Recht hervorgehoben, daß der wesentlichste Grund, warum es uns nicht gelungen ist, am 20. Juli den politischen Massenstreik durchzuführen, darin zu sehen ist, daß wir in der vergangenen Zeit keine Teilkämpfe der Arbeiter für wirtschaftliche und politische Teilforderungen in breitem Ausmaße durchzuführen vermochten. Und er hat mit Recht kritisiert, daß es uns in der Situation des 20. Juli zum mindesten hätte möglich sein müssen, durch eine kühne Initiative größere Massendemonstrationen in den Straßen Berlins und anderer Städte durchzuführen. Solche Massendemonstrationen hätten den Betriebsaktionen größeren Aufschwung gegeben.

Als wichtigste Lehre des 20. Juli stellen wir also fest, daß vor allem das Heranführen der Arbeitermassen an den politischen Generalstreik durch Teilkämpfe vernachlässigt wurde, daß die gesamte Organisation noch nicht darauf eingestellt war, unmittelbar alle Anlässe zur Auslösung von Kämpfen auszunützen und sich in der Tat an die Spitze aller Formen und Methoden des Massenwiderstandes zu stellen. Die Betriebe sind noch nicht zum politischen Zentrum der Parteiarbeit geworden. Wir haben noch nicht genügend verstanden, uns durch kühne Initiative in jedem Betrieb, in jeder Betriebsabteilung die notwendige Autorität bei der Vertretung der täglichen Interessen der Arbeiter zu erwerben. Das erleichtert die defätistische Agitation der reformistischen Bürokratie gegen die Durchführung von Teilkämpfen. Die Illusion, daß der Vorstand des ADGB eventuell zum Generalstreik aufrufen würde, die Hoffnung auf die reformistische Gewerkschaftsbürokratie war das gefährlichste Hindernis bei der Massenstreikmobilisierung am 20. Juli. Die revolutionäre Vorhut

mußte die Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit am 20. Juli teuer bezahlen.

Unsere Partei hat aus dem 20. Juli auch bedeutende Lehren in bezug auf die Anwendung der Arbeitsmethoden gezogen. Unsere Parteileitungen müssen in der Tat zu Kampfleitungen des Massenkampfes werden. Dazu ist vor allem die Konzentrierung der Kräfte auf die im Moment wichtigste Aufgabe des Massenkampfes und die Stärkung der unteren Parteiorganisationen und des mittleren Funktionärkörpers nötig. Die Tendenzen des Überzentralismus, der mangelnden Anleitung der unteren Organisationen, des Bürokratismus und des Kommandierens müssen auf dem Wege des Ausbaus der innerparteilichen Demokratie zur Entwicklung der Initiative der Masse der Parteimitglieder unter Anwendung der revolutionären Selbstkritik überwunden werden. Um die Millionenmassen der Arbeiter zu führen, müssen wir lernen, alle Parteimitglieder für die Arbeit zu erfassen, sie durch eine verstärkte ideologische Offensive zu erziehen. Gleichzeitig muß im Zusammenhang mit der Durchführung der Aufgaben des Massenkampfes eine systematische Werbearbeit durchgeführt werden, vor allem zur Gewinnung von Betriebsarbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern, wobei die Qualität unserer Werbearbeit gehoben werden muß.

Die Erfolge der Antifaschistischen Aktion, die Tatsache, daß es der Partei in verhältnismäßig kurzer Zeit gelungen ist, größere Teile der sozialdemokratischen Arbeiter und der Reichsbannerarbeiter in die Antifaschistische Aktion hineinzubeziehen, ist eine absolute Bestätigung für die Richtigkeit der Generallinie unserer Partei. Aber das verpflichtet uns, die Bolschewisierung unserer Partei auf eine höhere Stufe zu heben. Wir müssen lernen, wie Genosse Thälmann sagte, von einer Partei der Agitation und Propaganda zur Führerin aller Aktionen und Kämpfe des Proletariats zu werden.

Der Hebung unserer Partei auf eine höhere Stufe der Bolschewisierung, der Erfüllung ihrer höheren Aufgaben standen zeitweise bestimmte Fehler und Abweichungen, die die Wendung zur Massenarbeit erschwerten, entgegen. Wir haben nicht immer rechtzeitig den Kampf gegen gewisse Schwankungen bei einigen Funktionären unserer Partei geführt. Unsere Parteiführung mußte

bei einzelnen Genossen Tendenzen der Unterschätzung der Beschlüsse des elften EKKI-Plenums zurückweisen, insbesondere in der Frage des Faschismus, der Rolle der Sozialdemokratie und der Nationalsozialisten. Sie mußte gegen Tendenzen der Festlegung einer kurzfristigen Perspektive Stellung nehmen in dem Sinne, als ob im vorigen Winter unbedingt die entscheidenden Kämpfe des Proletariats hätten durchgeführt werden müssen. Diese nicht richtige Perspektive stand im Zusammenhang mit Vorschlägen, die Losung der Volksrevolution zur „strategischen Hauptlosung“ der Partei in der damaligen Situation zu machen, statt den Kampf um das strategische Ziel der Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse zu führen. Wir mußten gegen gewisse Tendenzen der Vernachlässigung und Unterschätzung der Einheitsfronttaktik, der Massenarbeit in den Betrieben und Gewerkschaften und gegen eine gewisse sprunghafte Anwendung der Einheitsfronttaktik Stellung nehmen.

Das Zentralkomitee der Partei hat insbesondere nach der Veröffentlichung des Briefes des Genossen Stalin an die Redaktion der Zeitschrift „Proletarskaja Rewoluzija“ durch eine große ideologische Offensive in der Partei diese Fehler und Schwankungen zum großen Teil beseitigt, die Parteiorganisationen auf ein höheres Niveau gebracht. Bei einzelnen Funktionären zeigten sich gewisse Bestrebungen, die Bedeutung dieser ideologischen Offensive herabzusetzen. Es ist sogar vorgekommen, daß in der „Roten Fahne“ zum Briefe des Genossen Stalin eine Einleitung veröffentlicht wurde, die zum Inhalt des Briefes und zu den Beschlüssen der Partei in Widerspruch stand.

Genosse Thälmann hat auf dem Februar-Plenum des ZK besonders hervorgehoben, daß es notwendig ist, alle kleinbürgerlichen Versuche der Schönfärberei und der Vertuschung der Schwächen gegenüber der Komintern und dem ZK, der Zweideutigkeit und doppelten Buchführung, der Anerkennung der Partei und ihrer Führung mit Worten, aber Nichtdurchführung der Beschlüsse und Nichtunterstützung der Führung in der Praxis aufs schärfste zu bekämpfen und zu überwinden.

Die Partei hat im Zusammenhang mit der Durchführung der ideologischen Offensive und der Kampferfahrungen, die in den letzten Monaten gemacht wurden, diese Schwächen und Fehler

im wesentlichen überwunden. Leider können wir das nicht in gleichem Maße vom Kommunistischen Jugendverband sagen. Im Jugendverband sind besondere Schwächen und gewisse Unklarheiten vorhanden, die sich in Auffassungen äußern, daß die Einheitsfront mit den sozialdemokratischen Arbeitern sich in wenigen Tagen und Wochen vollziehe, daß die Einheitsfrontbewegung im deutschen Proletariat in der Hauptsache auf der Grundlage des Kampfes gegen den Faschismus, das heißt auf politischer Grundlage vor sich gehe, in einer Unterschätzung des Kampfes um die Tagesforderungen der Jugend, in der Unterschätzung der Rolle der Sozialdemokratie als soziale Hauptstütze der Bourgeoisie usw. Genosse Kuusinen sagte in seinem Referat, daß die Leitung der Jugendinternationale bei der Führung des KJV Deutschlands auf dem Gebiete der Durchführung der Beschlüsse des EKKI in der Richtung und Entwicklung des Jugendverbandes zu einer wirklichen Massenorganisation sogar auf Widerstand gestoßen ist. Das ZK unserer Partei befindet sich in der Einschätzung der Lage im Jugendverband in vollkommener Übereinstimmung mit der KJI. Wir werden gemeinsam mit dem Jugendverband alle Maßnahmen treffen, damit der Verband auf Grund der Beschlüsse der KJI den Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterjugend mit Erfolg durchführen kann. Das erfordert allerdings auch gewisse Garantien in der Führung des KJVD.

Einiges zum Ergebnis der Reichstagswahlen vom 31. Juli. Dieses Wahlergebnis spiegelt in gewissem Grade die bedeutenden Fortschritte in der Entfaltung einer breiten Bewegung der Einheitsfront gegen den Faschismus wider. Unsere Partei ist als einziger Sieger aus den Wahlen hervorgegangen. Das ist der Erfolg der Antifaschistischen Aktion. Es gelang uns, drei viertel Millionen Stimmen zu gewinnen. Es gelang uns gleichzeitig, der Sozialdemokratie größere Verluste beizubringen. Die Stimmenzahl, die die Sozialdemokratie verlor, haben wir in den meisten Bezirken vollkommen aufgefangen und darüber hinaus Stimmen aus den Reihen der Jungwähler, der neuen Wähler gewonnen. Es ist uns bei der Wahl weiter gelungen, die Naziwelle zum größten Teil zum Stehen zu bringen und an den entscheidenden Punkten, insbesondere in den wichtigsten Industriegebieten, einen Rückgang der nationalsozialistischen Stimmen zu erzielen. Das

Wahlergebnis zeigt gleichzeitig, daß es unserer Partei gelungen ist, die Troztkisten, SAPisten und sonstige Renegatencliquen zu schlagen. Sie erhielten kein einziges Mandat und verloren gegenüber früheren Wahlen weiter an Stimmen. Eine Analyse der Wahlergebnisse in den verschiedenen Gebieten zeigt, daß wir gerade in den Gebieten, wo die Antifaschistische Aktion, die Einheitsfronttaktik von unten am besten angewandt wurde, die stärksten Gewinne hatten, daß es uns gerade in diesen Gebieten gelungen ist, den sozialdemokratischen Einfluß zurückzuschlagen.

In der Antifaschistischen Aktion lag am Anfang im Zusammenhang mit der Legalisierung der SA das Schwergewicht auf dem Kampf gegen den faschistischen Terror. Jetzt muß sich das Schwergewicht des antifaschistischen Kampfes vor allem gegen die neuen Maßnahmen der Kapitaloffensive und des Wirtschaftsprogramms der Papen-Regierung richten. Nachdem die Papen-Regierung ihr Programm der Aushungerung des werktätigen Volkes verkündet hat, ist es Aufgabe unserer Partei, auf Grund der neuen großen Möglichkeiten für die Entfaltung der Kampfinitiative der Arbeiter in jedem einzelnen Betrieb und besonders unter den Gewerkschaftsmitgliedern mit revolutionärer Kühnheit die Einheitsfront der Arbeiter im Kampf gegen den Lohnabbau, in der Herstellung des Kampfbündnisses von Betriebsarbeitern und Erwerbslosen, im Kampf des Massenselbstschutzes gegen den faschistischen Terror in der Tat durchzuführen.

Bei der Einschätzung der wachsenden politischen Streikbewegungen müssen wir feststellen, daß es uns dort gelungen ist, solche Streikbewegungen durchzuführen, wo unsere Betriebszellen und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition bereits einen systematischen Kampf um die Vertretung der täglichen Interessen der Arbeiter führten, und wo wir auf dieser Basis breite Teile der Gewerkschaftsmitglieder unter unseren Einfluß gebracht haben.

Zum erstenmal in den letzten Monaten sehen wir auch, daß unter den Bauern unser Einfluß allmählich wächst. Das Ergebnis der Reichstagswahlen zeigt, daß es uns gelungen ist, in Bauerngebieten unseren Einfluß zu verstärken. Die Bauernkomitees bekommen eine breitere Basis. Besonders die Siedler, die nicht mehr

die ungeheuren Pachtzinsen bezahlen können, werden am stärksten in die antifaschistische Bewegung einbezogen.

Wenn wir die bisherige Entwicklung der Antifaschistischen Aktion überprüfen, so müssen wir feststellen, daß noch eine Schere zwischen der Antifaschistischen Aktion auf der Straße und der Antifaschistischen Aktion in den Betrieben vorhanden ist. In den Betrieben macht unsere Kampfbewegung nur langsam Fortschritte, was vor allem auf die Vernachlässigung in unserer innergewerkschaftlichen Arbeit zurückzuführen ist. Das Zentralkomitee unserer Partei hat in Erkenntnis dieser Lage in den letzten Wochen die ganze Kraft der Antifaschistischen Aktion auf die Betriebe konzentriert.

Es ist unserer Partei zweifellos gelungen, im Zusammenhang mit der Antifaschistischen Aktion die Parteiorganisationen auf eine höhere Stufe der revolutionären Aktivität zu heben und die Massen unserer Parteimitglieder in höherem Maße zu befähigen, die sozialdemokratischen Arbeiter und die Gewerkschafter zu überzeugen. Genosse Thälmann hat vor längerer Zeit eine Aussprache mit 20 sozialdemokratischen Funktionären aus wichtigen Großbetrieben des Reiches durchgeführt. Diese Aussprache hat wesentlich dazu beigetragen, die sozialdemokratischen Arbeiter davon zu überzeugen, daß es für uns vor allem darauf ankommt, die Kampfeinheit der Arbeiter zu organisieren, ohne vorher irgendwelche organisatorischen Bedingungen zu stellen. Diese Diskussion hat gleichzeitig unseren Parteifunktionären gezeigt, wie man mit den sozialdemokratischen Arbeitern kameradschaftlich diskutiert, wie man sie wirklich für den gemeinsamen Kampf gewinnen kann.

Wir müssen allerdings sagen, daß bei der Durchführung dieser Einheitsfrontpolitik sich auch in den Reihen der Parteiorganisation Tendenzen eines gewissen Zurückweichens vor dem sozialdemokratischen Einfluß zeigen. Es gibt Beispiele, wo unsere Genossen zu dem Auftreten der Sozialdemokratie in den Gewerkschaftsversammlungen schwiegen. Es gibt Beispiele der nicht genügenden Entlarvung der neuen „linken“ Manöver der Sozialdemokratie, wie der Losung der „Sozialistischen Aktion“. Die Fragen der Schaffung der Einheitsfront als Kampfgemeinschaft um konkrete Forderungen müssen unmittelbar mit der Ent-

larvung der sozialdemokratischen Manöver verbunden werden. Wir müssen mit dem Kampf gegen die Kapitalsoffensive stärker als bisher den Kampf um den revolutionären Ausweg hervorheben, die Errungenschaften des sozialistischen Aufbaus in der Sowjetunion und den Niedergang in den kapitalistischen Ländern einander gegenüberstellen und begründen, warum die Diktatur des Proletariats die Voraussetzung des sozialistischen Aufbaus ist.

Wenn auch der Einfluß der Nationalsozialisten und ihrer Betriebszellen in den Großbetrieben verhältnismäßig gering ist, so zeigt doch ihr Stimmenzuwachs aus den Reihen der Arbeiterschaft in den letzten zwei Jahren die Notwendigkeit der Verstärkung unseres Kampfes um die Gewinnung der nationalsozialistischen Arbeiter und Werkstätigen. Eine Massenbewegung von solcher Breite macht unsere verstärkte, planmäßige ideologische Offensive notwendig, weil es ohne die Loslösung breiter Massen der Arbeiter und Werkstätigen von der nationalsozialistischen Bewegung in Deutschland nicht möglich ist, den Sieg des Proletariats zu erkämpfen. Wir müssen bei dieser verstärkten ideologischen Offensive besonders die Tatsache ausnutzen, daß die NSDAP den Pakt von Lausanne, die Notverordnungen und die Politik des Großkapitals unterstützt. Wir haben unmittelbar nach den Wahlen mit der Durchführung dieser Aufgabe begonnen und bereits gewisse Erfolge erzielt.

Angesichts des Einflusses der Nationalsozialisten unter den Angestellten ist es notwendig, daß die Kommunistische Partei und die RGO ihre Kräfte stärker auf die Gewinnung der Massen der Angestellten konzentrieren.

Ich komme zum Schluß zur Frage der Perspektive und der nächsten Aufgaben in Deutschland. Die Einschätzung der Gesamtlage ergibt, daß im Wettlauf zwischen der faschistischen Konterrevolution und dem Tempo des revolutionären Aufschwungs momentan der Gegner einen Vorsprung hat. Die weitere Perspektive des Klassenkampfes in Deutschland, die Durchführung der Maßnahmen der Papen-Regierung sind in entscheidendem Maße von der Beschleunigung des Tempos des revolutionären Aufschwungs, von dem Grade der Entfaltung der Massenkämpfe, von dem Übergang der breitesten Arbeitermassen zum Angriff

gegen die Papen-Regierung, zum Angriff gegen die Kapitalsoffensive abhängig. Alles ist abhängig von der Fähigkeit unserer Partei, die große Masseninitiative zu entfalten, mittels der Einheitsfrontpolitik den Massenwiderstand gegen jede faschistische Ausbeutungs- und Unterdrückungsmaßnahme zu organisieren, auf allen Gebieten das Tempo des revolutionären Aufschwungs zu beschleunigen, die Massen schneller an die Aufgabe der politischen Massenstreiks und des politischen Generalstreiks heranzuführen, der die zentrale Aufgabe unserer Partei ist.

Wir müssen uns entschieden gegen alle Versuche wenden, Fehler und Schwächen der Arbeit hinter objektiven Schwierigkeiten zu verstecken. Jede objektive Schwierigkeit birgt in sich große Möglichkeiten zu ihrer Überwindung. Unsere Partei, unsere Parteiorgane dürfen bei der Durchführung der Generallinie nicht den Weg des geringsten Widerstandes gehen, sondern müssen die Hauptkräfte auf die zähe und beharrliche Arbeit zur Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder und der sozialdemokratischen Arbeiter für den gemeinsamen Kampf konzentrieren. Besonders im Kampf gegen die kapitalistische Offensive, für die täglichen Interessen der Werktätigen müssen wir die Arbeiter und verarmten Mittelschichten, die unter dem Einfluß der NSDAP stehen, in den Kampf hineinziehen, sie für den gemeinsamen Kampf der Werktätigen gewinnen.

Die Aufgabe unserer Partei in der jetzigen Lage ist, alle Kräfte der Arbeiterbewegung, die Massen der Arbeiter in den Betrieben und an den Stempelstellen wie auch die Arbeiter in den Massenorganisationen auf ein Ziel, auf den Kampf gegen die Kapitalsoffensive, für den Sturz der Papen-Regierung einzustellen.

Die in der Resolution des Plenums für unsere Partei gestellte Hauptaufgabe, das Proletariat für die Machtkämpfe vorzubereiten, bedeutet für die KPD vor allem Entfesselung der wirtschaftlichen und politischen Kämpfe und Streiks und Heranführung der Massen an den politischen Generalstreik. Es kommt vor allem darauf an, daß unsere Partei alle Kampfmöglichkeiten, alle Anlässe, alle Ereignisse ausnützt.

Angesichts der „nationalen“ Agitation der Regierung und der Nationalsozialisten, angesichts der Versuche der Sozialdemokratie, mit „linken“ Manövern die Arbeiter irrezuführen, müssen

wir stärker unser Programm der sozialen und nationalen Befreiung, des Kampfes um den revolutionären Ausweg unter der Losung des Kampfes um die Arbeiter- und Bauernrepublik in den Vordergrund stellen. Wir müssen diese Losung den Massen der Arbeiter als den Kampf um die Verwirklichung der wahren proletarischen Demokratie erläutern, die in der Herrschaft der Räte, in der Diktatur des Proletariats als der Voraussetzung des Aufbaus des Sozialismus ihren Ausdruck findet. Zur Erfüllung dieser Aufgaben gilt es, die ganze Kraft der Partei, der revolutionären Gewerkschaftsbewegung und der Massenorganisationen auf die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse als der Vorbedingung für den siegreichen Kampf um die Diktatur des Proletariats zu konzentrieren.

*„Internationale Pressekorrespondenz“ Nr. 7,
18. Januar 1933.*

Anmerkung des Verfassers

Der Schlußabsatz dieser Rede zeigt, daß seinerzeit die richtige Einschätzung der Lage und die Festlegung der aktuellen Kampfaufgaben der KPD verbunden wurde mit der Losung der Diktatur des Proletariats, der Schaffung eines Rätedeutschlands als einer aktuellen Losung. Das war nicht richtig. Unter den Bedingungen des Kampfes gegen den Faschismus und der Kriegsvorbereitungen war die nächste Aufgabe der Kampf um die demokratischen Rechte des werktätigen Volkes und für den Sturz der Papen-Regierung, die der faschistischen Herrschaft den Weg bereitere. Das konnte nur durch Schaffung der Aktionseinheit und durch den Zusammenschluß aller demokratischen und friedliebenden Kräfte erreicht werden.

W. U.

Tiefer in die Massen!

„Das Kettenglied, das die kommunistischen Parteien als Ausgangspunkt bei der Lösung dieser Aufgabe — Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse und Zerschlagung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie — erfassen müssen, ist der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der breiten Massen, gegen das wachsende Elend, gegen Rechtlosigkeit, Gewalt und Terror.“¹

Die Grundbedingung zur Vorbereitung der Massen auf die Kämpfe um die Macht ist die ständige lebendige Verbindung der Partei mit der Mehrheit der Arbeiterklasse und den Massen der ausgebeuteten Werktätigen. Nur wenn jede Parteileitung, jedes Parteimitglied jede Möglichkeit der Massenmobilisierung ausnutzt, nur wenn jedes Mitglied durch das eigene Beispiel im Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Interessen der Arbeiterschaft die Arbeitermassen anfeuert, können wir die Arbeiterklasse zur Lösung der höheren revolutionären Kampfaufgaben führen.

Die Direktiven des zwölften Plenums des EKKI erfordern eine ernste Überprüfung unserer gesamten Parteiarbeit. Wohl haben wir Fortschritte im antifaschistischen Kampf, im Streikkampf und teilweise auch in der Erwerbslosenbewegung, aber unsere Bezirks-, Unterbezirks- und Zellenleitungen sind nicht so lebendig mit der Mehrheit der Arbeitermassen verbunden, daß wir jede Erregung der Arbeiter im Betrieb aus Anlaß von Akkorddifferenzen oder an der Stempelstelle wegen Mißständen auf dem Arbeitsnachweis oder im Wohngebiet wegen zu hoher Mieten oder am Wohlfahrtsamt wegen Unterstützungsabbau usw. ausnutzen, um die Massen für ihre elementarsten Forderungen, gegen die faschistische Diktatur in Bewegung zu bringen.

Entscheidend für das Tempo des revolutionären Aufschwungs in Deutschland, für die Verhinderung einer weiteren Entfaltung

¹ „XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale (September 1932), Thesen und Resolutionen“, Moskau 1932, S. 15.

der faschistischen Diktatur ist die Organisation und Auslösung der Streikkämpfe und des Massenkampfes der Erwerbslosen. Das ist aber nur möglich, wenn wir uns stärker um die elementaren Lebensinteressen der breitesten Massen kümmern und die Welle der Protestaktionen und politischen Streiks gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen in den Großbetrieben steigern. Oft beachten wir nur die Wünsche der fortgeschrittensten Arbeiter, sehen aber nicht genügend die Notwendigkeit, auch die rückständigen Schichten mit Hilfe einfacher wirtschaftlicher Forderungen in den Kampf einzureihen. Besonders kraß zeigt sich unsere Schwäche in den Großbetrieben. Wohl haben sich breite Arbeitermassen für unsere revolutionäre Politik und gegen die Sozialdemokratie entschieden, aber in den kleinen wirtschaftlichen Fragen im Betrieb gehen dieselben Arbeiter oft noch zum reformistischen Betriebsrat und nicht zum Kommunisten oder zum roten Betriebsrat. Wir haben wohl die politischen Sympathien breiter Massen, aber weil wir, besonders in den Großbetrieben, nicht die kleinsten täglichen Interessen der Arbeiter genügend vertreten und oft politische Aktionen in den Betrieben unterlassen, verstehen wir nicht, die Arbeiter an den Streikkampf heranzuführen. In jedem Betrieb haben wir eine ganze Serie verpaßter Gelegenheiten. Die Folge ist ein solches Versagen in der Durchführung der Losung unserer Partei, wie es am 20. Juli offensichtlich war.

„Nur gestützt auf den Kampf für die Tagesinteressen der Massen, werden die kommunistischen Parteien imstande sein, die Positionen der Arbeiterklasse zu behaupten und zu befestigen und sie selbst an immer höhere Formen des Kampfes . . . heranzuführen.“¹

Dabei gilt es, die Hauptkraft der Partei auf die Eroberung der Betriebsbelegschaften, vor allem der Großbetriebe, zu konzentrieren. Die innige Verbindung mit den Arbeitermassen in den Großbetrieben, die sorgfältige Vertretung ihrer täglichen Interessen, ihre Mobilisierung zum Streik gegen jeden Lohnabbau und zu Aktionen gegen faschistische Unterdrückung führt die ausschlaggebenden Massen des Proletariats an die Aufgaben des politischen Generalstreiks heran.

Der Kampf um die Gewinnung der Belegschaften der Groß-

¹ Ebenda, S. 16.

betriebe und der Arbeiter aller Betriebe erfordert nicht nur, daß Betriebszellen bestehen, sondern auch, daß wir in den Abteilungen, insbesondere in den für den Produktionsprozeß wichtigsten Abteilungen, Zellen schaffen, und daß sich die Zellen selbst durch breite Hilfsorganisationen mit der ganzen Masse der Belegschaft verbinden. Das können wir durch Beratungen mit den parteilosen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern in den Abteilungen erreichen, durch die Unterstützung der Betriebsgruppen der Massenorganisationen, wie Sportorganisationen, Rote Hilfe, IAH, Bund der Freunde der Sowjetunion usw. In den Großbetrieben, wo die Verbindung mit den Abteilungen, besonders unter den Bedingungen der Kurzarbeit, schwieriger ist, hilft das Delegiertensystem auf Betriebsbasis bei der Durchführung einer ständigen Anleitung der revolutionären Arbeit in allen Abteilungen. Entscheidend für die Kampfmobilisierung der Belegschaft ist die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder, die meist in den Abteilungen den stärksten Einfluß haben, die für die Produktion ausschlaggebend sind. Unter Leitung der kommunistischen Fraktion jeder Gewerkschaft im Betrieb gilt es in jeder Betriebsabteilung alle Gewerkschaftsmitglieder planmäßig zu beeinflussen und regelmäßige Beratungen und Diskussionszusammenkünfte mit ihnen durchzuführen.

Am 20. Juli haben wir die Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit teuer bezahlen müssen. Besonders der 20. Juli lehrt, daß die selbständige Leitung der Streikkämpfe auf dem Wege der Gewinnung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter vorbereitet werden muß und daß wir den sozialdemokratischen Einfluß stärker denn je durch die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften überwinden müssen.

Die Taktik der selbständigen Kampfführung wurde mit dem Beginn des revolutionären Aufschwungs durchgeführt. Anfangs führte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Taktik der Weiterführung der Streikbewegungen im Falle des Verrats der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durch. Damals (der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik, der Leipziger Metallarbeiterstreik sind dafür charakteristisch) konzentrierten wir unsere gesamte Tätigkeit auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die Weiterführung des Kampfes gegen die Spaltungspolitik

der faschistischen Diktatur ist die Organisation und Auslösung der Streikkämpfe und des Massenkampfes der Erwerbslosen. Das ist aber nur möglich, wenn wir uns stärker um die elementaren Lebensinteressen der breitesten Massen kümmern und die Welle der Protestaktionen und politischen Streiks gegen die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen in den Großbetrieben steigern. Oft beachten wir nur die Wünsche der fortgeschrittensten Arbeiter, sehen aber nicht genügend die Notwendigkeit, auch die rückständigen Schichten mit Hilfe einfacher wirtschaftlicher Forderungen in den Kampf einzureihen. Besonders kraß zeigt sich unsere Schwäche in den Großbetrieben. Wohl haben sich breite Arbeitermassen für unsere revolutionäre Politik und gegen die Sozialdemokratie entschieden, aber in den kleinen wirtschaftlichen Fragen im Betrieb gehen dieselben Arbeiter oft noch zum reformistischen Betriebsrat und nicht zum Kommunisten oder zum roten Betriebsrat. Wir haben wohl die politischen Sympathien breiter Massen, aber weil wir, besonders in den Großbetrieben, nicht die kleinsten täglichen Interessen der Arbeiter genügend vertreten und oft politische Aktionen in den Betrieben unterlassen, verstehen wir nicht, die Arbeiter an den Streikkampf heranzuführen. In jedem Betrieb haben wir eine ganze Serie verpaßter Gelegenheiten. Die Folge ist ein solches Versagen in der Durchführung der Losung unserer Partei, wie es am 20. Juli offensichtlich war.

„Nur gestützt auf den Kampf für die Tagesinteressen der Massen, werden die kommunistischen Parteien imstande sein, die Positionen der Arbeiterklasse zu behaupten und zu befestigen und sie selbst an immer höhere Formen des Kampfes . . . heranzuführen.“¹

Dabei gilt es, die Hauptkraft der Partei auf die Eroberung der Betriebsbelegschaften, vor allem der Großbetriebe, zu konzentrieren. Die innige Verbindung mit den Arbeitermassen in den Großbetrieben, die sorgfältige Vertretung ihrer täglichen Interessen, ihre Mobilisierung zum Streik gegen jeden Lohnabbau und zu Aktionen gegen faschistische Unterdrückung führt die ausschlaggebenden Massen des Proletariats an die Aufgaben des politischen Generalstreiks heran.

Der Kampf um die Gewinnung der Belegschaften der Groß-

¹ Ebenda, S. 16.

betriebe und der Arbeiter aller Betriebe erfordert nicht nur, daß Betriebszellen bestehen, sondern auch, daß wir in den Abteilungen, insbesondere in den für den Produktionsprozeß wichtigsten Abteilungen, Zellen schaffen, und daß sich die Zellen selbst durch breite Hilfsorganisationen mit der ganzen Masse der Belegschaft verbinden. Das können wir durch Beratungen mit den parteilosen Arbeitern und Gewerkschaftsmitgliedern in den Abteilungen erreichen, durch die Unterstützung der Betriebsgruppen der Massenorganisationen, wie Sportorganisationen, Rote Hilfe, IAH, Bund der Freunde der Sowjetunion usw. In den Großbetrieben, wo die Verbindung mit den Abteilungen, besonders unter den Bedingungen der Kurzarbeit, schwieriger ist, hilft das Delegiertensystem auf Betriebsbasis bei der Durchführung einer ständigen Anleitung der revolutionären Arbeit in allen Abteilungen. Entscheidend für die Kampfmobilisierung der Belegschaft ist die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder, die meist in den Abteilungen den stärksten Einfluß haben, die für die Produktion ausschlaggebend sind. Unter Leitung der kommunistischen Fraktion jeder Gewerkschaft im Betrieb gilt es in jeder Betriebsabteilung alle Gewerkschaftsmitglieder planmäßig zu beeinflussen und regelmäßige Beratungen und Diskussionszusammenkünfte mit ihnen durchzuführen.

Am 20. Juli haben wir die Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit teuer bezahlen müssen. Besonders der 20. Juli lehrt, daß die selbständige Leitung der Streikkämpfe auf dem Wege der Gewinnung der in den reformistischen Gewerkschaften organisierten Arbeiter vorbereitet werden muß und daß wir den sozialdemokratischen Einfluß stärker denn je durch die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften überwinden müssen.

Die Taktik der selbständigen Kampfführung wurde mit dem Beginn des revolutionären Aufschwungs durchgeführt. Anfangs führte die revolutionäre Gewerkschaftsopposition die Taktik der Weiterführung der Streikbewegungen im Falle des Verrats der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie durch. Damals (der mitteldeutsche Metallarbeiterstreik, der Leipziger Metallarbeiterstreik sind dafür charakteristisch) konzentrierten wir unsere gesamte Tätigkeit auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die Weiterführung des Kampfes gegen die Spaltungspolitik

der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie. Im großen Metallarbeiterstreik im Ruhrgebiet (1928) gingen wir einen Schritt weiter, indem wir alle Kräfte zur Herstellung der Kampfeinheit der organisierten und der unorganisierten Arbeiter einsetzten. Gleichzeitig mit der innergewerkschaftlichen Mobilisierung faßten wir die unorganisierten Arbeiter in den Betrieben zusammen und kämpften dafür, daß im Interesse der Einheit unorganisierte Arbeiter in die Streikleitungen gewählt werden. Wir wandten uns damit gegen das Bestreben der Gewerkschaftsbürokratie, durch das Ausspielen der organisierten und der unorganisierten Arbeiter gegeneinander ihre Politik der Streikverhinderung und Streikabwürgung durchzusetzen. Mit der weiteren Entwicklung des revolutionären Aufschwungs gingen wir zur selbständigen Organisierung und Auslösung der Kämpfe auf der Basis des gemeinsamen Kampfes der organisierten und der unorganisierten Arbeiter über. Im Interesse der Einheitsfront auf dem Boden des Klassenkampfes stellten wir bei den Betriebsrätewahlen Einheitslisten mit organisierten und unorganisierten Arbeitern als Kandidaten auf.

Die Taktik der selbständigen Kampfführung kann aber nur dann mit Erfolg durchgeführt werden, wenn wir die ganze Kraft auf die Eroberung der in den reformistischen Verbänden organisierten Arbeiter konzentrieren. Das ist jedoch nicht geschehen. Es zeigte sich besonders im letzten Jahre ein offener Widerstand gegen die Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften. Vielfach wurde die RGO als Gewerkschaftsorganisation dem ADGB gegenübergestellt, so daß bei den Gewerkschaftsmitgliedern die Auffassung entstand, man müsse aus den reformistischen Gewerkschaften austreten, um zur RGO „übertreten“ zu können. Diese Auffassungen verhindern jede innergewerkschaftliche Arbeit. Wir müssen offen vor den Gewerkschaftsmitgliedern begründen, daß sie gerade als Mitglieder der revolutionären Gewerkschaftsopposition erst recht in den reformistischen Gewerkschaften arbeiten sollen, um die Masse der Gewerkschaftsmitglieder für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen. Wer als oppositioneller Arbeiter aus den reformistischen Gewerkschaften austritt, begeht Fahnenflucht. Statt gegen den sozialdemokratischen Einfluß zu kämpfen, läuft er vor der Ge-

werkschaftsbürokratie davon und erschwert damit die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder für die Einheitsfront.

Die Unterschätzung des Einflusses des ADGB auf die Arbeiter führte dazu, daß die Arbeitskämpfe von uns fast nur in den Betrieben, aber nicht gleichzeitig in den reformistischen und den christlichen Gewerkschaften vorbereitet wurden. Aus der Ablehnung der opportunistischen Taktik „Zwingt die Bonzen!“ wurde vielfach die falsche Schlußfolgerung gezogen, daß man in den reformistischen Gewerkschaften keine Anträge an die Leitungen stellen dürfe. Ebenso wurde die Tatsache, daß der obere Gewerkschaftsapparat nicht erobert werden kann, zu einem Verzicht auf den Kampf um die Eroberung der gewählten Funktionen überhaupt benutzt. Die Beschlüsse der Roten Gewerkschaftsinternationale wurden oft in das Gegenteil verkehrt. In den Beschlüssen des zwölften Plenums wird deshalb ausdrücklich hervorgehoben, daß die Kommunisten den Kampf um die Eroberung aller gewählten Funktionen, wie Betriebsfunktionen, Ortsverwaltungen, Zahlstellenleitungen, Ortskartelle, führen müssen. Je mehr gewählte Funktionen wir erobern, um so leichter ist es auch, die uns noch fernstehenden Gewerkschaftsmitglieder zu gewinnen, und mit um so größerem Erfolg können wir die Streikämpfe vorbereiten.

Die Taktik der selbständigen Kampfführung bedeutet Ausnützung jeglicher Möglichkeit der Massenmobilisierung. Wenn die reformistischen Gewerkschaftsleitungen Urabstimmungen ansetzen, um auf diesem Wege einen Streik möglichst zu verhindern, so müssen wir gerade die Urabstimmung zur stärksten Massenmobilisierung benutzen, gleichzeitig die Arbeiter für die demokratische Wahl von Streikleitungen in allen Betrieben und für die Streikvorbereitung in den Betrieben zu gewinnen. Besonders in den Fällen, wo auf Grund der Kampfbeschlüsse der Arbeiter die Gewerkschaftsbürokratie an Streikbewegungen teilnimmt, um den Einfluß auf die Arbeiter nicht zu verlieren und die Bewegung baldmöglichst abzuwürgen, gilt es, die proletarische Demokratie zu verwirklichen, indem die Arbeiter in den Betrieben selbst ihre Streikführung wählen.

Im Gegensatz zu dieser Taktik des Kampfes um die Gewinnung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder isolierten sich die

Kommunisten und die revolutionäre Gewerkschaftsopposition in manchen Fällen von den Arbeitermassen durch die Gründung kleiner gewerkschaftlicher Splitterorganisationen oder durch die Losung der Beitragssperre. Ebenso führen solche Losungen, wie „Zerstörung der Gewerkschaften“, oder die Bezeichnung der Gewerkschaften „als Schulen des Kapitalismus“ zur Isolierung von den Gewerkschaftsmitgliedern. Nur wenn wir zwischen der Politik der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie und den Gewerkschaftsmitgliedern streng unterscheiden, sind wir imstande, die Massen der Gewerkschaftsmitglieder für die Einheitsfront und für die revolutionäre Gewerkschaftsorganisation zu gewinnen.

Im Sinne der Direktiven des Genossen Thälmann auf der Reichsausschußsitzung der RGO ist es notwendig, in allen Gewerkschaften eine breite Oppositionsbewegung in den verschiedensten Formen zu schaffen. Es gilt, die Massen von Gewerkschaftsmitgliedern, die noch nicht der revolutionären Gewerkschaftsopposition angehören, aber die bereit sind, gegen bestimmte Tarifvereinbarungen der Gewerkschaftsbürokratie, für bestimmte Mitgliederrechte, gegen den Ausschluß revolutionärer Arbeiter usw., zu kämpfen, zu erfassen und auf diesem Wege für die revolutionäre Gewerkschaftsopposition zu gewinnen.

Gleichzeitig mit der Verstärkung der Massenarbeit unter den Betriebsarbeitern ist es notwendig, den Kampf für die Erfüllung der Erwerbslosenforderungen auf breiterer Basis zu führen. Durch die kämpfende Einheitsfront der Erwerbslosen müssen wir höhere Unterstützungen erzwingen und die Lieferung von Kohle und Kartoffeln, Gewährung von Mietzuschüssen und anderen Sonderbeihilfen sowie die Bewilligung kommunaler Mittel für die Speisung der Erwerbslosen durchsetzen. Durch die Wahl und die Arbeit der Solidaritätsausschüsse in allen Gebieten und Orten muß für die Finanzierung der Erwerbslosenspeisung durch die Behörden gekämpft, aber gleichzeitig die Sammelaktion auf breiter Massenbasis organisiert werden. Die größte Schwäche unserer Erwerbslosenbewegung ist die geringe Erfassung und Beeinflussung der Gewerkschaftsmitglieder. In allen Wohngebieten gilt es, die erwerbslosen Gewerkschaftsmitglieder besonders zu

erfassen und die aktivsten Gewerkschaftskollegen in die Erwerbslosenausschüsse zu wählen.

In ähnlicher Weise ist es notwendig, in allen Massenorganisationen durch systematische Fraktionsarbeit den kommunistischen Einfluß auf die Masse der Mitglieder auszuüben. Der Einfluß der Gegner der revolutionären Bewegung auf breite Massenorganisationen ist eines der bedeutendsten Hemmnisse der Revolutionierung des Proletariats. Durch unsere Fraktionsarbeit in allen Massenorganisationen, in denen Arbeiter und Werktätige organisiert sind, müssen wir dem Gegner die Ausnutzung dieser Organisationen für die faschistische und reformistische Politik erschweren und neue Anhänger für unsere Front gewinnen.

Die Einheitsfrontaktion gegen Lohnabbau und Faschismus, wie sie auf Grund des Manifests des Zentralkomitees nach Bekanntgabe der Papen-Notverordnungen geführt wird, hat die lebendige Verbindung des Kampfes um die kleinsten Tagesinteressen der Arbeiter mit dem Kampf um den revolutionären Ausweg, um die Arbeiter- und Bauernrepublik zum Inhalt. Die Einheitsfronttaktik ist nach den Beschlüssen des Februar-Plenums des ZK das entscheidende Kettenglied, um die Massen der Arbeiter im Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesforderungen auf Grund ihrer eigenen Erfahrungen an die höheren Aufgaben des Kampfes um die Macht heranzuführen. Die Einheitsfront als Kampfgemeinschaft der kommunistischen Avantgarde mit den breitesten Arbeitermassen und den ausgebeuteten Werktätigen ist die entscheidende Methode, um die Millionenmassen der Arbeiter unter kommunistische Führung zu bringen. Die Breite und die Kampfkraft der Einheitsfront ist abhängig von der kühnen Initiative der Kommunisten in der Führung der Arbeitermassen, von ihrer Fähigkeit, an die kleinsten Tagesinteressen der Arbeiter anzuknüpfen, um auch die zurückgebliebenen Schichten der Arbeiter in den Kampf hereinzuziehen. Das bedingt die breiteste proletarische Demokratie, die weitestgehende Heranziehung der Arbeiter zur Beratung und zur verantwortlichen Mitarbeit. Wir knüpfen die Schaffung der Einheitsfront an keinerlei „Bedingungen“, sondern stellen lediglich die Fragen des gemeinsamen Kampfes für die nächsten Forderungen der Arbeiterschaft bei gleichzeitiger Entlarvung der sozialdemokratischen Spaltungs-

und Zersplitterungspolitik. Wir lassen uns aber auch keine Bedingungen stellen, wie etwa den Verzicht auf die Propaganda unserer revolutionären Prinzipien.

Unsere Einheitsfronttaktik von unten, die Wendung an die Massen schließt keineswegs Angebote an untere Leitungen aus. Solche Angebote sind aber nur auf der Grundlage einer erfolgreichen Mobilisierung der Mitglieder der betreffenden Organisation und eines konkreten Kampfinhaltes zulässig. Die Taktik unseres Zentralkomitees am 20. Juli, das Einheitsfrontangebot an die Gewerkschaftsmitglieder, die sozialdemokratischen und Reichsbannerarbeiter, die öffentliche Erklärung der Bereitschaft zur Durchführung des Generalstreiks gegenüber den faschistischen Organisationen diente der unmittelbaren Kampfmobilisierung, verhinderte aber in dieser Form das Entstehen von Auffassungen, als ob die SPD- und die ADGB-Führung etwa zum Kampf aufrufen würden.

Besonders angesichts der „linken“ Manöver der Sozialdemokratie und der Gewerkschaftsbürokratie dient jede Schwankung in der revolutionären Anwendung der Einheitsfrontpolitik der Verhinderung der Einheitsfront. Die trotzkistischen Konterrevolutionäre und brandleristischen Renegaten mit ihren Forderungen auf Spitzenkombinationen spekulieren auf die rückständigen Stimmungen und Illusionen, daß auch die SPD eine Arbeiterpartei sei und deshalb mit ihr zusammen der Klassenkampf des Proletariats geführt werden könne. Diese Politik bedeutet nichts anderes als die Zulassung des sozialdemokratischen Einflusses im Sinne der Tolerierungspolitik zur Zerstörung der Einheitsfront. Die Forderungen auf Blockpolitik sind gleichzeitig der Ausdruck des Unglaubens an die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter. Die Trotzlisten wollen an Stelle der Einheitsfront der Arbeiter den Burgfrieden zwischen Kommunistischer Partei und Sozialdemokratie, das heißt den Verzicht auf die Entlarvung der sozialdemokratischen Politik, was gleichbedeutend wäre mit der Verhinderung des Kampfes um die proletarische Diktatur.

Das Entscheidende bei der Durchführung der Einheitsfrontpolitik ist die Fähigkeit unserer Partei und jedes Parteimitgliedes, sich so innig mit den Massen zu verbinden, daß wir imstande sind,

die kleinsten Tagesforderungen der Arbeiter auszunutzen, um die Arbeiter in einheitlicher Front zum Kampf zu führen. Dabei muß jede Starrheit der Formen der Einheitsfront vermieden werden. Die Formen sind die besten, mit denen die breitesten Massen erfaßt und in Bewegung gebracht werden können. Die Einheitsfrontausschüsse, Kampfausschüsse und Streikleitungen wie auch die Lohnkommissionen in den Betrieben, die Erwerbslosenausschüsse, Solidaritätsausschüsse, Mieterausschüsse, Kampfausschüsse gegen Kulturreaktion, Kampfausschüsse gegen Sondergerichte, Verteidigungsausschüsse der revolutionären Presse, Bauernkomitees, Kampfausschüsse gegen Rentenraub usw. — alle diese verschiedenen Formen der Einheitsfront müssen entsprechend den besonderen Aufgaben in jedem Zweig der Arbeiterbewegung herausgebildet werden. Die Wahl der Einheitsfrontorgane auf Grund der speziellen Teilinteressen der Werktätigen schafft eine breite Massenbasis für die Entfaltung des Massenwiderstandes gegen alle Methoden der kapitalistischen Ausbeutung und faschistischen Unterdrückung. Für die Verbreiterung, Zusammenfassung und Revolutionierung der Bewegung haben die Delegiertenkonferenzen die größte Bedeutung. Die Delegiertenkonferenzen der einzelnen Industriegruppen usw. zur Vorbereitung und Durchführung der Arbeiterkämpfe gegen den Lohnabbau, die Erwerbslosen-Delegiertenkonferenzen, die Konferenzen der Mieterdelegierten der einzelnen Häuser und Straßenzüge, die Arbeiterinnen-Delegiertenbewegung, aber auch die Konferenzen zur Verteidigung der revolutionären Presse und die Bauernkonferenzen dienen unmittelbar der Verbreiterung der Bewegung, ihrer Zusammenfassung und Revolutionierung.

Der Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse ist in Deutschland komplizierter, weil in Deutschland neben der Sozialdemokratischen Partei und dem Einfluß der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie eine nationalsozialistische Massenbewegung besteht, die breite Massen der Werktätigen hindert, den Weg zum Kommunismus zu gehen. Vergleichen wir die Gesamtstimmzahl der Reichstagswahlen von 1930 mit 1932, so zeigt sich, daß die NSDAP im Rahmen ihres Stimmenzuwachses auch etwa 1,5 Millionen Angehörige der Arbeiterklasse gewonnen hat.

Ein großer Teil der Werktätigen in der NSDAP will ehrlich gegen den Kapitalismus und für den Sozialismus kämpfen. Diese Werktätigen müssen wir für den Kommunismus gewinnen. Die gesamte Parteimitgliedschaft muß erkennen, daß angesichts des Masseneinflusses der NSDAP der Sieg der proletarischen Revolution in Deutschland ohne Einbruch in die Reihen der NSDAP nicht möglich ist.

Die ideologische Offensive gegen die NSDAP, die Gewinnung jener Gruppen, die heute noch als Anhänger der NSDAP, wenn auch unbewußt, die Kapitalsdiktatur unterstützen, ist eine ernste Aufgabe der gesamten Parteiorganisation und der revolutionären Massenorganisationen. Dabei genügt es nicht, die NSDAP von außen durch Flugblätter oder durch Versammlungs- und Hausagitation zu bearbeiten, sondern es ist notwendig, in allen Organisationen der NSDAP, in allen nationalsozialistischen Betriebszellen, in allen SA-Stürmen Verbindungen zu schaffen, um von innen heraus unseren Einfluß auszuüben. Das bedeutet keineswegs eine Vernachlässigung des Massenselbstschutzes, des wehrhaften Massenkampfes gegen faschistischen Terror. Wir müssen aber alle Kräfte einsetzen, um die Arbeiter und Werktätigen in der NSDAP in den gemeinsamen Kampf der Arbeiter hineinzuziehen.

Die Anwendung des individuellen Terrors unter der Losung: „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ würde eine direkte Unterstützung der nationalsozialistischen Führer bedeuten. Die Hitler, Strasser und Konsorten wollen gerade unter Ausnützung solcher individueller Terrorakte ihre Anhänger gegen die Kommunisten aufputschen und sie auf diese Weise bei der Stange halten. Auch die mechanische Anwendung einer solchen Losung wie: „Hinaus mit den Nationalsozialisten aus den Betrieben!“ oder: „Hinaus aus den Gewerkschaften!“ würde die Loslösung der nationalsozialistischen Werktätigen zumindest erschweren. Nur durch Massenarbeit schaffen wir die Voraussetzungen des erfolgreichen Kampfes zur Ausmerzung der SA-Mörder und Streikbrecher. SA-Leute, die beharrlich Streikbruch verüben, müssen selbstverständlich aus dem Betrieb entfernt werden, und gegen SA-Leute, die Terroraktionen gegen die Arbeiterschaft durchgeführt haben, muß auf Grund konkreter Tatsachen die Be-

legschaft mobilisiert werden, um sie durch Protestaktionen und Streiks aus dem Betrieb zu entfernen.

Die faschistische Reaktion will durch die schärfsten Unterdrückungsmaßnahmen gegen unsere Partei und gegen die revolutionären Arbeiter die Vorhut des Proletariats von den Arbeitermassen und von den ausgebeuteten Werktätigen isolieren, um schärfer die kapitalistische Ausplünderung des arbeitenden Volkes durchzuführen. Unsere Antwort muß sein: Noch innigere Verbindung mit den Massen, Ausnutzung jeder legalen Möglichkeit, aber gleichzeitig Organisierung illegaler Methoden unserer Parteiarbeit. Jede Unterdrückungsmaßnahme des Gegners verfehlt ihre Wirkung dann, wenn wir sie zum Anlaß der breitesten antifaschistischen Massenmobilisierung nehmen. Wenn wir das Verbot der kommunistischen Presse zum Anlaß breiterer Protestaktionen und zur Durchführung von Proteststreiks in den Betrieben nehmen, so gibt uns das die Möglichkeit der Steigerung des antifaschistischen Massenkampfes.

Neben dem antifaschistischen Massenprotest gilt es auch die sympathisierenden Arbeiter für den Massenvertrieb unserer Flugschriften und für die massenmäßige Herausgabe und Verbreitung von Betriebs-, Häuser- und Ortszeitungen zu mobilisieren.

Die entscheidende Aufgabe ist aber die Verstärkung unserer Positionen in den Betrieben, die Anwendung besonderer Arbeitsmethoden durch die Betriebszellen bei gleichzeitiger festerer Verbindung mit den gewerkschaftlich organisierten und parteilosen sympathisierenden Arbeitern. Die regelmäßigen Beratungen mit parteilosen Arbeitern in den Betriebsabteilungen, die Organisierung des aktiven Auftretens parteiloser Arbeiter in den Abteilungs- und Belegschaftsversammlungen, die Gewinnung von parteilosen oder auch sozialdemokratischen Gewerkschaftsmitgliedern für ein aktives Auftreten im Sinne der revolutionären Klassenkampfpolitik in den Belegschafts- und Gewerkschaftsversammlungen ist die wichtigste Methode der Massenbeeinflussung unter den Bedingungen der faschistischen Diktatur. Niemals darf die Anwendung besonderer Arbeitsmethoden zu einer Vernachlässigung der Massenarbeit führen.

Das Wichtigste ist, die Schere zwischen den Parteibeschlüssen:

und ihrer mangelhaften Durchführung zu beseitigen. Unsere Parteiorganisation muß zu einer Kampforganisation werden, die schnell auf jedes Ereignis reagiert. Die Parteileitungen, von der Bezirksleitung bis zu den Zellenleitungen, müssen noch besser lernen, die Hauptkräfte an dem in der gegebenen Situation entscheidenden Frontabschnitt des proletarischen Klassenkampfes zu konzentrieren. Das kann nur durch eine systematische Anleitung und Unterstützung des mittleren Funktionärkörpers und der Zellen erreicht werden. Mit der bisherigen Methode der oft bürokratischen Weitergabe der Beschlüsse des Zentralkomitees kommen wir nicht zum Ziel. In der gesamten Parteiorganisation, vom zentralen Apparat bis zum Unterbezirk und zur Zelle, muß das Instruktorsystem ausgebaut werden, damit die untere Parteiorganisation mit Hilfe der Instruktoren zur Durchführung der in der gegebenen Situation wichtigsten Aufgaben in den entscheidenden Betrieben und Stempelstellen angeleitet wird. Das ist gleichzeitig die beste Kontrolle über die Durchführung der Parteibeschlüsse und beseitigt den bürokratischen Schlendrian. Gleichzeitig sind zur beschleunigten Verstärkung der Arbeit an wichtigen Positionen (wichtige Betriebe, Stempelstellen) zur Durchführung bestimmter aktueller Aufgaben, wie zum Beispiel Bearbeitung der Nazilokale in einem Gebiet, Beseitigung schwacher Stellen in der Parteiorganisation, Versagen bestimmter Zellen oder Ortsgruppen, von den Bezirksleitungen, von den Unterbezirksleitungen, aber auch von den Zellenleitungen für bestimmte Abteilungen freiwillige Brigaden aus den aktivsten Parteiarbeitern einzusetzen. Das gleiche gilt für die sympathisierenden Massenorganisationen.

Die Sicherung der Parteilinie erfordert gleichzeitig eine Überprüfung der Struktur der Parteiorganisation. In den letzten Jahren hat sich die Mitgliederzahl unserer Partei verdoppelt und die Zahl der Zellen bedeutend vergrößert. So kommt es, daß oft ein Unterbezirk 120 bis 150 Zellen zu leiten hat, was praktisch kaum durchführbar ist. Ein solcher Überzentralismus der Organisation fördert direkt den Bürokratismus und die Methode des Kommandierens. Es ist deshalb notwendig, die Gliederung der Organisation zu überprüfen und die Grenzen der Unterbezirke so festzulegen, daß die Leitungen imstande sind, die Zellen mit Hilfe

der Instrukteure direkt anzuleiten und die Durchführung der Beschlüsse zu kontrollieren.

Gleichzeitig soll der obere Apparat auch im Hinblick auf Unterdrückungsmaßnahmen der Bourgeoisie so vereinfacht werden, daß er unter allen Bedingungen die Parteiorganisation leiten und die Verbindung mit den Zellen sichern kann. Mit den wichtigsten Funktionen sind im oberen Apparat bestimmte Genossen verantwortlich zu beauftragen, die sich die notwendigen Mitarbeiter heranziehen. Die bisherigen breiten Abteilungen sollen abgebaut werden.

Im Interesse der Steigerung der Initiative der gesamten Parteiorganisation ist es notwendig, die Verantwortlichkeit eines jeden Parteimitglieder zu festigen und die innerparteiliche Demokratie wie die breite Erörterung der wichtigsten politischen Fragen in den unteren Parteiorganisationen zu verstärken. Die innerparteiliche Demokratie hat aber nichts mit der opportunistischen Forderung auf Freiheit der Gruppierungen und freie Vertretung von Auffassungen zu tun, die im Widerspruch zu den grundlegenden Beschlüssen der Kommunistischen Internationale und des Zentralkomitees unserer Partei stehen.

*„Die Internationale“, Heft 9/10,
September/Oktober 1932.*

Bedeutung und Lehren des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks

Aus der Resolution der Bezirksleitungssitzung
der KPD Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark
zum Bericht über den Verkehrsarbeiterstreik
10. November 1932

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik, der fünf Tage lang ganz Deutschland in Atem hielt, ja ganz Europa aufhorchen ließ, unterstreicht die Richtigkeit der durch das zwölfte Plenum des EKKI und die Reichsparteikonferenz gegebenen Einschätzung der Lage, wonach das Ende der relativen Stabilisierung des Kapitalismus eingetreten ist und schon der Kampf gegen die elementarsten Nöte der Massen diese mit den unmittelbaren Grundlagen der Existenz des Kapitalismus in Zusammenstoß bringt. Vom Kampf gegen den 2-Pfennig-Lohnabbau und zur Verteidigung der in den letzten Jahren erkämpften sozialen Errungenschaften führte der Streik der Verkehrsarbeiter bis an die Schwelle des politischen Massenstreiks.

Der Streik war im wahrsten Sinne ein Kampf Klasse gegen Klasse. Hier die 22 000 ohne Unterschied der politischen und gewerkschaftlichen Zugehörigkeit geschlossen streikenden Verkehrsarbeiter, mit ihnen sympathisierend oder aktiv sie unterstützend die Betriebsbelegschaften, die Erwerbslosen, die Angestellten und Kleingewerbetreibenden, dort die Papen-Schleicher-Bracht-Diktatur mit ihrer BVG-Direktion, ihrem Staatsapparat, ihrer Polizei, ihrer Justiz, ihrem Schlichtungswesen, ihrer Presse, gestützt auf die sozialdemokratische und die ADGB-Bürokratie wie auf die Hilfe der NSDAP- und der NSBO-Führung.

Eingeleitet als Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau, richtete sich der Verkehrsarbeiterstreik gegen die Notverordnungen und gegen die Papen-Regierung. Seinem Wesen nach war es ein politischer Streik, der bewies, daß die Hoffnungen breiter werktätiger Schichten auf das Parlament immer mehr schwinden. Die

proletarischen Massen nehmen immer mehr die Leitung ihrer Kämpfe in die eigenen Hände, ihr Vertrauen zur eigenen Kraft wird immer stärker, sie erkennen immer klarer das Wesen des kapitalistischen Staates als Herrschaftsinstrument der Kapitalisten und Großgrundbesitzer.

Das Heranführen an den Streik

Zwei Aufgaben mußten vor allem gelöst werden, um die Belegschaft der BVG für ihre Interessen in den Kampf zu führen:

1. Aufstellung geeigneter, auch die rückständigsten Schichten interessierender und für den Kampf gewinnender Teilforderungen.

„Das Kettenglied, das die kommunistischen Parteien als Ausgangspunkt bei der Lösung dieser Aufgaben zur Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse (richtige Durchführung des Kampfes gegen die Offensive der Bourgeoisie, Untergrabung und Zerschlagung des Masseneinflusses der Sozialdemokratie) erfassen müssen, ist der Kampf um die wirtschaftlichen und politischen Tagesinteressen der breiten Massen gegen das wachsende Elend, gegen Rechtlosigkeit, Gewalt und Terror.“¹

2. Schaffung von Organen, die im Namen der proletarischen Einheitsfront von unten die größtmögliche Sicherheit für das Vertrauensverhältnis zwischen Kämpfenden und Streikführung boten.

Unsere Losungen und Forderungen bei der BVG wirkten massenmobilisierend und förderten die Einheitsfront von unten zum gemeinsamen Kampf.

Folgende Forderungen standen in den Beschlüssen der Dienststellen- und Heimstättenversammlungen im Vordergrund:

- a) Gegen jeden Pfennig Lohnraub;
- b) keinerlei Verschlechterung der Arbeitsbedingungen (gegen drohende Kürzung des Urlaubs- und Krankengeldes);
- c) Bezahlung der Aussetztage;
- d) Abschaffung des Akkordsystems;

¹ Siehe „XII. Plenum des Exekutivkomitees der Kommunistischen Internationale“, S. 15.

e) Mietherabsetzung in den der BVG gehörenden Heimstätten.

Diese Forderungen waren vor allem wichtig hinsichtlich der Einbeziehung der Frauen in den Kampf. So beschloß auch die erste Delegiertenkonferenz die Einberufung einer besonderen Delegiertinnenkonferenz. Das Resultat dieser Maßnahmen zeigte sich während des Streiks, wo die Frauen der BVG-Arbeiter heroische Beispiele des Streikpostenstehens gaben.

Wie bedeutsam die Aufstellung geeigneter Teilforderungen zur frühzeitigen Mobilisierung und Heranführung der Belegschaft an den Kampf war, zeigt ein Vorgang auf einem BVG-Bahnhof einen Monat vor Streikausbruch. Schon damals wurde für den Fall des Abbaus eines Getränkeholers ein Streikbeschluß gefaßt. Große Bedeutung hatten die Mieterversammlungen in den BVG-Siedlungen und die Wahl der Mieterausschüsse.

Diese Losungen wurden mit dem Kampf gegen Notverordnungen und faschistische Diktatur verbunden.

Die erste zentrale Delegiertenkonferenz fand bereits im August statt. Sie beschloß, die auf den einzelnen Dienststellen angenommenen Forderungen zu Forderungen der Gesamtbelegschaft zu erheben. Die Vorbereitung der Delegiertenkonferenz erfolgte auf dem Boden breitester proletarischer Demokratie. Jede Dienststelle entsandte Delegierte, gewählt auf den Dienststellen- und Heimstättenversammlungen. Die Methode der Delegiertenkonferenzen, die breiteste Anwendung dieses Prinzips proletarischer Demokratie, war von entscheidender Bedeutung für die spätere Autorität, die sowohl die Zentrale Streikleitung wie die betrieblichen Streikleitungen während des Kampfes genossen.

Die Zentrale Delegiertenkonferenz war vom ersten Augenblick an eine Körperschaft der proletarischen Einheitsfront. Ihr Vorsitzender war ein SPD-Genosse.

Um die Mobilisierung aller Bahnhöfe und Werkstätten, auch der rückständigsten, sicherzustellen, gingen die betrieblichen Einheitsausschüsse von Dienststelle zu Dienststelle.

Obwohl die Vorbereitungen für die Solidaritätsaktion rechtzeitig getroffen waren, sind Solidaritätsausschüsse vor Ausbruch

des Streiks nicht gewählt worden. Das wäre aber notwendig gewesen.

Die Zentrale Streikleitung gab täglich zweimal Direktiven an die Streikleitungen der Dienststellen sowie einmal „Streiknachrichten“ zur Information über die Lage heraus. Außerdem erschien eine gedruckte Zeitung.

Gleichzeitig mit der frühzeitigen Herausbildung der von den Belegschaften selbst gewählten Einheitsausschüsse wurden die Kampfforderungen der Arbeiter in den von den Gewerkschaften einberufenen Versammlungen erhoben. In zwei Versammlungen wurden sie gegen den verzweifelten Widerstand der anwesenden Bürokratie angenommen, indem unsere Diskussionsredner selbst die Abstimmung durchführten. Es muß jedoch gesagt werden, daß unsere organisatorische Arbeit an diesem entscheidenden Frontabschnitt unserer Massenpolitik noch immer mangelhaft war. Im wesentlichen beschränkten sich die Vorstöße der Kommunisten innerhalb der Verbandsversammlungen auf die Initiative einzelner Genossen. Insbesondere wurde noch immer der Kampf um jede gewählte Gewerkschaftsfunktion vernachlässigt.

Die Streikauflösung

a) Ideologische Vorbereitung

Dem entscheidenden Stichtag (Verkündung der Lohnraubvereinbarung durch die Bürokratie und BVG-Direktion) war eine breite ideologische Kampagne zur Weckung des Widerstandes gegen jede Verschlechterung vorausgegangen. Gleichzeitig wurde das werktätige Berlin zur Unterstützung des Kampfes der BVG-Arbeiter aufgefordert. Auf den Bahnhöfen wurde gegen jede fatalistische Auffassung des Abwartens und der Unterschätzung eines Teilstreiks gekämpft, die Bedeutung auch des kleinsten Teilkampfes eines einzelnen Betriebsbahnhofs für die Auslösung einer Massenstreikbewegung in den Mittelpunkt der Kampfmobilisierung gestellt.

Der Wahlkampf wurde von der Berliner Parteiorganisation sowohl innerhalb der Organisation wie in der Öffentlichkeit im Zeichen der Mobilmachung für den Verkehrsarbeiterstreik gegen

die Papen-Diktatur und ihr Lohnraubprogramm geführt. In der Sportpalastkundgebung, in der Genosse Thälmann drei Tage vor Kampfausbruch sprach, marschierten 500 uniformierte BVG-Arbeiter unter dem tosenden Beifall der Riesenversammlung auf. „Die Rote Fahne“ nahm tagelang vorher zum BVG-Streik Stellung. Die Wochen andauernde Polemik zwischen „Vorwärts“ und der „Roten Fahne“ entlarvte die Bürokratie in der Frage der Verteidigung der sozialen Errungenschaften und führte zur beschleunigten Klärung der entscheidenden Fragen über die Notwendigkeit selbstgewählter Kampfleitungen als Unterpfand des Sieges gegenüber der Streikbruchpolitik der SPD- und ADGB-Führung.

b) Vorstoß im Arbeiterrat

Wenige Tage vor der Lohnraubvereinbarung forderten die oppositionellen Arbeiterratsmitglieder die sofortige Einberufung von Belegschaftsversammlungen durch den Arbeiterrat. Der von den Reformisten beherrschte Arbeiterrat lehnte ab.

c) Urabstimmung

Sofort nach Bekanntwerden der Lohnraubvereinbarungen forderte die revolutionäre Opposition im Arbeiterrat die Urabstimmung für Montag, dem Tag vor Inkrafttreten der Lohnraubvereinbarung. Als Kennwort für die Abstimmung erzwang sie die Formulierung: Lohnraub oder Streik. Für uns war die Urabstimmung ein Mittel, die Kollegen zu mobilisieren und gegen den Willen der Bürokratie in den Streik zu führen. Gleichzeitig wurde jede Dienststelle streikfertig gemacht.

Unter dem Druck der Massenstimmung erklärte sich der reformistische Arbeiterrat im Einverständnis mit der Bürokratie für die Urabstimmung am Mittwoch, also einen Tag nach Inkrafttreten des Lohnraubs:

1. um durch Verlegung der Urabstimmung auf einen späteren Termin über den Stichtag des Lohnabbaues hinwegzukommen, die Belegschaft vor fertige Tatsachen zu stellen;

2. in der Hoffnung, daß eine Urabstimmung nur eine Minderheit für den Streik ergeben und die RGO diskreditieren würde. („Um den Schreihälsen der RGO den Mund zu stopfen“, begründete in der Verbandsfunktionärversammlung der Referent die

Urabstimmung.) Die in vielen Fällen sich bisher bewährte streik-abwürgende Taktik der Reformisten konnte sich in diesem Falle infolge unserer revolutionären Initiative nicht durchsetzen.

d) U r a b s t i m m u n g f ü r S t r e i k

Die Urabstimmung ergab von 21902 Beschäftigten 14471 Stimmen für und 3993 Stimmen gegen den Streik, also mehr als eine Dreiviertelmehrheit, wenn man von den Kranken und Beurlaubten absieht, die sich an der Abstimmung nicht beteiligen konnten, die die Bürokratie aber für sich, das heißt als Bejaher der Lohnraubvereinbarung reklamierte. Aber entscheidend waren nicht die elenden Zwirnsfäden bürokratisch-statutarischer Rechenkunststücke zur Streikverhinderung, sondern der stürmische Kampfwille der Mehrheit, der auch die bisher schwankenden Elemente in die Kampffront riß.

Entscheidend war auch der richtige Zeitpunkt der Streikauflösung. Dadurch, daß unmittelbar nach der Urabstimmung im Moment der höchsten Mobilisierung der Belegschaft die Delegiertenkonferenz tagte und der Streikbeschluß kühn und zielbewußt durchgeführt wurde, wurde der richtige Zeitpunkt zur Auslösung des Streiks gewählt.

Während die Bürokratie durch die von ihr im Einverständnis mit der BVG-Direktion ernannten „Obleute“ eine Stunde nach der Urabstimmung beschließen ließ, daß die „Dreiviertelmehrheit nicht erreicht“, der „Streik also erledigt“ sei, schritten die Verkehrsarbeiter und ihre selbstgewählte Führung zum Kampf. Folgende Maßnahmen wurden sofort durchgeführt:

Tagung der zentralen Delegiertenkonferenz (zwei Stunden nach der Urabstimmung); Entgegennahme des Berichts, kurze ergänzende Diskussion; im Zeichen beispielloser Einheitlichkeit und Entschlossenheit einstimmige Annahme folgender Beschlüsse:

„Der Streik beginnt Donnerstag früh bei Arbeitsbeginn.“ (Eine Stunde nach dieser Beschlußfassung war in sämtlichen Dienststellen der Streikbeschluß bekannt.)

„Alle Mitglieder der Zentralen Streikleitung haben deren Beschlüsse diszipliniert durchzuführen. Wer sich den Beschlüssen nicht fügt, kann nicht Mitglied der Zentralen Streikleitung sein.“

Die Zentrale Streikleitung wurde gewählt. Es gehörten ihr freigewerkschaftliche und RGO-Funktionäre, Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und zwei Nationalsozialisten an.

Wie wurden die Verkehrsbetriebe stillgelegt:

a) Nach der Delegiertenkonferenz erging die Information an alle Verkehrsarbeiter: Morgens alles auf die Dienststellen zum Streikpostenstehen.

b) Die letzte Schicht blieb sofort am Depot als Streikposten, so daß schon ab 1 Uhr nachts die Betriebe gegen Streikbruch gesichert waren.

c) Gleichzeitig setzte der von der KPD und der RGO mobilisierte Massenstreikschutz der revolutionären Arbeiter ein, so daß keine Wagen ausfahren konnten. Der Streikbruchversuch einiger weniger von der Bürokratie beauftragter Obleute und gelber Elemente wurde im Keim erstickt.

d) Noch in aller Frühe fanden in nahe gelegenen Lokalen der Bahnhöfe Belegschaftsversammlungen statt. Die bestehenden Kampfausschüsse wurden zu Streikleitungen erweitert. Übrigens traten während der Streiktage die Betriebsbelegschaften ein- und zum Teil zweimal am Tage zusammen, um über die Fortführung des Kampfes zu beschließen. (Ein schlagendes Argument gegen die Verleumdung der Bourgeoisie und der Bürokratie, als sei der Streik „unter dem Druck einer terrorisierenden Minderheit“ zustande gekommen und weitergeführt worden.)

e) Noch in der Nacht wurden Flugblätter an die Berliner Gesamtbevölkerung mit dem Aufruf zur praktischen Solidarität hergestellt.

Der Streik war vollkommen. Keine Straßenbahn, keine Untergrundbahn, kein Omnibus fuhren am Donnerstagmorgen aus. Zwei Straßenbahnlinien, die ausfahren, mußten im Laufe des Tages wieder eingezogen werden.

Das Echo des Massenstreiks

Der ungeheuer revolutionierende Einfluß einer Massenstreikbewegung auf das ganze Proletariat wie auch auf die Kleinbür-

gerlichen Schichten kam schon am ersten Tage des Streikausbruchs zum Ausdruck:

a) Dreizehn teils überfüllte Erwerbslosenkundgebungen im Laufe des Donnerstag.

b) Demonstrationen in den meisten Berliner Arbeitervierteln. (Bis 1200 Mann in einem Demonstrationzuge.)

c) Sympathie-, Solidaritätsbeschlüsse und Geldsammlungen von Arbeiterbelegschaften, Angestellten und Beamten, Sympathiekundgebungen außerhalb Berlins, Telegramme aus Wuppertal, Oberschlesien, Hamburg, Budapest, Paris, Warschau.

d) Offene Parteinahme nicht nur der Betriebsbelegschaften, sondern auch des Kleinbürgertums für die Streikenden trotz persönlicher Beschwerden durch Verkehrsausfall.

Konzentration aller Kräfte auf einen Punkt war die Losung der Berliner Parteiorganisation. „Helft alle siegen“, war der Alarmruf der „Roten Fahne“ am ersten Streiktag. Am selben Tage wurde sie verboten.

Verschärfung des Kampfes

Die Maßnahmen des Gegners: Die Arbeiter kämpften einheitlich und heroisch. Die SPD- und die Gewerkschaftsbürokratie organisierte mit Hilfe des Schlichtungswesens und der Papenschen Staatsgewalt die Abwürgung des Kampfes.

a) Donnerstag Verbindlichkeitserklärung des Lohnraubschiedsspruches (Schlichtungswesen als Mittel der Streikabwürgung).

b) Freitag Mitteilung der Direktion: Wer bis 2 Uhr nicht die Arbeit aufnimmt, gilt als entlassen.

c) Drohung der Bürokratie, aktive Gewerkschaftsfunktionäre aus der Gewerkschaft auszuschließen.

d) Massiver Einsatz der bewaffneten Staatsgewalt gegen Streikposten und Streikleitung. Polizeiliche Besetzung des Lokals, in dem die Zentrale Streikleitung ihren Sitz aufgeschlagen hatte. (Die Verhaftung der Streikleitung mißlang.)

Die Gegenmaßnahmen der Arbeiter: a) Die Zentrale Streikleitung und die Belegschaftsversammlungen beschlossen einstimmig: Weiterstreiken trotz Verbindlichkeitserklärung (Ausdruck des mächtig gewachsenen Klassen- und Kraftbewußtseins, Kampfansage an Schlichtungswesen und damit an kapitalistische Staatsgewalt).

b) Die Zentrale Streikleitung ergänzt die bisherigen wirtschaftlichen Forderungen durch politische und fordert: „Zurückziehung der Polizei von den Dienststellen“, „Freilassung der verhafteten Streikhelfer“.

c) Die Zentrale Streikleitung beauftragt, nachdem ein fast einstimmiger Beschluß aller Kämpfenden für das Weiterstreiken vorliegt, eine von ihr bestimmte Verhandlungskommission, der Direktion am nächsten Tage die Forderungen der Kämpfenden zu unterbreiten und ihre sofortige Bewilligung zu fordern. (Dieser Beschluß ist ein schlagendes Argument gegen die Verleumdung der Bürokratie und des „Vorwärts“, als sei es der KPD und RGO bei dem Streik nur um ein wahlpolitisches Manöver und nicht um die Interessen der Streikenden zu tun gewesen.)

d) Der revolutionäre Massenkampf gegen den Streikbruch setzte ein. (Die BVG-Direktion hatte im Einverständnis mit der Bürokratie den Einsatz einiger weniger führender SPD-Funktionäre und gelber Elemente aus dem höheren technischen Personalapparat versucht.) Streikbrecherwagen wurden umgeworfen, mit Steinen beworfen, Schienen wurden ausgegraben, Bäume gefällt, Verkehrshindernisse gelegt, Schaltungen und Leitungen unbrauchbar gemacht, Zettel mit der Aufschrift verbreitet: „Benutzung mit Lebensgefahr verbunden.“

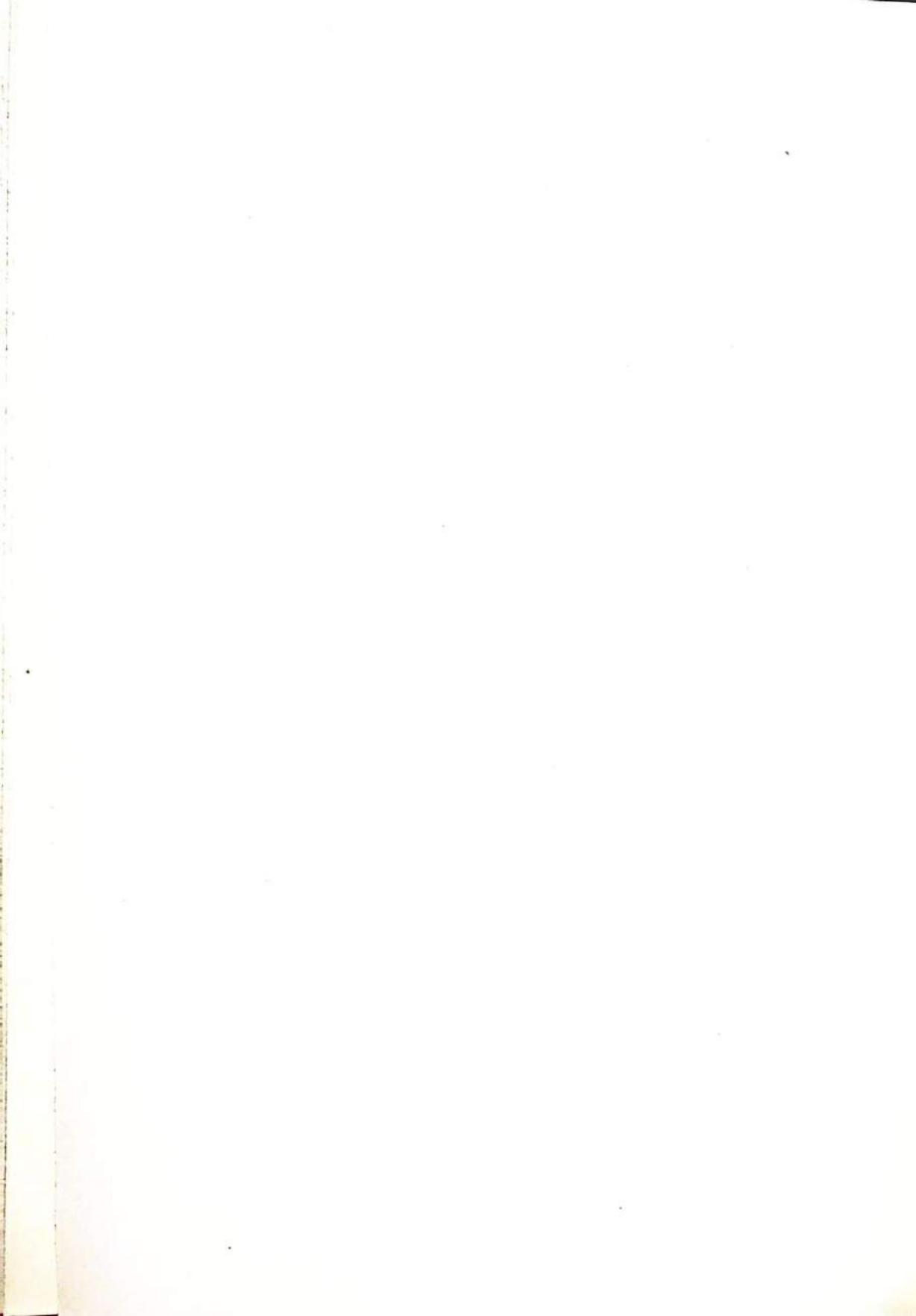
e) Größter Heroismus der Massenstreikposten, vor allem der Erwerbslosen, aber Versäumnisse in der Mobilisierung neuer Reserven, so daß in den nächsten Tagen, vor allem am Sonnabend und Sonntag, die Front der Streikposten entscheidende Lücken aufwies.

f) Breite materielle Hilfsaktion für die Streikenden setzte ein. Die IAH organisierte Speiseküchen, Sammlungen. Arbeiterschaft und Mittelstand gaben begeistert.

Die Wirkung des revolutionären Elans. a) Von den wenigen Gewerkschafts- und SPD-Funktionären, die unter dem Druck der



1932. Streikposten im Berliner Verkehrsarbeiterstreik.



Bürokratie ausgefahren waren, begab sich ein Teil zu den örtlichen Streikleitungen. Sie erkannten das Verwerfliche ihres Tuns und stellten sich als aktive Helfer der Streikfront zur Verfügung.

b) Selbst in den ausgesprochenen Bourgeoisvierteln von Berlin und trotz Polizeischutz in den Wagen und begleitenden Polizeiflitzern blieben die wenigen Streikbrecherwagen fast ohne Fahrgäste.

c) Die Tatsache, daß die Verkehrsarbeiter, die im bürgerlichen Urteil als beamtete Personen erscheinen, sich nicht nur gegen den Willen und Terror einer staatlichen Einrichtung durch Streik zur Wehr setzten, sondern auch die aktive Unterstützung der Arbeiterschaft, insbesondere der Kommunisten genießen, blieb auf die Polizeimannschaften nicht ohne Einwirkung. Offen sympathisierte ein großer Teil der Polizeimannschaften mit den Streikenden. Die Möglichkeit und Notwendigkeit, auf den Mannschaftsbestand der Polizei und selbst der Reichswehr zu wirken, ist durch den Verkehrsarbeiterstreik erneut bewiesen.

Verbindung der legalen mit der sonstigen Arbeit

Die außerordentliche Politisierung wirtschaftlicher Teil- und Massenkämpfe im Stadium der sich verschärfenden Krise erfordert die engste Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit: Erstens die Sicherung des ungehinderten Arbeitsverlaufs in den revolutionären Organisationen trotz Gefahr überraschender Eingriffe des Klassenfeindes; zweitens die unbedingte Sicherung aller Kampforgane und Streikführungen bei gleichzeitiger fortdauernder und engster Verbindung mit der Masse der Kämpfenden und ihren unteren Organen; drittens die Aneignung und Beherrschung technischer Kenntnisse zur Durchführung zweckmäßiger und den Streikbruchversuch des Gegners entscheidend treffender Maßnahmen.

Der Verkehrsarbeiterstreik zeugt von der glänzenden Verbindung zwischen legaler und illegaler Arbeit, von der Schaffung einer festen zentralen, dem Eingriff der Polizei trotzensen Führung bei gleichzeitiger Dezentralisation des Gesamtapparates und offenem Auftreten der Funktionäre an den Dienststellen.

a) Jedes Mitglied der Zentralen Streikleitung wurde für ein bestimmtes Kampfgebiet, für eine Reihe von Bahnhöfen verantwortlich gemacht. Es stellte die einzige Verbindung zwischen der Zentralen Streikleitung und den betrieblichen Streikleitungen her. Die Schwierigkeiten des Aufbaus eines solchen Apparates in wenigen Tagen brachten es mit sich, daß zeitweise die Verbindung mit einzelnen Streikleitungen abriß.

b) Bei gefährlichen Situationen teilte sich die Zentrale Streikleitung in mehrere Körperschaften auf, so daß eine Gesamtverhaftung niemals möglich war.

c) Aus der engeren Führung der Zentralen Streikleitung wurden jeweils nur einige Kollegen zur Tagung der Gesamtstreikleitung oder der Dienststellenstreikleitung delegiert.

Welche Folgen die Legalitätsillusionen haben, das zeigte die Tagung der Funktionäre der Gasbetriebe im Lokal der Zentralen Streikleitung. Obwohl sie aufgefordert waren, das Lokal zu verlassen, warteten sie ab, bis sie von der Polizei verhaftet wurden.

Die Methoden der BVG-Direktion:

Konzentration der wenigen Streikbrecherwagen auf einen Stadtteil, im Stadtzentrum, um in der Öffentlichkeit eine größere Zahl der Arbeitswilligen vorzutäuschen.

Verlegung desselben Wagenmaterials in verschiedene andere Stadtteile am selben Tage mit demselben betrügerischen Zweck.

Gefälschte Statistiken und Situationsberichte über die Zahl der Arbeitswilligen an die bürgerliche Presse.

Irreführende Lohntabellen an den Litfaßsäulen, in denen Spitzenlöhne bei der BVG unter Weglassung der Sozialabgaben als Durchschnittslöhne ausgegeben wurden. (Die BVG-Arbeiter überklebten noch am selben Abend das Plakat der BVG-Direktion mit ihren Lohnstreifen und korrigierten damit das Schwindelplakat.)

Herr von Papen in eigener Person

Während des Streiks sprach von Papen im Rundfunk, kündigte die „Ausrottung des streikhetzerischen Bolschewismus und den Einsatz aller staatlichen Machtmittel“ an, um die Streikenden

einzuschüchtern. Wutentbrannt erklärte Papen den Streik als ein „nationales Verbrechen“. Damit bestätigte er nur den breiten Arbeitermassen, daß für ihn die Nation die kleine Clique von Ausbeutern, Kapitalisten, Großgrundbesitzern und Börsenhyänen ist. Er bestätigte damit, daß es zwei Nationen gibt, die Clique der Ausbeuter und die Millionenmassen des arbeitenden Volkes, und daß die nationale Befreiung des werktätigen Volkes nur im Kampfe gegen den Feind im eigenen Land, gegen das Großkapital, das Milliarden von inneren Tributen aus dem werktätigen Volke preßt, errungen werden kann. Ein bisher nicht auffindbarer Schwarzsender antwortete am nächsten Tage dem amtlichen Rundfunksender, indem er einen Appell für die Streikenden durch die Berliner Arbeiterviertel funkte.

NSDAP und NSBO als streikbrecherische Stützen der Papen-Diktatur

Während die einfachen NSBO-Arbeiter und auch Funktionäre ehrlich in der Streikfront kämpften, mit zwei Vertretern in der Zentralen Streikleitung ihre Bereitschaft zur proletarischen Einheits- und Kampffront durch Wort und Tat zum Ausdruck brachten, versuchte die NSBO-Führung vom ersten Tage an, die Streikfront zu spalten und wahlpolitische Geschäfte für Goebbels zu machen. Nur durch die Streikbruchtaktik der reformistischen Gewerkschaftsbürokratie war es überhaupt möglich, daß die Gauleitung der NSDAP wie die Leitung der NSBO ihre demagogische Rolle als Unterstützer des Streiks für einige Tage spielen konnten.

Die Verbreiterung der Streikfront

Gegenüber der konzentrisch vorstoßenden BVG-Direktion, Staatsgewalt, Gewerkschaftsbürokratie, NSBO-Führung wurde neben der Sicherung der Streikeinheit und der Gewinnung der Gewerkschaftsfunktionäre die Verbreiterung der Streikfront zur wichtigsten Aufgabe. Freitag abend erließ die Zentrale Streikleitung einen Appell an die Berliner Betriebe, mit der Solidaritätsaktion für die Verkehrsarbeiter den aktiven Kampf, den

Streik für die eigenen betrieblichen Forderungen zu verbinden. Sie entsandte unter anderem Delegationen zu den Eisenbahnern (vor allem zur Belegschaft der Berliner Stadtbahn, die zur gänzlichen Lahmlegung des Verkehrs von entscheidender Bedeutung war), zu den Gas-, Wasser- und Elektrizitätsarbeitern, zur Belegschaft der Berliner Müllabfuhr und zu den Postlern.

Die Arbeiter der Müllabfuhr antworteten mit dem unverzüglichen Solidaritätsstreik, indem noch am Sonnabendmorgen 1300 von ihnen die Arbeit niederlegten.

Die Belegschaft der für mehrere bürgerliche Stadtviertel Berlins entscheidenden Gasbetriebsgesellschaft stellte eigene Forderungen auf und drohte bei Nichtbewilligung mit Arbeitsniederlegung. Allein die Streikdrohung verhinderte den von der Verwaltung bereits bekanntgegebenen direkten Lohnabbau. Die Betriebsräte ließen es jedoch zu, daß Bürokratie und Verwaltung eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich durchsetzten, statt diese Maßnahmen zum Anlaß der Streikauslösung zu nehmen. Sie erlaubten es damit außerdem der Bürokratie, vor der Belegschaft einen Teilerfolg als Resultat der reformistischen Verhandlungstaktik hinzustellen; während dieser Teilerfolg tatsächlich nur die Wirkung des Drucks des Verkehrsarbeiterstreiks auf die Bourgeoisie war. Die große Bedeutung der Berliner Metallbetriebe kam nicht zur Geltung. Die Ausnutzung der in den Metallbetriebsabteilungen angehäuften sozialen Konfliktstoffe durch unsere Zellen und die Betriebssektionen des EVMB blieb aus, obwohl gerade in den Berliner Großbetrieben der Metallindustrie nach den Wahlen ein konzentrischer Angriff der Unternehmer auf Löhne und Arbeitsbedingungen erfolgen wird. Außer einer ernsten Überprüfung der Zellenarbeit müssen die kommunistischen Fraktionen im EVMB die Ursachen der mangelnden Initiative der Verbandsorgane feststellen und Garantien schaffen, daß der Verband zu einer wirklichen Massenkampforganisation wird.

Von den Berliner Betrieben trat lediglich die Kaß-Belegschaft in den Streik und verband ihre Solidaritätsaktion mit dem Kampfe um die Erfüllung eigener Forderungen. Von den Eisenbahnern und Postlern gingen Sympathieerklärungen und Geldbeträge ein, zur Streikauslösung kam es nicht. Auch die An-

gestellten der Commerzbank demonstrierten ihr Bündnis mit den Arbeitern durch Übersendung eines Geldbetrages an die Streikleitung.

Die selbstlose heroische Solidarität der Berliner Erwerbslosen mit den streikenden Verkehrsarbeitern wurde von uns nicht zu einer Kampfbewegung an den Stempelstellen für ihre eigenen Winterhilfsforderungen umgemünzt. Das Verhalten der bestehenden Erwerbslosenausschüsse zeugte entweder von mangelnder Initiative oder geringer massenmäßiger Verbindung mit den Erwerbslosen.

Auch die verschiedenen proletarischen Massenorganisationen verstanden es in den Streiktagen nicht, alle ihre Kräfte auf den entscheidenden Knotenpunkt des Klassenkampfes des Verkehrsarbeiterstreiks zu konzentrieren. Zum Beispiel setzten die Sportler nicht ihre Hauptkräfte zu entsprechender Unterstützung des Streiks ein. Auch die unteren Rote-Hilfe-Organisationen mobilisierten nicht schnell genug die Massen für die Freilassung der verhafteten Verkehrsarbeiter und Streikhelfer.

Am Sonnabend verstärkte sich der Polizeiterror in erhöhtem Ausmaß. Bürokratie und BVG-Direktion versuchten den entscheidenden Durchbruch durch Einsatz streikbrecherischer Kräfte. Polizeipräsident Melcher verkündete den Polizeischießerlaß, die rücksichtslose Anwendung der Schußwaffen gegen die Streikposten. An diesem Tage wurden fünfhundert Streikposten und uniformierte BVG-Arbeiter verhaftet. Die Bahnhöfe und die Heimstätten der BVG-Arbeiter wurden polizeilich abgeriegelt, die von der Streikleitung bestimmte Verhandlungskommission im Gebäude der BVG-Direktion verhaftet.

Angesichts dieser äußerst verschärften Lage, des brutalsten Einsatzes der Staatsgewalt, beschloß die Zentrale Streikleitung den Appell an die Berliner Belegschaften, sich am Montag früh in den politischen Proteststreik einzureihen:

Gegen die Erschießung von Arbeitern durch die Polizei!

Gegen die Massenverhaftungen und drohenden Sondergerichtsurteile!

Für die Freilassung der Verhafteten!

Für die Zurückziehung der Polizei von den Dienststellen Gegen die Papen-Diktatur und ihre streikbrecherischen Stützen!

Die Befolgung dieses Appells durch die Berliner Belegschaften hätte den politischen Massenstreik — den offenen Angriff gegen die Papen-Diktatur — bedeutet. Zur Verbreiterung der Streikfront und Durchführung des politischen Proteststreiks waren Unterbezirks-Delegiertenkonferenzen einberufen worden. In der Tat fanden aber nur Beratungen mit den Vertretern von Belegschaften statt. Die Bedeutung der Delegiertenkonferenzen wurde noch nicht erkannt. Aber für den politischen Proteststreik sind solche Konferenzen der Delegierten der Betriebsabteilungen und Stempelstellen von größter Bedeutung. Es muß daraus die Lehre gezogen werden, die Delegiertenkonferenzen stärker zu popularisieren, damit jede Belegschaft weiß, daß in Arbeitskämpfen bei bedeutenderen Maßnahmen des Gegners sofort die Delegierten zusammentreten müssen.

Der Streikverrat

Die vorgenannten subjektiven Schwächen der revolutionären Streikführung berücksichtigt, gelang der SPD- und ADGB-Bürokratie der Durchbruch an der Streikfront durch folgende Methoden:

a) Statt einer Obleutekonferenz berief sie Sonnabend nachmittag eine Verbandsfunktionärkonferenz ein. Mit Entlassungen, Polizeiterror, Sondergericht und Verbandsausschluß drohend, gab sie den direkten Befehl zur Streikabwürgung mit allen Mitteln.

b) Sie organisierte vor den Bahnhöfen unter dem Schutz der Polizeibesetzung die individuelle Erfassung ihrer Mitglieder, indem sie sie auf die Bahnhöfe holte und unter der fälschlichen Angabe, daß der Streik bereits verloren sei, zur Arbeitsaufnahme zwang. Mitentscheidend für den Erfolg dieses Planes war natürlich das Mißlingen der Verbreiterung der Streikfront, das es der Bürokratie erleichterte, bei ihren Funktionären und Mitgliedern eine Depressionsstimmung hervorzurufen und sie zum Streikbruch zu pressen.

Es zeigte sich hier erneut unser mangelnder Einfluß an der innergewerkschaftlichen Front, die fehlende Registrierung und individuelle Bearbeitung der Funktionäre und Mitglieder, der fehlende Kampf um die gewählten Funktionen in den Gewerkschaften.

Als am Montagnachmittag etwa 50 Prozent der Berliner Verkehrsarbeiter die Arbeit aufgenommen hatten, beschloß die Zentrale Streikleitung, entgegen allen Spaltungsmanövern der NSDAP-Führung, den einheitlichen und disziplinierten Abbruch des Streiks. In der einstimmig auch von den in der Streikleitung sitzenden SPD- und NSBO-Kollegen angenommenen Entschliebung wird als entscheidende Begründung für den Streikabbruch angeführt: die streikbrecherische Abwürgung des Kampfes durch SPD- und Gewerkschaftsbürokratie, die durch die mangelnde Gewerkschaftsarbeit erleichtert wurde.

Im Beschluß der Zentralen Streikleitung vom 7. November werden die Bedeutung des Streiks und die weiteren Aufgaben folgendermaßen gekennzeichnet:

„Der gewaltige Erfolg unseres Kampfes zeigt sich nicht nur in der Verlängerung des Manteltarifs, in der Abwehr des direkten Lohnabbaues in einigen Gaswerken, sondern vor allem in der wachsenden Kampfkraft der gesamten Arbeiterschaft.

Unser Streikkampf, verbunden mit der Kampfaktivität der arbeitenden Bevölkerung Berlins, war der bisher stärkste Schlag gegen die Papen-Diktatur und ist ein leuchtendes Beispiel für den Klassenkampf des deutschen Proletariats. Die Solidaritätsaktionen und Streiks in einzelnen Betrieben zur Unterstützung unseres Kampfes (Müllabfuhr, Gas, Montania, Wuppertaler Straßenbahner, Kampfbeschlüsse der Postler, der Kohlenarbeiter, Eisenbahner, graphischen Betriebe und vieler anderer) zeigten die wachsende Erkenntnis der Arbeiterschaft von der Notwendigkeit der Verbreiterung der Streikfront und der Steigerung der Kampfaktionen zum Massenstreik. Eine der wichtigsten Lehren des Streikkampfes der Verkehrsarbeiter ist die Bedeutung des Protest- und Massenstreiks für die Steigerung des Kampfes im Interesse der siegreichen Durchsetzung der Arbeiterforderungen und im Kampf gegen die Papen-Diktatur.

Wenn es in diesem Kampfe noch nicht gelang, den Massenstreik auf breitester Basis durchzuführen, so vor allem infolge der mangelhaften revolutionären Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften.

Jetzt gilt es, die Einheitsfrontaktion weiterzuführen als Kampf gegen Lohnabbau und für Verbesserung der Arbeitsbedingungen, gegen die Maßregelungen, gegen die Sondergerichte, gegen die Verurteilung unserer aktivsten und besten Kollegen, für die Freilassung aller verhafteten Kollegen."

Schwächen und Mängel des Streikkampfes

Die höhere revolutionäre Aufgabenstellung im Verkehrsarbeiterstreik zeigt gleichzeitig die Schwächen der Parteiarbeit in der Organisierung und Führung des revolutionären Massenkampfes.

1. Der Kampf um die gewählten Gewerkschaftsfunktionen wird noch immer vernachlässigt, die revolutionäre Arbeit in den reformistischen Gewerkschaften muß mit allen Mitteln verstärkt werden. Vor allem in den reformistischen Gewerkschaften muß der Kampf gegen den sozialdemokratischen Einfluß geführt werden. Von unserem Einfluß auf die Gewerkschaftsfunktionäre war die Sicherung der Streikeinheit, die Verbreiterung der Kampffront und die Auslösung der politischen Proteststreikbewegungen in den anderen Betrieben abhängig.

2. Die Entfaltung der Kampfkraft der Parteiorganisation war ungleichmäßig. Während viele Funktionäre und Zellen vorbildliche revolutionäre Massenarbeit leisteten, versagten andere fast vollständig. Das kam auch zum Ausdruck in der Herausgabe der Betriebs- und Häuserblockflugblätter und -zeitungen. Nicht überall wurde die ganze Kraft der Organisation eingesetzt, um die breiteste Masse der Arbeiter und der werktätigen Bevölkerung für die direkte Unterstützung des Streiks zu mobilisieren. Das hatte zur Folge, daß am Sonnabend und Sonntag die Hereinziehung neuer Reserven in den Kampf, für die Massenstreikposten usw., nicht gelang.

3. Die Heranführung und Mobilisierung der Belegschaft auf dem Boden ökonomischer und politischer Teilforderungen zum Solidaritäts- und politischen Massenstreik ist noch nicht zum Gemeingut der Betriebszellen geworden. Die Bedeutung des politischen Massenstreiks ist ungenügend popularisiert, und die Organisation ist noch nicht darauf eingestellt, bei Ausbruch eines

solchen Kampfes sofort in den Unterbezirken die Einberufung von Delegiertenkonferenzen zu unterstützen.

4. Es fehlen noch in den meisten Betrieben die auf dem Boden der proletarischen Demokratie in den Betriebsabteilungen gewählten Einheits- und Kampfausschüsse. Ihre Autorität als selbstgewählte einzige Kampfführung ist in den Abteilungen noch nicht vorhanden. Die entscheidenden Versäumnisse auf diesem Gebiet müssen angesichts drohender überraschender Vorstöße der Papen-Diktatur und der Unternehmer unverzüglich wettgemacht werden.

5. Die unteren Parteiorganisationen und die Leitungen vermochten es noch nicht in genügendem Maße, schnell und entscheidend alle verfügbaren Kräfte entsprechend einer plötzlich neugeschaffenen Situation zu konzentrieren und die Initiative von unten zu entfalten. Es zeigt sich eine ungleichmäßige Entwicklung in der Arbeit der Unterbezirksleitungen wie der Zellen. Viele Zellen haben eine glänzende Kampfinitiative entwickelt, während andere die politische Bedeutung des Streiks unterschätzten und im gewohnten Trott gingen. Manche Zellen konzentrierten die Kräfte auf die Wahl statt auf den Streik. Eine selbstkritische Aufdeckung aller bürokratischen Tendenzen des Abwartens auf Anweisungen von oben ist die Aufgabe aller Betriebs- und Straßenzellen. Noch stärker als bisher müssen die Bezirksleitung und die Unterbezirksleitungen mit Hilfe von Instruktoren und Brigaden die revolutionäre Massenarbeit der Zellen und des mittleren Funktionärkörpers anleiten.

6. Der prinzipielle Kampf gegen die NSDAP wurde während des Streiks nur mangelhaft geführt. Wenn auch die Manöver der NSDAP die Entlarvung in den ersten Tagen des Streikkampfes erschwerten, so ist das keine Entschuldigung für die Vernachlässigung des prinzipiellen Kampfes gegen die NSDAP.

Die unmittelbaren Aufgaben nach Streikabbruch

Der streikbrecherische Verrat der Gewerkschaftsbürokratie hat damit geendet, daß bisher zahlreiche streikende BVG-Arbeiter auf der Strecke blieben, daß Hunderte von Streikhelfern ver-

haftet und der Sonderjustiz überantwortet wurden. Die ersten Zuchthausurteile sind bereits gefällt. Das erfordert:

a) breiteste Solidaritätsbewegung des ganzen werktätigen Berlins zur materiellen Unterstützung der Gemaßregelten. Die von der IAH eingeleitete Solidaritätsaktion muß in allen Betrieben und Büros und bei den kleinen Gewerbetreibenden, ebenso aber auch in den Verkehrsbetrieben außerhalb Berlins ein schnelles und positives Echo finden.

b) Der Protest der Betriebe muß die Wiedereinstellung der Gemaßregelten mit den alten Rechten erzwingen.

c) Das ganze werktätige Deutschland muß die Niederschlagung der Anklagen der Sondergerichtsjustiz, die Freilassung aller Inhaftierten (Streikende und Streikposten) fordern. (Entsendung von Betriebsdelegationen, Protesttelegrammen und Entschuldigungen an das Berliner Sondergericht, an die bürgerliche Presse.)

d) In den BVG-Betrieben müssen die Gewerkschaftsmitglieder mobil gemacht, durch die Mobilisierung der gesamten Belegschaft die Absetzung streikbrecherischer Obleute und die Besetzung der freigewerkschaftlichen Positionen durch klassenbewußte Arbeiter erkämpft werden.

e) Der Kampf ist aufs neue vorzubereiten. Der zwischen BVG-Direktion und Bürokratie abgeschlossene Lohnraubvertrag läuft nur einen Monat. Ein umfassender neuer Lohnraubvorstoß steht in wenigen Wochen bevor. Gestützt auf die Erfahrungen und Lehren des verflossenen Streikkampfes, sind die Voraussetzungen für den siegreichen Kampf zu schaffen. Entscheidend dabei ist die verstärkte Inangriffnahme der innergewerkschaftlichen Arbeit, die rechtzeitige Herausbildung betrieblicher Kampfleitungen und Einheitsfrontorgane, die unbedingte Sicherung ihrer Autorität, vor allem auch unter den freigewerkschaftlichen Kollegen und Funktionären.

f) Die beste Garantie für die siegreiche Abwehr eines neuen drohenden Lohnraubs ist die Massenwerbung für die KPD, für die RGO und für „Die Rote Fahne“ innerhalb der BVG-Betriebe. Jede Depressionsstimmung wird schnell beseitigt sein, wenn unsere Betriebszellen und RGO-Gruppen in der BVG die Lehren des letzten Streikkampfes positiv auswerten und kühne Initia-

tive bei der Stärkung der proletarischen Einheitsfront, beim Ausbau des innergewerkschaftlichen Einflusses und der Schaffung breitester Einheitsfrontorgane in allen Verkehrsbetrieben und Abteilungen entfalten.

Es gilt, die Kampffähigkeit jeder Parteileitung und jeder Zelle vom Standpunkt der Organisierung der Teil- und Massenkämpfe, der Gewinnung der Masse der Gewerkschaftsmitglieder und sozialdemokratischen Arbeiter, der Vorbereitung der revolutionären Massenkämpfe, der Heranführung der Arbeitermassen an den politischen Generalstreik zu überprüfen.

*Infolge Verbots der „Roten Fahne“ als Flugschrift gedruckt,
November 1932.*

Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben

Rede auf dem Bezirksparteitag der KPD Berlin-
Brandenburg-Lausitz-Grenzmark

19. November 1932

Unser Bezirksparteitag steht im Zeichen der kämpfenden Einheitsfront der Arbeiterklasse gegen die drohende faschistische Diktatur. Der Verkehrsarbeiterstreik ist ein Beweis dafür, wie die kämpfende Einheitsfront der Arbeiterklasse in die Tiefe und Breite gewachsen ist. Wenn am 6. November in unserem Bezirk Berlin-Brandenburg-Lausitz-Grenzmark 1 111 000 Stimmen für die Kommunistische Partei abgegeben wurden, so ist auch das der Ausdruck der Stärke der kämpfenden Einheitsfront, der Beweis, daß unsere Parteiorganisation es in den letzten Monaten verstanden hat, sich an die Spitze der Kämpfe der Arbeiter und der werktätigen Massen zu stellen und damit im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse einen Schritt vorwärtszukommen.

Die Millionenmassen der Arbeiter erwarten von unserem Bezirksparteitag eine klare Antwort auf die Frage: Wie soll der Kampf gegen die neue Lohnabbauoffensive der Unternehmer geführt werden, wie kämpfen wir für die Forderungen der Erwerbslosen, gegen die Sondergerichte, gegen die drohende faschistische Diktatur und gegen das Versailler Diktat?

Die Papen-Regierung mußte abtreten. Die sozialdemokratische Bürokratie will den Arbeitern weismachen, daß die Papen-Regierung durch den Brief an Hindenburg gestürzt sei. Aber in der Tat ist der Sturz der Papen-Regierung die Folge der wachsenden Kampfkraft der Einheitsfront der Arbeiter, und es ist das Verdienst der kämpfenden Verkehrsarbeiter, der Papen-Regierung den entscheidenden Schlag versetzt zu haben. Herr von Papen hat die SA legalisiert, er wollte mit Hilfe der faschistischen Organisationen der Lohnabbauoffensive der Unternehmer den Weg bereiten. Die Arbeiter aber bildeten den Massenselbstschutz und schlugen den faschistischen Terror in den Arbeitervierteln zu-

rück. Die Notverordnungsuniformen wurden von den Straßen verdrängt. Das war der erste Schlag gegen die Papen-Regierung.

Papen verfügte seine Lohnabbaunotverordnung. Betriebsweise sollten die Lebensbedingungen der Arbeiterschaft verschlechtert werden. In den Betrieben, in denen der Lohnabbau zuerst durchgeführt werden sollte, antworteten die kommunistischen und die sozialdemokratischen Arbeiter, die Gewerkschaftsmitglieder und die Unorganisierten in gemeinsamer Front mit dem Streikkampf, und sie setzten ihre Lohnforderungen in den meisten Fällen durch. Das war der zweite Schlag gegen die Papen-Regierung.

Papen verkündete bei seinem Regierungsantritt, daß er die internationale Zusammenarbeit mit den imperialistischen Mächten, insbesondere mit Frankreich, herbeiführen wolle. Am Ende der Papen-Regierung ist die Isolierung der deutschen Regierung viel stärker als vorher. Gegen die Papen-Regierung und gegen die französische Regierung Herriot reichten sich die Arbeitermassen Deutschlands und Frankreichs die Bruderhand zum gemeinsamen Kampf gegen das Versailler Diktat, unter Führung der Kommunistischen Internationale kämpfen die Arbeiter aller Länder gegen Versailles. Das war der dritte Schlag gegen die Papen-Regierung.

Herr von Papen war ausgezogen, um den Bolschewismus zu vernichten, aber sechs Millionen Werktätige haben die Kommunistische Partei gewählt. Die Papen-Regierung mußte zurücktreten, weil sie nicht imstande war, die kapitalistische Offensive und das faschistische Wirtschaftsprogramm wirklich voll durchzuführen. Auf der einen Seite sehen wir das Wachsen der faschistischen Kräfte, aber auf der anderen Seite ein schnelles Tempo des revolutionären Aufschwungs, ein schnelles Tempo der Stärkung der kämpfenden Einheitsfront.

In den Mittelpunkt der Beratungen stellen wir als wichtigste Lehre der Erfahrungen der Einheitsfrontaktionen der Arbeiter den Streikkampf der Gegenwart, der die höchste Kampfform aller bisherigen Einheitsfrontaktionen in Deutschland war, den Berliner Verkehrsarbeiterstreik. Gegen den Willen der sozialdemokratischen Bürokratie hat sich in diesem Kampf die Einheitsfront der Arbeiter durchgesetzt. Zum ersten Male seit dem Jahr 1923 hatten wir in Berlin einen Kampf, der im wahrsten

Sinne des Wortes eine Volksbewegung war. Die Massen des roten Berlins standen auf seiten der Streikenden. Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik führte uns an die Schwelle des politischen Massenstreiks. Er ist das große Signal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse.

Gegen die wachsende Kampfbereitschaft der Arbeitermassen verschärft die Bourgeoisie nach dem Sturz der Papen-Regierung die faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen. Gleichzeitig versucht sie die Basis ihrer Herrschaft zur Vorbereitung der faschistischen Diktatur zu verbreitern. Das ist der Sinn ihrer Losung der „nationalen Konzentration“, der Konzentration der Kräfte des Großkapitals, der Junker, der Bankfürsten, des Zentrums, der Nazis, aber auch gleichzeitig die stärkere Ausnutzung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie. Die Rede des Herrn Leipart, die Teilnahme der Gewerkschaftsbürokratie an den Beratungen im Reichswirtschaftsrat zeigen bereits an, wie der Gewerkschaftsapparat des ADGB zur Anwendung der faschistischen Diktaturmaßnahmen gegen die Arbeiterklasse eingliedert werden soll.

Das Zentrum und die Nazis sind für das Programm der „nationalen Konzentration“. Der Hauptpunkt dieses Programms ist der Kampf gegen den Bolschewismus. Die Vertreter der Schwerindustrie verlangen: Hitler an die Regierung. Gemeinsam, im Bunde mit den Parteien des Großkapitals, marschiert die SPD-Führung Arm in Arm unter Führung „ihres“ Hindenburg. Der „Vorwärts“ erklärt sich offen für eine Präsidialregierung oder ein Beamtenkabinett. Die Stampfer und Breitscheid schlagen der Bourgeoisie eine solche Regierung vor, die man den sozialdemokratischen Arbeitern als ein „kleineres Übel“ darstellen kann. Die SPD stützte und half der Papen-Regierung; sie bereitet auch dem Faschismus den Weg.

Unsere Antwort als Kommunisten und die Antwort aller revolutionären Arbeiter auf das Programm der faschistischen Konzentration muß sein: die Konzentration aller revolutionären Kräfte des Proletariats, die Konzentration der breitesten Massen des werktätigen Volkes. Der Einheitsfrontappell unseres Zentralkomitees ist die Antwort auf die faschistischen Konzentra-

tionspläne, ein Appell an das gesamte arbeitende Volk Deutschlands.

Die Verschärfung der Klassenkämpfe und der kapitalistischen Krise in Deutschland bestätigt die Richtigkeit der Beschlüsse des zwölften Plenums der Exekutive der Kommunistischen Internationale, in denen gesagt wird, daß wir uns am Ende der kapitalistischen Stabilisierung befinden, daß das Tempo des revolutionären Aufschwungs zugenommen hat und daß wir uns im Übergang zu neuen großen Klassenzusammenstößen und Kriegen befinden.

Es ist kein Zufall, daß gerade nach der vorübergehenden Stabilisierung des Kapitalismus, besonders seit dem Jahre 1929/30, der revolutionäre Aufschwung der Arbeiter schnellere Fortschritte machte und auf alle kapitalistischen Länder übergriff. Wenn sich diese Entwicklung auch ungleichmäßig vollzog, so können wir doch sagen, daß zum Unterschied von 1918 bis 1923, wo nur die im Weltkrieg besiegten Länder von der revolutionären Krise ergriffen waren, heute auch die übrigen kapitalistischen Staaten in schnellem Tempo von dem revolutionären Aufschwung erfaßt werden. Es ist das wichtigste Ergebnis der gesamten gegenwärtigen Entwicklung, daß in der Sowjetunion, im Lande der Diktatur des Proletariats, der sozialistische Aufbau siegreich durchgeführt wird, während in allen kapitalistischen Ländern das Arbeitslosenheer wächst, die Produktion mehr und mehr zusammenschrumpft, der Absatz immer geringer und die Verelendung der Werktätigen immer unerträglicher wird.

Wenn wir für unsere Berliner Organisation die Aufgaben für die nächsten Wochen und Monate heute beraten und festlegen wollen, so müssen wir uns aller Kampferfahrungen, die unsere Partei in den letzten 2¹/₂ Jahren gemacht hat, bewußt werden. Unseren Bericht zum Bezirksparteitag haben wir überschrieben: „Vom Metallarbeiterstreik zum Verkehrsarbeiterstreik.“ Unter den Losungen des proletarischen Internationalismus werden wir die Kampfsolidarität des deutschen und des französischen Proletariats gegen die Unterdrückung durch das Versailler Diktat proklamieren.

Der Metallarbeiterstreik 1930, der unmittelbar nach dem Wahlerfolg unserer Partei von 1930 durchgeführt wurde, war der Be-

ginn eines großen Aufschwungs der revolutionären Gewerkschaftsopposition in Berlin und in ganz Deutschland, weil dieser Streikkampf der gesamten Arbeiterklasse die Notwendigkeit der selbständigen Kampforganisation und Führung durch die gewählten Organe der Arbeiter vor Augen geführt hat. Gleichzeitig lehrte dieser Kampf, daß man Streiks nur führen kann, wenn man sie vorbereitet, und vorbereiten kann man sie nur, wenn eine breite Gewerkschaftsopposition als organisierende Kampfkraft vorhanden ist.

Wir hatten eine Zeitlang eine Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit. Insbesondere im Zusammenhang mit der Gründung des roten Metallarbeiterverbandes wurden die Tendenzen des Austritts aus den Gewerkschaften stärker. Wir hatten nicht verstanden, mit der Erweiterung unseres Masseneinflusses unsere organisatorischen Methoden schnell genug zu verbessern. Die Gliederung der Gesamtorganisation in übergroße Unterbezirke, die nicht rechtzeitig genug geändert wurde, erschwerte die Verbreiterung unseres Masseneinflusses und die Verbindung zwischen den Leitungen und den unteren Parteieinheiten. Es zeigten sich auch Tendenzen des Zurückweichens vor dem Gegner, insbesondere vor dem faschistischen Terror.

Die von mir dargelegten Schwächen sind zweifellos die wesentlichsten Ursachen dafür, daß unsere Organisation zur Zeit der Präsidentenwahl einen Rückschlag erlebte, daß sogar die Gefahr einer gewissen Isolierung von den entscheidenden Schichten der Arbeiter in Erscheinung trat. Diese Schwächen und Fehler wirkten sich auch am 20. Juli aus, obwohl unmittelbar nach den Präsidentenwahlen eine ganze Reihe von Maßnahmen eingeleitet wurden, um sie auszumerzen.

Es ist notwendig, in diesem Zusammenhang auf die Politik der Neumann-Gruppe^[27] einzugehen, die besonders in Berlin systematisch versucht hat, die Organisation in Gegensatz zur Generallinie der Partei und der Politik des Zentralkomitees zu bringen. Mit dem Fortschreiten des revolutionären Aufschwungs in Deutschland standen neue Probleme vor unserer Partei. In dieser Situation, insbesondere unter den Bedingungen des faschistischen Terrors, zeigten sich kleinbürgerliche Schwankungen des



25. Januar 1933. Letzte große Kundgebung der KPD in Berlin.
Von rechts nach links: Ernst Thälmann, Jonny Schehr, Walter Ulbricht.

Zurückweichens vor dem Klassenfeind, die sowohl in der Stärkung der Tendenzen des individuellen Terrors als auch im Widerstand gegen unsere revolutionäre Einheitsfrontpolitik, besonders aber in der Vernachlässigung der Gewerkschaftsarbeit ihren Ausdruck fanden. In der Politik der Neumann-Gruppe kommen opportunistische wie sektiererische Schwankungen zum Ausdruck. Sie wandte sich gegen die Losung des Genossen Thälmann, die er in seiner Berliner Rede im Sportpalast aufstellte, daß man den sozialdemokratischen Arbeitern die Bruderhand reichen müsse. Neumann versuchte der Losung „Alles für die Einheitsfront!“ die Losung der „roten Arbeiterfront“ entgegenzusetzen, die zweifellos nicht die Kraft hat, die breitesten Massen der Arbeiter für die kämpfende Einheitsfront zu mobilisieren. Neumann wandte sich dagegen, daß die Losung „Schlagt die Faschisten, wo ihr sie trefft!“ offen und konsequent als falsch bezeichnet wurde.

Ferner hat die Neumann-Gruppe versucht, den Kommunistischen Jugendverband, der der beste und aktivste Helfer der Partei sein soll, gegen die Partei zu mobilisieren. Im Dienste der Neumann-Gruppe haben einzelne Genossen versucht, die Berliner Bezirksleitung gegen die Generallinie der Partei, insbesondere gegen den Genossen Thälmann, zu bringen. Das war auch der Grund, warum die Berliner Bezirksleitung im Einvernehmen mit dem Zentralkomitee organisatorische Veränderungen in der Führung des Bezirkes vorgenommen hat. Daß diese Maßnahmen richtig waren, ist inzwischen von den Genossen, die es anging, selbst bestätigt worden.

Die Überwindung der Reste von opportunistischen und sektiererischen Abweichungen der Neumann-Gruppe war zweifellos eine Voraussetzung für die Erfolge unserer Partei beim Verkehrsarbeiterstreik und bei der Reichstagswahl.

Ich sagte bereits, daß sich die Schwächen und Mängel unserer Parteiarbeit am offensichtlichsten am 20. Juli zeigten. Zweifellos war es richtig, daß wir ein Angebot an alle Gewerkschaftsmitglieder, an alle sozialdemokratischen Arbeiter und an alle Werktätigen für den gemeinsamen Kampf gegen den faschistischen Vorstoß richteten. Aber eine unserer Hauptschwächen bestand darin, daß wir es nicht verstanden hatten, vor dem 20. Juli die

Frage des politischen Massenkampfes mit der notwendigen Intensität zu stellen und die Massen der Arbeiter auf dem Wege des Kampfes um die wirtschaftlichen und politischen Teilforderungen an die höheren Aufgaben heranzuführen.

Die nächste, wesentliche Ursache unseres Versagens am 20. Juli bestand in der ungenügenden Initiative der Gesamtorganisation, in der ungenügenden Eigeninitiative jeder einzelnen Leitung und jeder einzelnen Zelle. Es waren Auffassungen, man müsse warten, bis irgendeine Anweisung kommt. Hier zeigte sich am deutlichsten die mangelhafte Erziehung aller unteren Parteieinheiten zum sofortigen Reagieren auf alle überraschenden Vorstöße des Gegners.

Die Vernachlässigung der innergewerkschaftlichen Arbeit trat am 20. Juli ebenfalls besonders kraß in Erscheinung. Die Gewerkschaftsbürokratie war imstande, den Generalstreik zu verhindern, weil sie ihre Gewerkschaftsmitglieder an der Strippe hatte. Das konnte sie nur deshalb, weil wir nicht genügend den Kampf um die Gewinnung jedes einzelnen Gewerkschaftsmitgliedes und um jede wählbare Gewerkschaftsfunktion geführt hatten. Und schließlich zeigten sich am 20. Juli Tendenzen in den einzelnen Organisationen der Partei, den faschistischen Vorstoß passiv hinzunehmen. Das waren Tendenzen eines Zurückweichens vor dem Klassenfeind.

Der Verkehrsarbeiterstreik zeigt, daß wir aus dem 20. Juli die Lehren gezogen haben. Wir haben in einem besonderen Dokument alle Erfahrungen des Streiks zusammengefaßt. Dieses Dokument muß gemeinsam mit der politischen Resolution des Bezirksparteitages die Grundlage der gesamten Schulungstätigkeit in den nächsten Wochen bilden.

Früher war die sozialdemokratische Gewerkschaftsbürokratie noch absoluter Herr in den Großbetrieben und damit imstande, in den entscheidenden Industrien alle Streikbewegungen zu verhindern. Jetzt hat die RGO zum erstenmal in dem wichtigsten Verkehrsbetrieb Europas einen Streik selbständig durchgeführt.

Wenn wir die Entwicklung der Kampfbewegungen im ganzen Bezirk betrachten, so müssen wir feststellen, daß zum ersten Male seit langer Zeit auch in der Provinz die Streikkämpfe eine breitere Basis angenommen haben. Wir hatten Streiks von Tex-

tilarbeitern, Holzarbeitern und Teilstreiks der Metallarbeiter. Das zeigt einen Umschwung in der Kampfkraft der Arbeiter, dem allerdings die Kampfkraft unserer Parteiorganisation noch nicht ganz entspricht. Besonders die Mobilisierung der Landarbeiter wurde fast überall vernachlässigt.

Von dieser Stelle aus müssen wir allen unseren Genossen in der Provinz als ernsteste Aufgabe die Organisation der Betriebszellen stellen. Es müssen Garantien geschaffen werden, daß auch in der Provinz die Betriebsarbeiter den entscheidenden Einfluß in der Parteiführung haben. Wenn einige „kluge“ Genossen der Meinung sind, die Betriebsarbeiter seien doch eigentlich „passive Kerle“, so sagen wir ihnen: Wo Betriebsarbeiter passiv sind, da ist das die Schuld der Funktionäre, die ihnen nicht helfen, die Kampferfahrungen zu erwerben, die sie brauchen. Ebenso deutlich müssen wir aussprechen: Wir sind gegen die Tendenzen des „Königtums“ einzelner führender Genossen in den Provinz-Unterbezirken. Wir bestehen darauf, daß in allen Unterbezirken und Zellen kollektiv arbeitende Leitungen die Führung haben.

Welche besonderen organisatorischen Lehren ergeben sich aus den vergangenen Kämpfen? Die wichtigste Aufgabe ist, unsere Parteiorganisation zu einer wirklichen Kampforganisation zu machen, wo jede Leitung, jeder Funktionär, jedes Mitglied auf die Frage eingestellt ist: Wie kann ich die Arbeiter in den Kampf für ihre Forderungen führen? Wenn wir gerade in den letzten Monaten größere Fortschritte machen konnten, so ist das mit darauf zurückzuführen, daß wir systematisch an den Ausbau unseres Instrukteursystems herangegangen sind. Ferner müssen wir fortfahren, die Genossen mit den besten Kampferfahrungen zu Brigaden zusammenzufassen und an den entscheidenden Punkten einzusetzen.

Die entscheidende Frage bleibt jedoch die Verstärkung unserer Betriebszellenarbeit. In jeder Betriebsabteilung muß eine große Werbekampagne für die Partei durchgeführt werden. Das ist nur dann möglich, wenn wir verstehen, im Betrieb die Verbindung mit jeder Abteilung herzustellen, wenn wir Vertrauensleute in den Abteilungen schaffen und wenn wir alles einsetzen, jedes oppositionelle Gewerkschaftsmitglied im Betrieb zu erfassen,

ständig zu beeinflussen und schließlich als aktives Parteimitglied zu gewinnen. Der Gegner wird alles tun, um mit verschärftem Terror unsere Zellen zu sprengen. Demgegenüber müssen wir die Sicherheit schaffen, auch unter den schwierigsten Bedingungen unsere Arbeit nicht nur weiterführen, sondern erheblich verbessern zu können. Einheitsausschüsse, Lohnkommissionen, Vertrauensleute, Mitglieder der proletarischen Massenorganisationen, alles muß in jedem Betriebe zu einem großen Netz der gemeinsamen revolutionären Betriebsarbeit zusammengefaßt werden.

Die bedeutenden Erfolge unserer Partei veranlaßten den Gegner, große Manöver durchzuführen, um seine Anhänger bei der Stange zu halten und ihre Abwanderung in das kommunistische Lager zu verhindern. So sehen wir den Versuch einer weiteren Aufpeitschung der nationalistischen Welle. Es ist uns zwar in den letzten Monaten gelungen, die chauvinistische Agitation in den Massen zurückzudrängen. Aber wir sehen besonders in unseren Grenzgebieten neue Versuche, die nationalistische Welle hochzupeitschen.

Wenn im Verkehrsarbeiterstreik neben der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie auch die Gauleitung der NSDAP alles daran setzte, die Arbeiterfront zu spalten, so entspricht das durchaus der großkapitalistischen Politik der Hitler und Goebbels. Es ist ihnen gelungen, einen Teil der Werktätigen irrezuführen. Aber schon jetzt zeigt sich eine Ernüchterung. Warum der 2-Millionen-Stimmenverlust der Nazis am 6. November? Vor allem deshalb, weil wir es verstanden haben, im Streikkampf, in der Erwerbslosenbewegung und bei den Mietern breite Massen der Arbeiter in den Kampf zu führen. Zweitens aber, weil sich erwies, daß die NSDAP die Notverordnungs politik der Papen-Regierung unterstützt und daher praktisch nicht mehr als Kämpfer gegen Versailles auftreten konnte, sondern offen erklären mußte, daß sie bereit ist, die Tribute zu zahlen und das Genfer Abkommen des Herrn von Papen zu unterstützen.

In den nächsten Wochen wird eine neue faschistische Terrorwelle einsetzen. Deshalb ist es notwendig, daß wir unsere ideologische Offensive gegen den Hitlerfaschismus verstärken und die Massen der werktätigen Nazianhänger in den Kampf um die

Tagesinteressen der Arbeiterschaft hineinziehen. In alle Nazi-lokale, in alle SA-Kasernen gehören revolutionäre Agitatoren. Gleichzeitig gilt es den Massenselbstschutz zu mobilisieren, damit auch dort, wo der faschistische Terror gegen die Arbeiterschaft einsetzt, der Abwehrkampf des Proletariats mit Erfolg durchgeführt werden kann.

Die deutsche Bourgeoisie führt in diesen Tagen eine wüste Hetze gegen die Kommunistische Partei. Gefälschte Dokumente werden in der Hugenberg-Presse veröffentlicht, um für ein Parteiverbot Stimmung zu machen. Die Herren spüren, was solche Kämpfe wie der Verkehrsarbeiterstreik für sie bedeuten. Das muß für uns erst recht der Ansporn sein, mit verstärkten Kräften noch schneller die Bolschewisierung unserer Partei durchzuführen und mit noch größerer Kampfenergie die Massen unter unseren Fahnen zu sammeln. 860 000 Stimmen in Berlin, 1 111 000 Stimmen im gesamten Berliner Bezirk, das ist ein gewaltiges Heer, das wir jetzt in Bewegung bringen müssen.

Unsere nächste Aufgabe besteht gegenwärtig, wo der Klassenfeind versucht, den Faschismus weiter zu entfalten, darin, alles daranzusetzen, um durch die Einheitsfrontaktion das Tempo des proletarischen Aufschwungs so zu beschleunigen, daß unsere Kräfte schneller wachsen als die Kräfte der faschistischen Konzentration. In den nächsten Wochen sollen in den wichtigsten Großbetrieben die stärksten Lohnabbaumaßnahmen durchgeführt werden. Hand in Hand damit soll ein neuer Unterstützungsabbau erfolgen. Ferner ist die Liquidierung der Arbeitslosenversicherung und der Sozialversicherung vorgesehen. Durch den Wahlrechtsraub will die herrschende Klasse einen weiteren Schlag gegen die werktätige Jugend führen.

Die zentrale Aktionsaufgabe unserer Partei ist daher: Zusammenfassung aller proletarischen Kräfte, Einheitsfrontaktion gegen Lohnraub, Unterstützungsabbau und gegen die drohende faschistische Diktatur in allen ihren Formen. Stärkste Mobilisierung der Erwerbslosen an allen Stempelstellen für unsere Aktion gegen Hunger und Frost. Überall heran an die sozialdemokratischen Arbeiter und Gewerkschaftsmitglieder!

Das Wichtigste ist, daß die gesamte Arbeit unserer Parteiorganisation darauf eingestellt werden muß, nicht etwa zu war-

ten, bis eine neue Regierung mit der Verschärfung des Papenkurses beginnt. Unsere revolutionäre Gegenoffensive muß unmittelbar einsetzen. Beginnend mit dem Kampf um die kleinsten Teilforderungen, heißt es alle Kräfte der Arbeiter zusammenzufassen und sie der faschistischen Reaktion entgegenzuwerfen. Organisiert in der nächsten Woche überall Abteilungs- und Betriebsversammlungen. Schafft Einheitsausschüsse in allen Belegschaften. Führt für die wichtigsten Betriebe, wie zum Beispiel der Eisenbahn und in der Metallindustrie, Delegiertenkonferenzen durch. Alles ist jetzt abhängig von der Kraft unserer Partei, von der Wucht der Einheitsfrontaktion der Werktätigen.

*„Die Rote Fahne“ Nr. 209 und 210,
20. und 22. November 1932.*

Wir organisieren den Sieg unserer Klasse

Rede als ZK-Vertreter
auf dem Bezirksparteitag Halle-Merseburg
3. und 4. Dezember 1932

Im Namen des Zentralkomitees überbringe ich euch revolutionäre Kampfesgrüße. Das Referat und die Diskussion haben gezeigt, daß eure heutige Tagung in der Tat im Zeichen des revolutionären Vormarsches im Bezirk Halle-Merseburg steht. Auf diesem Bezirksparteitag müssen die Waffen geschmiedet werden, damit das Tempo des revolutionären Vormarsches im Bezirk beschleunigt wird, damit es uns noch schneller gelingt, breitere Massen der Arbeiter in die kämpfende Einheitsfront zu bringen.

Durch die Antifaschistische Aktion und die Einheitsfrontaktion ist es uns erstens gelungen, die mit der Papen-Regierung einsetzende faschistische Terrorwelle zurückzuschlagen, und zweitens die Durchführung der Lohnabbau-Notverordnung durch die Einheitsfrontaktion in vielen Betrieben zu verhindern. Weil Papen nicht imstande war, die Streikkämpfe, insbesondere den Berliner Verkehrsarbeiterstreik, zu verhindern und weil es ihm nicht gelang, die faschistischen Kräfte zu konzentrieren, weil die Differenzen in den Reihen des Gegners gewachsen sind, deshalb mußte Papen abtreten. Es ist richtig, wenn hier gesagt wurde: Der Hauptschlag wurde von den Berliner Verkehrsarbeitern geführt.

Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik — das große Beispiel

Die große Bedeutung des Streikes der Berliner Verkehrsarbeiter besteht darin, daß zum ersten Male in Deutschland in einem der wichtigsten Großbetriebe ein Streik selbständig unter Führung der RGO geschlossen durchgeführt werden konnte. Das zeigt das Wachsen der Kräfte der Einheitsfront und der ungeheuren Kraft, die die revolutionäre Gewerkschaftsopposition entwickeln kann, wenn sie mit ganzer Energie darangeht, die Massen der

Gewerkschaftsmitglieder und der unorganisierten Arbeiter für die gemeinsamen Kämpfe zu gewinnen.

Ihr erseht aus diesen Erfahrungen, wie der Kampf um die kleinsten Teillorderungen, gesteigert zu einer gewaltigen Streikbewegung, von der größten politischen Bedeutung ist und einen solchen Schlag gegen die drohende faschistische Diktatur darstellt, daß Papen zurücktreten mußte, weil er nicht imstande war, die Pläne der Bourgeoisie durchzuführen.

Herr Schleicher soll denselben Kurs mit etwas anderen Methoden fortsetzen. Seine Hauptaufgabe im gegenwärtigen Zeitpunkt ist ihm von der Großbourgeoisie in der Weise gestellt, daß er die Kapitaloffensive vor allem in den Großbetrieben durchsetzen soll, daß er mit Hilfe der faschistischen Machtmittel und durch die Zersetzung der Arbeiterfront mit Hilfe der noch stärkeren Heranziehung der Gewerkschaftsbükratie die Hungeroffensive der Kapitalisten durchsetzen soll. Insofern bedeuten der Lohnabbau und die Teilstreiks bei Krupp und die Lohnabbaumaßnahmen in den einzelnen Bergbaubetrieben des Ruhrgebietes ein Signal für die gesamte deutsche Arbeiterschaft. Schleicher soll nicht, wie Herr Papen, mit einem großen Programm über die Verfassungsänderung die Massen politisch aufpeitschen; er soll weniger über die Verfassungsreform reden und dafür um so schärfer den Schlag gegen die streikenden Arbeiter führen.

Die „Germania“, das Zentrumsorgan, faßt in ihrer gestrigen Ausgabe diese Aufgabe in folgender Weise zusammen:

„Man sieht jetzt offensichtlich, daß es unmöglich ist, das Haus (den Staatsapparat W. U.) umzubauen, während drinnen ein gefährliches Feuer schwelt. Und daß es nur eine nächstliegende Aufgabe geben kann, dieses Feuer (gemeint sind die revolutionäre Massenbewegung, die Streiks W. U.) zu löschen, das heißt die aus der Wirtschaftskrise resultierenden Gefahren zu bannen.“

Was sagt also die Bourgeoisie: Redet jetzt nicht vom Umbau der Verfassung, sondern sorgt dafür, daß die revolutionären Kämpfe unterdrückt werden. Sie fragt nicht: Wie kann man die Ursachen der Krise beseitigen? Denn sie hat inzwischen schon gemerkt, daß sich die Krise verschärft hat und daß es trotz der „gottgewollten“ Notverordnungen Papens nicht möglich war, die Krise zu beseitigen. Diese Erklärung des Zentrumsorgans kenn-

zeichnet das Regierungsprogramm, welches darin besteht, mit allen Mitteln den Lohnabbau vorzunehmen und gleichzeitig unter dem Deckmantel der Arbeitsbeschaffung die Arbeitsdienstpflicht auf breiter Basis durchzuführen.

Wie soll das geschehen? Eben nicht in derselben Weise wie durch Papen, sondern ein klein wenig geschickter, indem versucht wird, den Gewerkschaftsapparat für diese Maßnahmen einzusetzen und gleichzeitig die Nazis durch Posten im preußischen Staatsapparat usw. in den Staatsapparat einzubeziehen.

Diese Aufgabe Schleichers, alle faschistischen Kräfte zu konzentrieren und den ADGB-Apparat stärker in den Dienst der Kapitalsdiktatur einzuspannen, muß uns zu der Schlußfolgerung bringen, daß die wichtigste Aufgabe in der Führung der Einheitsfrontaktion gegen die Kapitaloffensive und gegen die faschistische Politik der Schleicher-Regierung der Kampf um die Gewerkschaftsmitglieder ist. Wenn nicht von diesem Bezirksparteitag aus diese Grundfrage in jede Zelle und Ortsgruppe getragen wird, bedeutet das einen Tempoverlust im Kampfe gegen die profaschistische Schleicher-Diktatur.

Drei wichtige Aufgaben des Bezirks

Ich will nur drei Momente, die von euch selbst in der Diskussion erwähnt wurden, hier unterstreichen. Das ist erstens die Frage des Standes der Partei- und der RGO-Arbeit im Leuna-Werk. Die Arbeit und die zahlenmäßige Stärke unserer Zellen der Partei- und der RGO-Gruppen im Leuna-Werk ist sehr schwach. Nicht etwa deshalb, weil die Leuna-Arbeiter nicht mit uns sympathisieren, sondern deshalb, weil unsere Parteiorganisation die Bedeutung der Arbeit unter den Leuna-Proleten unterschätzt. Ich frage die Genossen von Merseburg, Halle usw.: Was tut die Parteiorganisation unter den Leuna-Arbeitern, wenn der Absatz der „Leuna-Zeitung“ so schwach ist? Es kann sein, daß dort eine gewisse allgemeine Wahlagitatorik gemacht wird. Wir sind nicht gegen die Wahlagitatorik, aber es scheint, daß sie dort nach alten sozialdemokratischen Methoden durchgeführt wird.

Statt das Schwergewicht auf die Gewinnung der Leuna-Arbeiter

zu konzentrieren, treibt man allgemeine Agitation. Mit dieser Methode muß Schluß gemacht werden. Wenn nicht die Straßenzellen in diesen Orten sich als erste Aufgabe stellen, die bei ihnen registrierten Leuna-Arbeiter zu bearbeiten, so kann man nicht von einer bolschewistischen Arbeit dieser Parteiorganisationen sprechen.

Das zweite ist die Frage der innergewerkschaftlichen Arbeit, insbesondere im Bergbau-Industriearbeiterverband. Haben wir uns in den Belegschaftsversammlungen mit der reformistischen Bürokratie in der Frage der Verstaatlichung auseinandergesetzt? Haben wir diese Auseinandersetzungen vor der Mitgliedschaft geführt? Ein Teil unserer Genossen wartet, bis der Gegner uns angreift. Warum warten wir, bis der Gegner uns angreift? Warum greifen wir die SPD nicht in den Betrieben an? Deshalb nicht, weil unsere Organisation diese Fragen zuwenig behandelt.

Unser Funktionärkader hat sich wesentlich geändert. Viele unserer Genossen in den Ortsgruppen gehören noch keiner Gewerkschaft an. Sie wissen nicht, wie man in Betriebs- und Gewerkschaftsversammlungen für die gemeinsamen Arbeiterforderungen und gegen die Bürokratie auftreten muß. Deshalb müssen wir in allen Zellen und Versammlungen die Fragen unserer revolutionären Gewerkschaftspolitik und der Politik des ADGB durcharbeiten, damit jedes Mitglied lernt, den Kampf in seiner Abteilung, in seinem Betrieb usw. zu führen.

Und die dritte Frage, das ist die Rolle der Ortsgruppen. Das Beispiel von Elsterwerda, wo die Ortsgruppenleitung sich nicht um die Wahl im DMV gekümmert hat, ist kein Ausnahmefall. Das zeigt, daß die Ortsgruppenleitung keine Kampfleitung ist, ihre Kräfte nicht auf die Gewinnung der Gewerkschaftsmitglieder konzentriert, sondern sich auf kommunalpolitische Arbeit, auf allgemeine Agitation usw. beschränkt.

Weder die Betriebs- noch die Gewerkschaftsarbeit darf eine Ressortarbeit sein. Heute ist es so, daß der politische Leiter der Ortsgruppe die Gewerkschaftsarbeit an den RGO-Leiter abschiebt. So geht das nicht weiter. Verantwortlich ist der politische Leiter der Ortsgruppe, des Unterbezirks usw. Nur wenn die Partei endlich die Gewerkschaftsarbeit als eine ihrer Aufgaben betrachtet und der RGO durch die kommunistischen Fraktionen bei der

Durchführung ihrer Arbeiten hilft, nur dann ist es möglich, wirklich die Massen der Parteimitglieder auf diese Aufgaben einzustellen.

Der Genosse von Mansfeld stellt die Frage: Bei uns in Mansfeld ist fünfmal der Lohnabbau durchgeführt worden. Sind etwa die Mansfeld-Arbeiter schlechter als alle anderen? Darauf muß man sagen: Nein, die Mansfeld-Arbeiter sind absolut nicht schlechter. Nur weil wir es nicht verstanden haben, den Kampf zu organisieren, konnte der Lohnabbau durchgeführt werden. Auch nicht die Entlassungen sind schuld, denn in anderen Betrieben sind auch Entlassungen durchgeführt worden, und die Belegschaft hat doch gestreikt. Die Hauptursache ist: Wir vertreten die täglichen Interessen der Arbeiterschaft nicht genügend und leisten in den reformistischen Gewerkschaften keine ständige revolutionäre Arbeit. In den Weißenfelder Betrieben, wo 50 bis 60 Prozent der Arbeiter kommunistisch gewählt haben, durften unsere Genossen teilweise in den Betriebsversammlungen nicht auftreten. So wenig waren sie mit den Belegschaften verbunden.

*Verteidigung der Tagesinteressen
ist entscheidend zur Herantührung an die Massenkämpfe*

Die Ursache, warum unsere Zellen nicht schnell genug wachsen, warum unsere innergewerkschaftliche Arbeit nicht schneller fortschreitet, ist die Tatsache, daß das Schwergewicht noch nicht in der Verteidigung der kleinen Tagesinteressen im Betriebe liegt. Wenn wir nicht besser lernen, die Interessen der Arbeiter zu vertreten, dann werden sie morgen auch nicht unserem Aufruf zum politischen Massenstreik folgen. Wenn wir aber wirklich diese Interessen vertreten, wenn wir im Kampf um die kleinsten Tagesinteressen die Arbeiter vereinigen, dann werden wir in diesem Kampfe Einheitsausschüsse zusammenbringen, Protestbeschlüsse gegen das Todesurteil in Chemnitz^[28] annehmen lassen, die Belegschaften gegen alle faschistischen Unterdrückungsmaßnahmen mobilisieren, und dann werden wir auch die Arbeiter geschlossen in den Massenstreik führen können.

Das ist die Frage, um die es in der jetzigen Situation geht. Ihr sollt selbst in eurem Betriebe prüfen: Was habt ihr zum Beispiel am 20. Juli und die folgenden Tage als Zelle getan? Was habt ihr zur Durchführung der Protestaktionen gegen das Todesurteil von Chemnitz usw. getan?

Diese Aktionen im Betriebe sind der Maßstab, wie weit die Bolschewisierung der Parteiorganisation fortgeschritten ist und in welchem Tempo unsere Partei in der Gewinnung der Mehrheit der Arbeiterklasse in der Tat fortschreitet.

Die Arbeitermassen unter der Führung der Kommunistischen Partei in der kämpfenden Einheitsfront siegreich gegen den Faschismus zu führen, das ist unser Ziel.

*„Klassenkampf“, Halle, Nr. 282,
6. Dezember 1932.*

Ernst Thälmanns Vermächtnis

Aus der Rede anlässlich des 20. Jahrestages der illegalen Plenartagung des ZK der KPD am 7. Februar 1933 in Ziegenhals, Kreis Königswusterhausen

Heute vor zwanzig Jahren hat Ernst Thälmann, der Führer der deutschen Arbeiterklasse, der Führer im Kampf um die nationale und soziale Befreiung des werktätigen deutschen Volkes, das letzte Mal auf einer Tagung des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Deutschlands gesprochen.

Ernst Thälmann sprach vor dem Zentralkomitee, das er selbst im Kampfe um die Aneignung der Lehre des Marxismus-Leninismus geschmiedet hatte, über die durch die Machtergreifung des Hitlerfaschismus entstandene neue Lage und die Aufgaben der Partei und der Arbeiterklasse. Im Mittelpunkt seiner fast vierstündigen Ausführungen stand die Gewinnung der sozialdemokratischen Werktätigen und der Gewerkschaftsmitglieder für die Aktionseinheit. Die Rede Ernst Thälmanns ist leider nicht in ihrem vollständigen Text vorhanden. Es war aufgefallen, daß in diesem abgelegenen Lokal eine Tagung stattfand, und ich als Versammlungsleiter war wegen der Gefahr des Auffliegens gezwungen, die Sitzung kurz vor Beendigung des Referates des Genossen Thälmann abzubrechen.

Weit vorausschauend, erklärte Ernst Thälmann in seiner Rede am 7. Februar 1933:

Mit Hitler ist der Mann Reichskanzler geworden, der die Kriegserklärung an die Sowjetunion zur Richtschnur seiner Außenpolitik gemacht hat. Das Proletariat und die Werktätigen der ganzen Welt blicken auf uns und auf das deutsche Proletariat. Die russischen Arbeiter und Bauern blicken auf uns. Jetzt sind in höchstem Grade entscheidende Wochen. Der Kampf, der vor uns liegt, ist der schwerste, den die Partei zu bestehen hat. Er kann nicht verglichen werden mit den Jahren seit 1923. Er gibt jedem Kommunisten eine noch höhere Verantwortung als selbst in der damaligen Situation . . .

Das Kabinett Hitler-Hugenberg-Papen ist die offene faschistische Diktatur. Was die Zusammensetzung der Regierung anbetrifft, so kann es in Deutschland eine weitere Steigerung in der Richtung des offenen Faschismus kaum mehr geben. Wohl aber gibt es in den Methoden dieser Regierung der offenen faschistischen Diktatur noch eine ganze Reihe von Steigerungsmöglichkeiten. Jeder Zweifel darüber, daß diese Regierung vor irgendwelchen Methoden des äußersten Terrors zurückschrecken würde, wäre sehr gefährlich.

Es ist der Bourgeoisie Ernst damit, die Partei und die ganze Avantgarde der Arbeiterklasse zu zerschmettern. Sie wird deshalb kein Mittel unversucht lassen, um dieses Ziel zu erreichen. Also nicht nur Vernichtung der letzten spärlichen Rechte der Arbeiter, nicht nur Parteiverbot, nicht nur faschistische Klassenjustiz, sondern alle Formen des faschistischen Terrors; darüber hinaus: Masseninternierung von Kommunisten in Konzentrationslagern, Lynchjustiz und Meuchelmorde an unseren tapferen antifaschistischen Kämpfern, insbesondere an kommunistischen Führern — das alles gehört mit zu den Waffen, deren sich die faschistische Diktatur uns gegenüber bedienen wird. Schon die ersten Tage der Hitler-Regierung beweisen den ganzen tiefen Ernst der Situation. Es wäre ein Verbrechen, irgendwelche legalistischen Illusionen in unseren Reihen zu dulden. Wir müssen in der ganzen Arbeiterklasse darüber Klarheit schaffen, daß es keine andere Art der Ablösung dieser Regierung geben kann als ihren revolutionären Sturz. Das bedeutet nicht, daß der Sturz der Hitler-Regierung und der Sieg der proletarischen Revolution unbedingt ein und dasselbe sein müssen. Wir stellen die Frage des Kampfes für den Sturz der Hitler-Regierung, die Frage der Beseitigung der Hitler-Hugenberg-Regierung als unmittelbare Aufgabe . . .

Ernst Thälmann wandte sich in seiner letzten Rede entschieden gegen jede Theorie des „Abwirtschaftenlassens“ der Hitler-Regierung.

Der wüste faschistische Terror in Deutschland, dem wir jetzt entgegengehen, erklärte er, ändert nichts an unserer revolutionären Perspektive. Sowenig wir eine Unterschätzung der Hitler-Regierung, der furchtbaren Gefahr, die der Arbeiterklasse Deutschlands von der offenen faschistischen Diktatur droht, dulden, so-

wenig lassen wir eine Überschätzung dieser Regierung, ihrer Festigkeit und Widerstandsfähigkeit gegenüber dem Proletariat zu...

Was ist die Bilanz unseres bisherigen Kampfes gegen den Faschismus? fragte Genosse Thälmann und antwortete: Wir waren nicht imstande, die Aufrichtung der faschistischen Diktatur bis zur heutigen offenen faschistischen Diktatur zu verhindern, obwohl wir den Kampf der Massen dafür organisiert haben. Das ist gewiß eine ernste negative Feststellung... Wenn wir nicht mehr erreichen konnten, so deshalb, weil wir den Einfluß der SPD- und ADGB-Führer sowie der christlichen Gewerkschaftsführer auf breite Arbeitermassen nicht in dem erforderlichen Maße zu liquidieren vermochten. Uns hemmten in diesem Kampf die Mängel unserer Gewerkschaftsarbeit, Betriebsarbeit, die Mängel bei der Verwirklichung der Einheitsfront und im prinzipiellen Kampf gegen die sozialdemokratischen Betrugsmanöver. Wir haben in der Vergangenheit nur insoweit Erfolge im Kampf gegen den Faschismus erzielen können, wie es uns gelang, diese Mängel zu überwinden...

Hier möchte ich etwas aus den Aufzeichnungen, die Genosse Thälmann im Gefängnis gemacht hat, einflechten. Er nimmt dort zu einem ihm bekannt gewordenen Aufsatz Stellung, in dem die trotzkistische Neumann-Remmele-Gruppe verurteilt wird. Ernst Thälmann schreibt, daß die trotzkistische Neumann-Remmele-Gruppe die Schwierigkeiten des Kampfes gegen den Hitlerfaschismus zum Vorstoß gegen das Zentralkomitee und gegen dessen Vorsitzenden, Genossen Thälmann, auszunutzen versucht. Früher hatte Neumann im Zentralkomitee des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands einmal unter anderem gesagt: „Die proletarische Revolution wird erst über die faschistische Diktatur denkbar sein.“ Ernst Thälmann nennt diese trotzkistische Gruppe ein schmutziges Lügenpack und Verräterpack und schreibt:

„Sie tragen einen Teil der Mitschuld und Hauptverantwortung, daß unsere Partei nicht rechtzeitig genug aktiver und lebendiger wurde auf einzelnen Gebieten des politischen Massenlebens. Zwei Jahre eher den Durchbruch gegen die getarnt vorhandenen sektiererischen und opportunistisch vermengten Auffassungen, die sie förderten, dann wären

wir Schritte weiter gewesen, als es so der Fall war. Ob die Entwicklung einen anderen Lauf genommen hätte, ist stark zu bezweifeln, denn die Linie und Politik der Partei waren nicht falsch, aber eine richtige Politik mit schleichenden Hemmungen ist soviel wie ein Rad, in dem Speichen fehlen, wodurch die Stärke des Ganzen herabgemindert wird."

In seiner Rede im Zentralkomitee am 7. Februar erklärte Ernst Thälmann weiter:

Wie ist die Lage heute gegenüber der Hitler-Regierung? Wir riefen bei ihrer Machtübernahme zum Streik auf, zur unmittelbaren Mobilisierung der Massen von unten. Für diese Losungen richteten wir ein Einheitsfrontangebot an die SPD, den ADGB, AfA-Bund und die christlichen Gewerkschaften in der Linie der konkreten Aufforderung, gemeinsam mit uns den Generalstreik durchzuführen. Wir führten also in dieser besonderen Situation eine Einheitsfronttaktik von unten und oben durch. Wir hatten in der Mobilmachung der Massen bezüglich der Durchführung von Demonstrationen und des wehrhaften Massenkampfes gegen den faschistischen Mordterror Erfolge. Streiks jedoch konnten wir nur in geringerem Umfange auslösen.

Ernst Thälmann erklärte in seiner Rede, daß dieser Mißerfolg kein Grund zum Pessimismus sei. Die täglichen Demonstrationen, Zusammenstöße, Kampfhandlungen in allen Teilen des Reiches seien der beste Ausdruck dafür, wie geladen die ganze Atmosphäre ist.

Wenn in ganz Deutschland kein Tag vergeht, fuhr er fort, wo nicht an ein paar Stellen Feuergefechte zwischen faschistischen Terrorbanden und der Arbeiterschaft stattfinden, sei es mit Kommunisten oder Reichsbannerleuten, so sind das bestimmte Elemente des Bürgerkrieges, die wir sehen und bei unserer Beurteilung der Lage und der Aufgaben berücksichtigen müssen... Worauf kommt es jetzt vor allem an? Wir müssen erreichen, daß die Kette der Massenaktionen und Massenkämpfe gegen die faschistische Diktatur in ganz Deutschland nicht mehr abreißt... Das ist es, was wir für ganz Deutschland, aber auch für jeden einzelnen Bezirk als Aufgaben stellen. Eine Kette ununterbrochener, miteinander verflochtener und sich gegenseitig ablösender Aktionen, die Entfaltung aller Formen des Massenwiderstandes und

Massenkampfes gegen die faschistische Diktatur — das ist die entscheidende Aufgabe im Kampf um die proletarische Mehrheit . . .

In diesem Zusammenhang, Genossen, eine ernste Erwägung: Falls die Reichstagswahlen vom 5. März den Nationalsozialisten, vor allem auf dem Lande und vielleicht auf Kosten der Deutschnationalen, ein mehr oder weniger günstiges Resultat bringen würden, ist es sehr wahrscheinlich, daß die Hitlerpartei eine solche Stimmung für weitere faschistische Staatsstreichaktionen zur Festigung und Erweiterung ihrer Macht ausnutzen wird. Wir haben Kenntnis von den Plänen der Nationalsozialisten, einen Marsch auf Berlin im Anschluß an den 5. März durchzuführen. Mit einer solchen Konzentration ihrer eigenen Militärformationen wollen sich die Nazis mehr oder weniger unabhängig von den deutschnationalen Regierungskollegen und auch von der Reichswehr und Polizei machen, um diese legalen Machtinstrumente des Staates so gut wie restlos unter ihren Einfluß zu bringen . . .

Gegenüber solchen Genossen, die jetzt denken, daß die Partei vielleicht noch vor den Wahlen verboten wird, man also keinen Wahlkampf mehr zu führen braucht, müssen wir sagen, erklärte Ernst Thälmann, daß wir im Gegenteil die allerstärkste Aktivität entfalten müssen. Wir müssen die Hitler-Regierung vor den Massen als Regime des faschistischen Terrors, der kapitalistischen Anschauungen und des imperialistischen Krieges, als Regierung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer entlarven. Wir müssen die parlamentarischen, demokratischen und legalistischen Illusionen in den Massen im schärfsten ideologischen Kampf gegen die betrügerischen Parolen der SPD beseitigen. Wir müssen den Kampf um die sozialdemokratischen Arbeiter zur Teilnahme an gemeinsamen Aktionen und Kämpfen gegen die faschistische Diktatur aufs stärkste steigern. Wir müssen überall den gemeinsamen Massenselbstschutz aufziehen, einen Patrouillendienst in den Arbeitervierteln, die Möglichkeit von rascher Alarmierung der Arbeiterschaft gegen faschistische Überfälle usw. organisieren. Wir müssen anläßlich des drohend bevorstehenden Parteiverbotes die Rolle der Partei immer deutlicher als der einzigen Partei eines realen, positiven Auswegs aus der Krise, als der einzigen Partei der Verteidigung der Interessen der werktätigen

Massen herausarbeiten. Wir müssen die Aktivität zum Schutz der Partei und der proletarischen Führer zur Entfaltung bringen und eine solche Stimmung in den Massen schaffen, daß ein Verbot der KPD von den Massen mit der Entfaltung der größten Kampffraktion beantwortet wird. Wir müssen anlässlich des bevorstehenden Streikverbots die Schaffung von illegalen betrieblichen Streikkassen endlich in die Tat umsetzen.

Wir müssen eine zündende Massenarbeit unter den Bauern, den Kleinbauern und Landarbeitern entfalten, fuhr Ernst Thälmann fort, weil auf dem Lande die stärkste Basis für die faschistische Diktatur und die Nazibewegung vorhanden ist. Wir dürfen die Bauernmassen nicht den Nationalsozialisten überlassen, die unter ihnen einen Siegestaumel zu erzeugen versuchen. Viele Bauern glauben trotz ihrer trostlosen und elenden Lage gegenwärtig an die Hitler-Hugenberg-Regierung. Auch hier gilt es für uns, wirkliche Aktionen der Bauern im Kampfe gegen den Steuerwucher durchzusetzen, Massendemonstrationen vor den Finanzämtern und weitgehende Kampffraktionen. Wir müssen unter diesen Massen der Dorfarmut, der Zwerg- und Kleinbauern und auch der Mittelbauern eine breite Propaganda entfalten, indem wir vor ihnen die Agrarpolitik der Hitler-Hugenberg-Regierung als eine Politik ausschließlich zum Nutzen der Großagrarien entlarven...

Ernst Thälmann mahnte: Wir dürfen die heutige Arbeit der Partei nicht gleichstellen mit der Arbeit vor ungefähr drei oder sechs Monaten. Wir müssen die Kraftanstrengungen verdoppeln und verdreifachen. Wir müssen in jedem Genossen das Bewußtsein für die Verantwortung der Partei vor der Arbeiterklasse erwecken. Das erfordert, daß jede Bezirksleitung mit größter Gründlichkeit, ohne vor stundenlangen Erörterungen zurückzuschrecken, untersuchen muß, welche Tatsachen im Leben des Proletariats zu verzeichnen sind, die in dieser Situation für die Kampforganisation, für die Überwindung des großen Tempoverlustes, den wir in ganz Deutschland haben, ausgenutzt werden können. Darüber hinaus müssen wir immer stärker, auch propagandistisch, unsere Kader und die Massen auf die höheren revolutionären Aufgaben vorbereiten...

Nehmen wir die Frage des wehrhaften Massenkampfes gegen den blutigen faschistischen Terror. Es ist klar, daß man heute die

Frage nicht so stellen kann wie vor dem 30. Januar. Gegenüber Überfällen auf Arbeiterhäuser, Parteihäuser, Gewerkschaftshäuser, Arbeiterlokale und Wohnungen unserer Funktionäre, aber auch von solchen der SPD, des Reichsbanners und der Gewerkschaften, wobei die Nazis mit dem Revolver und der Handgranate vorgehen, können wir nicht mit Parolen und Protesten antworten. Hier müssen wir die Massen zu höheren Formen der wehrhaften Massennotwehr, der geschlossenen aktiven Verteidigung des Arbeiterlebens und Arbeitereigentums erziehen. Das bedeutet keine Konzession an den individuellen Terror. Das bedeutet erst recht keine Abschwächung des Kurses auf die ideologisch-politische Offensive unter den nationalsozialistischen Werktätigen. Wir müssen durch unseren Kampf gegen die Hitler-Regierung den „Begeisterungstaumel“ der ersten Tage bei manchen Teilen der Nazis überwinden und immer mehr differenzieren zwischen den aktiven terroristischen Landsknechten des Faschismus und zwischen den breiten Massen der werktätigen Anhängerschaft der Nazis. Darüber hinaus müssen wir auch unter den SA-Leuten eine entsprechende Tätigkeit zur Zersetzung dieser terroristischen Formationen der Bourgeoisie entfalten ...

Ernst Thälmann schloß:

Zusammengefaßt, Genossen:

Eisernen Kurs auf die Sicherung der Partei und ihre Fortführung trotz aller Anschläge des faschistischen Terrors!

Einheitsfrontpolitik zur Kampfmobilisierung!

Konzentration aller Kräfte auf die Entfaltung jeder Form des Massenwiderstandes, der Massenaktionen und Massenkämpfe auf der Linie: Demonstrationen, Streiks, Massenstreiks, Generalstreiks gegen die faschistische Diktatur!

Stärkster Kurs auf die Zerschlagung aller parlamentarischen Illusionen, auf die Erziehung der Massen zum außerparlamentarischen Massenkampf!

Höchste Entfaltung der Masseninitiative, der eigenen Aktivität und Selbständigkeit der unteren Einheiten und Leitungen!

Das alles zu verwirklichen heißt: die faschistische Diktatur schlagen und zerschlagen! Vorwärts in diesem Kampf! Erfüllt eure revolutionäre Pflicht für den Sieg der deutschen Arbeiterklasse und des werktätigen Volkes!

So charakterisierte Ernst Thälmann in seiner von Kampfgeist erfüllten Rede auf der Zeuthener Tagung des Zentralkomitees die neue Lage und die Kampfaufgaben der antifaschistischen Kräfte. Am eindringlichsten erklärte Ernst Thälmann den Parteimitgliedern die Notwendigkeit, alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Aktionseinheit mit den Sozialdemokraten herbeizuführen. Im Auftrag von Ernst Thälmann hatte ich bereits am 30. Januar 1933 dem Parteivorstand der Sozialdemokratischen Partei den Vorschlag des Zentralkomitees der KPD auf Schaffung der Aktionseinheit gegen die faschistische Diktatur der Hitler-Hugenberg-Regierung, für die gemeinsame Durchführung des Generalstreiks übermittelt, den die sozialdemokratische Parteiführung nicht beantwortete.

Im Sinne seiner Rede im Zentralkomitee vom 7. Februar 1933 richtete Ernst Thälmann daher am 27. Februar einen offenen Brief an die sozialdemokratischen und christlichen Arbeiter Deutschlands, an die Kollegen der freien Gewerkschaften und an die Reichsbannerkameraden zur Schaffung der antifaschistischen Einheitsfront. In diesem offenen Brief wandte sich Ernst Thälmann mit folgenden Worten an die sozialdemokratischen Klassen-genossen:

„Wie am 20. Juli des vergangenen Jahres, so richtete am 30. Januar dieses Jahres anlässlich der Machtergreifung Hitlers die KPD erneut ihr Angebot zum gemeinsamen Kampf an die Sozialdemokratie, an den ADGB und AfA-Bund, an die christlichen Gewerkschaften. Eure Führer sind auf diese Einheitsfrontvorschläge nicht eingegangen.

Im Namen von Hunderttausenden Mitgliedern der Kommunistischen Partei, im Namen der mehr als sechs Millionen Arbeiter, Arbeiterinnen und Jungarbeiter, die bei der letzten Reichstagswahl ihr Vertrauen zur Kommunistischen Partei bekundeten, reiche ich euch, den Mitgliedern und Funktionären der SPD, der freien Gewerkschaften und darüber hinaus den Millionenmassen parteiloser Arbeiter die Bruderhand zum gemeinsamen Kampfbündnis gegen den Faschismus.

Die faschistischen Meuchelmörder, die mit Dolchen, Revolvern und Bomben gegen Arbeiter wüten, machen keinen Unterschied, ob ihr das Mitgliedsbuch der KPD, der SPD oder der christlichen Gewerkschaften in der Tasche tragt. So darf auch im Freiheitskampf aller Antifaschisten die Parteizugehörigkeit kein Hindernis sein, gemeinsam zu marschieren, gemeinsam zu kämpfen...

Wenn wir, die Arbeiter, Arbeiterinnen und Arbeiterjugend, deren Hände alle Werte erschaffen, Schulter an Schulter zusammenstehen, wenn wir gemeinsam kämpfen, sind wir unüberwindlich. Wenn wir gemeinsam kämpfen, werden wir Millionen von armen Bauern auf dem Lande, Millionen von Angestellten, Beamten, Mittelständlern in den Städten mit uns reißen in die gemeinsame Front des antifaschistischen Freiheitskampfes!

Nehmt in euren Organisationen zu diesem Einheitsfrontangebot der Kommunistischen Partei Deutschlands Stellung! Beratet gemeinsam mit kommunistischen Klassengenossen die notwendigen Kampfmaßnahmen! Bildet gemeinsam mit uns Kommunisten den Selbstschutz, die Kampffront der Betriebe und Stempelstellen! Schafft gemeinsam mit uns breite Massenorgane der proletarischen Einheitsfront, in denen kameradschaftlich und brüderlich Kommunisten und Sozialdemokraten, christliche Arbeiter und Freidenker, Organisierte und Unorganisierte zusammenarbeiten und gemeinsam den Kampf organisieren!

In bezug auf den Faschismus schreibt Ernst Thälmann in seinen Aufzeichnungen, daß Faschismus und Nationalismus wesensverwandt sind. Der Faschismus habe seine Wurzeln im Kapitalismus, in seiner letzten Etappe. Charakteristisch sei folgendes: Bankrott des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie, die Sozialdemokratie gibt parlamentarisch-demokratische Politik als „Marxismus“ aus und tut im übrigen alles, um den Faschisten den Weg zu bereiten und die antifaschistischen Kräfte zu spalten (20. Juli 1932, 30. Januar 1933, Notverordnungen, Verkehrsarbeiterstreik, Republikenschutzgesetz, RFB-Verbot, Verfolgung der KPD, Hindenburgwahl, Verbot der Einheitsfront). Je mehr das parlamentarische System Bankrott machte, um so schamloser stellten sich seine Verteidiger in den Dienst des Monopolkapitals und der Großagrarien. Während die breiten Schichten der Arbeiter, der werktätigen Bauern und des städtischen Mittelstandes die Wirtschaftskrise mit ihrer Massenarbeitslosigkeit, schwindenden Kaufkraft, Senkung der Löhne und Gehälter, Steigerung der Steuern über sich hereinbrechen sahen, erfolgten auf der anderen Seite Subventionen, Steuergeschenke, Kredite und Vorschüsse an das Großkapital...

Die nationale Demagogie der Faschisten konnte sich auf diesem Boden mit Hilfe der Sozialdemokraten (mittelbar und unmittelbar) entfalten und fand stärksten Anklang im Kleinbürgertum, bei

den Angestellten und Beamten-schichten, besonders unter der Jugend (Hochschulen, höhere Schulen und der Jugend auf dem Lande), die keinen Weg in die Zukunft sah, im Bauerntum und schließlich auch unter Teilen der Arbeitslosen. Viele vom Schicksal Bedrohte bildeten die Kader der faschistischen Massenorganisation. Hemmungslose Agitation und Demagogie, um den Masseneinfluß zu verbreitern und zu vertiefen, unter gleichzeitiger Sicherung durch militärische und andere autoritäre Maßnahmen. Militärische Gliederung und diktatorisches Führerprinzip in allen Fragen. Durch das demagogische Auftreten des Hitlerfaschismus gegen die Notverordnungen, für den „deutschen Sozialismus“, gegen „Zinsknechtschaft“ und „Parteibuchbeamtentum“, „gegen Versailles und Youngplan“ wurden breite Kreise der Bevölkerung irreführt.

Ernst Thälmann zeigt dann in seinen Aufzeichnungen, wie seit dem 30. Januar, dem Tage der Machtübernahme durch die Hitler-Regierung, die Hitlerpartei immer offener bewies, daß sie im Dienste der herrschenden großkapitalistischen Wirtschaftskreise stand.

Die Einschätzung des Hitlerfaschismus, die Ernst Thälmann auf der letzten Tagung des Zentralkomitees in Zeuthen im Jahre 1933 gegeben hat, stimmt völlig mit der Einschätzung überein, die später in der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ erfolgte. In der „Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion“ wird gesagt, daß die lang anhaltende Krise von Industrie und Landwirtschaft, die ungeheure Arbeitslosigkeit und die zunehmende Existenzunsicherheit der besitzlosen Klassen, die Unzufriedenheit der Arbeiter und Bauern verstärkt hatte. Die Unzufriedenheit begann in revolutionäre Empörung der Arbeiterklasse umzuschlagen. Das kam in den sechs Millionen Stimmen zum Ausdruck, die die Kommunistische Partei Deutschlands bei den Reichstagswahlen 1932 erhielt. Die deutsche Bourgeoisie erkannte, daß die Arbeiterklasse die bürgerlich-demokratischen Freiheiten für die Entfaltung der revolutionären Bewegung ausnutzen konnte. Deshalb kam sie zu dem Schluß, daß es für die Erhaltung der Macht der Bourgeoisie in Deutschland nur das eine Mittel gab: die bürgerlichen Freiheiten zu vernichten, das Parlament völlig auszuschalten und eine terroristische bürgerlich-

nationalistische Diktatur zu errichten. In der Überzeugung, daß die Partei der Faschisten erstens die reaktionärste und arbeiterfeindlichste Partei der imperialistischen Bourgeoisie und zweitens die extremste der Revancheparteien darstellt, die die Millionenmassen des nationalistisch gestimmten Kleinbürgertums mit sich zu reißen vermag, rief die Bourgeoisie die Nazipartei an die Macht.

Genosse Stalin erklärte bei seiner Analyse der Ereignisse in Deutschland auf dem XVII. Parteitag der Kommunistischen Partei der Sowjetunion:

„In diesem Zusammenhang darf man den Sieg des Faschismus in Deutschland nicht nur als Zeichen der Schwäche der Arbeiterklasse und als Ergebnis der Verrätereien an der Arbeiterklasse seitens der Sozialdemokratie betrachten, die dem Faschismus den Weg ebnete. Man muß ihn auch als Zeichen der Schwäche der Bourgeoisie betrachten, als Zeichen dafür, daß die Bourgeoisie nicht mehr imstande ist, mit den alten Methoden des Parlamentarismus und der bürgerlichen Demokratie zu herrschen, und in Anbetracht dessen gezwungen ist, in der Innenpolitik zu terroristischen Regierungsmethoden zu greifen.“¹

Mit der Machtübertragung an die deutschen Faschisten bildete sich im Zentrum Europas der zweite Kriegsherd.

*Rede, gehalten am 7. Februar 1953
am gleichen Ort.*

¹ J. Stalin, „Fragen des Leninismus“, S. 522.

Anmerkungen

- ¹ *Entente-Ultimatum* — Am 5. Mai 1921 richteten die Alliierten an Deutschland ein Ultimatum, in dem sie die Annahme der Forderungen der Reparationskommission und die Erfüllung aller übrigen Bedingungen des Versailler Friedensvertrages über die Abrüstung und die Auslieferung der Kriegsschuldigen verlangten. Die Alliierten drohten, im Falle der Weigerung, diese Verpflichtungen zu übernehmen, das Ruhrgebiet zu besetzen. S. 50.
- ² *Orgesch* — Abkürzung für Organisation Escherich, 1920 von dem bayrischen Reaktionär Escherich gegründet. Eine der ersten faschistischen Mordorganisationen, die von der Bourgeoisie zur Unterdrückung der revolutionären Arbeiterbewegung eingesetzt wurden. S. 51.
- ³ *Die II^{1/2}. Internationale* — „Internationale Arbeitervereinigung sozialistischer Parteien“ — wurde im Februar 1921 in Wien auf einer Konferenz zentristischer Parteien und Gruppen gebildet, die unter dem Druck der revolutionär gesinnten Arbeitermassen aus der II. Internationale ausgetreten waren. Im Jahre 1923 vereinigte sich die II^{1/2}. Internationale wieder mit der II. Internationale. S. 53.
- ⁴ *Amsterdamer* — Gemeint sind die Führer der reformistischen Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale, die im Juli 1919 auf einem internationalen Kongreß in Amsterdam gegründet wurde. S. 71.
- ⁵ *Gefahr des Faschismus* — Bereits im Jahre 1923 gab es in Deutschland Organisationen (wie Stahlhelm, Jungdo, Wehrwolf, NSDAP und dergleichen), deren Mitglieder von den deutschen Arbeitern als Faschisten bezeichnet wurden, da sie die gleichen reaktionären Gewaltmethoden anwandten wie die in Italien im Jahre 1922 zur Macht gelangten italienischen Faschisten. S. 75.
- ⁶ *Note vom 13. November 1922* — Die Regierung Wirth richtete auf Anraten der Engländer am 13. November 1922 an die Reparationskommission eine Note, in der sie um ein Moratorium auf drei bis vier Jahre ansuchte. Die deutsche Note wurde von der Kommission nicht behandelt. Die Regierung Wirth trat zurück, und eine neue Regierung unter Leitung des Beauftragten des Monopolkapitals, des Hapag-Direktors Cuno, wurde gebildet. S. 86.

- ⁷ *Heidelberger Parteitag der KPD* — Auf dem 2. Parteitag, der vom 20. bis 23. Oktober 1919 illegal stattfand, kam es zu einer Spaltung in der Kommunistischen Partei Deutschlands. Auf dem Parteitag trat eine Gruppe von „Linken“ als Verteidiger anarchosyndikalistischer Auffassungen auf: des Parlamentsboykotts, der Negierung des politischen Kampfes, der Ablehnung einer oppositionellen Mitarbeit in den reformistischen Gewerkschaften usw. Die „Linken“ blieben in der Minderheit und wurden aus den Reihen der Partei ausgeschlossen. Sie schufen ihre eigene Organisation — die sogenannte *Kommunistische Arbeiterpartei Deutschlands (KAPD)* —, die in der Folge zu einer konterrevolutionären anarchosyndikalistischen Gruppe entartete. S. 93.
- ⁸ *Emmingersches System* — Erich Emminger, Reaktionär, Mitglied der Bayerischen Volkspartei, war bis April 1924 Reichsjustizminister. E. führte eine nach ihm benannte Justiz„reform“ durch. S. 162.
- ⁹ *Hindenburgrummel* — Am 2. Oktober 1927 wurde der 80. Geburtstag des kaiserlichen Generalfeldmarschalls von Hindenburg von den bürgerlich-nationalistischen Kreisen und den sozialdemokratischen Führern mit großem Lärm begangen. S. 257.
- ¹⁰ *IAH* — Abkürzung für Internationale Arbeiterhilfe. Sie entstand am 12. August 1921 mit der Konstituierung des „Auslandkomitees zur Organisierung der Arbeiterhilfe für Sowjetrußland“, das die internationale Arbeiterbewegung für die Unterstützung der infolge einer ausgedehnten Dürre von Hunger heimgesuchten russischen Arbeiter und Bauern mobilisierte. In der Folgezeit führte die IAH trotz Behinderungsmaßnahmen der kapitalistischen Regierungen und der opportunistischen Arbeiterführer umfangreiche Hilfsaktionen zur Unterstützung der kämpfenden Arbeiter der verschiedensten Länder und zur Milderung der Not der von Naturkatastrophen betroffenen Völker durch. S. 307.
- ¹¹ *Beschluß des EKKI und Beschluß des Zentralkomitees der KPD* — In Verbindung mit dem Angriff der Versöhner gegen Genossen Thälmann hatten das Exekutivkomitee der Kommunistischen Internationale sowie das Zentralkomitee der KPD einen Beschluß über den Kampf gegen das Versöhnertum und gegen die rechte Abweichung in der KPD gefaßt. S. 350.
- ¹² *Langnamverein* — Eine der reaktionärsten führenden Unternehmerorganisationen der Schwerindustrie Westdeutschlands, der „Verein zur Wahrung der gemeinsamen wirtschaftlichen Interessen im Rheinland und Westfalen“. S. 359.

- ¹³ *Barrikadenkämpfe in Berlin* — Vom 1. bis 3. Mai 1929 fanden in Berlin unter Führung der KPD gewaltige Protestkundgebungen der Arbeiterschaft gegen das Verbot der Maidemonstration in Berlin statt. Es kam zu schweren Zusammenstößen mit der Polizei des sozialdemokratischen Polizeipräsidenten Zörgiebel, die rücksichtslos von der Schußwaffe Gebrauch machte und 33 Arbeiter tötete. Zur Abwehr der Polizeiangriffe errichteten die Arbeiter Barrikaden. S. 424.
- ¹⁴ *Youngplan* — Ein nach dem amerikanischen Bankier Owen Young benannter Plan zur Regelung der deutschen Reparationszahlungen, der am 1. September 1930 in Kraft trat. Dieser Plan bedeutete einseitige Abwälzung der Kriegslasten auf das Volk und unterwarf die Massen dem Doppeljoch des deutschen und des amerikanischen Monopolkapitals. S. 458.
- ¹⁵ *Artikel 48* — Mit dem Artikel 48 der Weimarer Verfassung erhielt der Reichspräsident die Möglichkeit, alle verfassungsmäßig festgelegten Grundrechte der Bürger willkürlich außer Kraft zu setzen. Die Brüning-Regierung benutzte diesen Artikel, um eine Anzahl arbeiterfeindliche „Notverordnungen“ zu erlassen. S. 477.
- ¹⁶ *Hermann-Müller-Regierung* — Koalitionsregierung, die unter der Leitung des rechten sozialdemokratischen Führers Hermann Müller 1928 gebildet wurde. Unter der Hermann-Müller-Regierung wurde der Bau der Panzerkreuzerserie ABC beschlossen und ein weiterer Abbau der Löhne durchgeführt. S. 481.
- ¹⁷ *Wahlkampf* — Gemeint sind die Auseinandersetzungen während der Reichstagswahlen am 14. September 1930, die gekennzeichnet waren durch einen Stimmenzuwachs der KPD (von 3 264 000 auf 4 592 000), durch einen Stimmenverlust der SPD und gleichzeitig durch ein Ansteigen der Stimmen für die Nazipartei. S. 494.
- ¹⁸ *Brüning-Diktatur* — Im März 1930 bildete der Zentrumsführer Brüning eine Regierung, der das Zentrum, die Bayerische Volkspartei, die Staatspartei, die Deutsche Volkspartei und die Volkskonservative Partei angehörten. S. 498.
- ¹⁹ *Weißer Mäuse und Blindschleichen* — Mit weißen Mäusen und Blindschleichen versuchten die Hitlerfaschisten, Versammlungen von Arbeiter- und anderen linksgerichteten Organisationen zu stören. S. 528.
- ²⁰ *Volksbegehren* — Gemeint ist das Volksbegehren des „Stahlhelms“ zur Auflösung des Preußischen Landtags, dem sich die bürgerlichen Rechts- und Mittelparteien mit Ausnahme des Zentrums angeschlossen hatten. S. 540.

- ²¹ *Frühere Offiziere* — Zu den Offizieren, die sich von den Nazis abwandten, gehörte auch der frühere Reichswehrleutnant Richard Scheringer, der am 19. März 1931 seinen Austritt aus der NSDAP erklärte und der KPD beitrug. Mit einer Erklärung wandte sich Leutnant Scheringer endgültig von Hitler und dem Faschismus ab und reihte sich in die unter Führung der KPD stehende Front der nationalen und sozialen Befreiung des deutschen Volkes ein. Scheringer ist heute Mitglied des Parteivorstandes der KPD. S. 541.
- ²² *EVMB* — Abkürzung für „Einheitsverband der Metallarbeiter Berlin-Brandenburg“, der sich der revolutionären Gewerkschaftsopposition anschloß. S. 557.
- ²³ *Harzburger Front* — Am 10. Oktober 1931 fand in Harzburg eine gemeinsame Tagung der Nazi-partei, der Deutschnationalen Volkspartei, des Stahlhelms und anderer reaktionärer Organisationen statt, auf der die „Harzburger Front“, ein reaktionärer Block, gebildet wurde. S. 559.
- ²⁴ *„Funke“* — Funktionärorgan des Bezirks Berlin-Brandenburg der KPD. S. 570.
- ²⁵ *Papen-Regierung* — Die im Juni 1932 von dem preußischen Junker und führenden Mitglied des Herrenklubs, von Papen, gebildete Regierung, der 6 Vertreter des Junkertums und mehrere Mitglieder großer Monopolverbände, darunter der IG Farben, angehörten. S. 592.
- ²⁶ *Staatsstreich 20. Juli* — Am 20. Juli 1932 setzte der von Hindenburg zum Reichskommissar von Preußen ernannte Reichskanzler von Papen die sozialdemokratische Braun-Severing-Regierung in Preußen ab und übergab die vollziehende Gewalt dem Reichswehrminister. Das von der KPD an die Führung der SPD und des ADGB gerichtete Generalstreikangebot wurde von den rechten Führern der SPD abgelehnt. S. 593.
- ²⁷ *Neumann-Gruppe* — Eine parteifeindliche Gruppierung, die später aus der Kommunistischen Partei ausgeschlossen wurde und zur offenen Agententätigkeit überging. In der Partei führte diese Gruppe einen prinzipienlosen Kampf gegen den Genossen Ernst Thälmann. S. 640.
- ²⁸ *Todesurteil in Chemnitz* — Am 15. November 1932 wurde der Arbeiter Ferdinand Bartl vom Chemnitzer Schwurgericht zum Tode verurteilt. In einem Akt der Notwehr hatte sich Bartl gegen einen Überfall durch den Nationalsozialisten Krebeck mit der Waffe zur Wehr gesetzt. S. 651.

INHALT

<i>Vorbemerkung</i>	5
1918—1923	
Die Novemberrevolution und der Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Nachkriegskrise des deutschen Kapitalismus	7—153
Der Zusammenbruch Deutschlands im ersten Weltkrieg und die Novemberrevolution	9—40
Der falsche Weg der deutschen Sozialdemokratie vor dem ersten Weltkrieg	9
Der offene Übergang der deutschen Sozialdemokratie in das Lager des kaiserlichen Imperialismus	13
Die Wirkung der Großen Sozialistischen Oktoberrevolution auf die Entwicklung in Deutschland	15
Das Anwachsen der Streikbewegung und der Plan der deutschen Bourgeoisie, auch in der Niederlage ihre Machtpositionen zu retten	19
Die Novemberrevolution	22
„Die Sozialisierung marschiert“	30
Die Verhinderung der Bodenreform	31
Der erste Reichsrätekongreß	32
Der Angriff der Konterrevolution	35
Ergebnisse und Lehren der Novemberrevolution	39
Die geschichtliche Rolle Karl Liebknechts	41
Zur Politik der KPD in Thüringen	50
Geheimratsdiktatur oder Arbeiterregierung in Thüringen?	59
Der neueste Sozialisierungsschwindel des ADGB	64
Einheitsfront und Arbeiterregierung	69
Verwurzelt die Partei in den Betrieben!	74
Jede Fabrik soll unsere Burg sein	77
Mobilisierung gegen die Regierung der nationalen Schmach	84
Einige politisch-organisatorische Fragen	88

Die Nachkriegskrise in Deutschland und die Ereignisse des Jahres 1923	97—153
Das Wiedererstarben des deutschen Imperialismus	98
Die Lasten werden auf das Volk abgewälzt	100
Die Außenpolitik der deutschen Bourgeoisie	102
Der nationale Verrat der Bourgeoisie im Ruhrkampf	105
Die KPD, die einzige Partei des nationalen und sozialen Kampfes gegen Cuno und Poincaré	110
Der VIII. Parteitag der KPD zu den Fragen der Einheitsfront und Arbeiterregierung	112
Der Massenkampf zum Sturz der Cuno-Regierung	116
Internationale Solidarität	127
Die revolutionäre Krise im Herbst 1923	130
Die „Arbeiterregierungen“ in Sachsen und in Thüringen ..	136
Der Hamburger Aufstand unter Führung Ernst Thälmanns	139
Nach der Niederlage im Oktober 1923	148
Stalins Ratschläge an Genossen Thälmann	150

1924—1928

Der Kampf der deutschen Arbeiterklasse in der Periode der relativen Stabilisierung · Das Ringen um die marxistisch-leninistische Entwicklung in der KPD	155—370
Sofortiger Aufbau der Betriebszellen	157
Die Organisationsbeschlüsse der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands	161
Jede Fabrik muß unsere Burg sein	166
Parteiarbeit ist Parteipflicht	171
Zur Frage des demokratischen Zentralismus	173
Für den Achtstundentag!	179
Der Reichswirtschaftsrat — ein Organ der Großindustriellen ..	182
Warum kämpft der ADGB nicht?	189
Gegen die Arbeitszeitverlängerung	194
Sozialdemokratie und Gewerkschaften	198—208
Koalitionspolitik und Arbeitsgemeinschaftspolitik	198
Der „organisierte Kapitalismus“ als Voraussetzung der Wirtschaftsdemokratie	199
Der Sozialismus Silverbergs und Hilferdings	202
Wirtschaftsdemokratie und Arbeitsgemeinschaftspolitik statt Klassenkampf	205

Der Weg des revolutionären Klassenkampfes	207
Gegen die Zollpolitik der Bürgerblockregierung	209
Aktuelle Fragen der Gewerkschaftsbewegung	219—280
Vorbemerkung	219
Das Programm der Industriellen und des ADGB	221
Wirtschaftslage und Kapitalsoffensive in Deutschland	224
Was hat der Bundesvorstand des ADGB auf das Programm der Industriellen geantwortet?.....	231
Die Weltwirtschaftslage und der kapitalistische „Ausweg“	232
Die wichtigsten Erfahrungen der Wirtschaftskämpfe	239
Wirtschaftsdemokratie statt revolutionärer Klassenkampf?	249
Die „Wirtschaftsdemokratie“ in der Praxis	262
Was tun?	276
Der Kampf gegen Bürgerblock- und Trustherrschaft	281
Kampferfahrungen und Aufgaben der Partei	289
Die Hüttenarbeiterbewegung	294—303
Trustkapital und Arbeitszeitkampf	294
Die Aufgaben der KPD	295
Der große Verrat des ADGB und der SPD	297
Einige Schwächen und Fehler der KPD	300
Drei Hauptlehren	302
Mobilisierung!	304
Der mitteldeutsche Metallarbeiterkampf	310
Lehren der Ortsverwaltungswahlen im DMV Essen	317
Gewerkschaften und Reichstagswahlen	325
Gegen das Verbot des Roten Frontkämpferbundes	335
Über die Taktik der Partei	341
Die Lage in der KPD	350
Gegen die Aussperrung der Ruhrarbeiter	358
Die Reichsparteiarbeiterkonferenz	365

1929—1933

Die politische und ökonomische Krise und der Kampf der KPD um die Aktionseinheit der Arbeiterklasse gegen den Faschismus	371—663
Wozu brauchen wir Selbstkritik?	373
Fragen der Gewerkschaftspolitik in der KPD	377—393
Die Entwicklung der Differenzen	377

Zur Beurteilung des Reformismus	378
Die Anwendung der Einheitsfronttaktik	383
Zum Kampf gegen das Schlichtungssystem	386
Zur Arbeit in den Gewerkschaften	389
Durch List zur Macht?	392
Zehn Jahre Kampferfahrungen der KPD	394
Zur Frage der Unorganisierten	404
Zum zwölften Parteitag der KPD	408—423
Von Essen bis Berlin	409
• Um die leninistische Einheit der Partei	415
Aufgaben der Partei	420
Über den Charakter der Kämpfe	424
Der Weddinger Parteitag der Kommunistischen Partei Deutschlands	427
Die Kommunistische Internationale im Kampf um die Mehrheit der Arbeiterklasse	438
Die Aktivierung und Überprüfung des Mitgliederbestandes unserer Partei	447
Die Reformisten propagieren die Produktionssabotage in der UdSSR	456
Betriebsrätewahl und Kampf gegen Hungerregime	461
Die Kommunistische Partei — Organisator und Führer der Massenkämpfe	467
Gegen die Politik des Lohnraubes	472
Naziführer als Landsknechte des Finanzkapitals	488
Kampf um die Betriebe	494
Der Streik der Berliner Metallarbeiter	498
Wie bekämpfen wir den Faschismus?	504
Faschistische Diktatur, das letzte Mittel der Bourgeoisie	507
SPD, Nazis und die Arbeiter	522
Einheitsfront aller werktätigen Schichten gegen Volksausplündererei und Youngsklaverei	528
Gegen die drohende faschistische Diktatur	532
Gegen das Demonstrationsverbot in Berlin	538
Gegen die reaktionäre Innenpolitik	540
Offener Brief an Herrn Grzesinski	544
Vor dem Reichsgericht	547
Der revolutionäre Aufschwung und die Taktik der Einheitsfront	551
Gegen die Schiedsspruchpolitik des Deutschen Metallarbeiterverbandes	557

Hitler, der Verbündete der Millionäre	559
Unsere Partei, die einzige Arbeiterpartei	562
Beschlüsse, die noch nicht durchgeführt sind	566—570
Wie steht es mit der innergewerkschaftlichen Arbeit?	566
Revolutionäre Agitation heißt Millionen in den Kampf führen	568
Sektlerertum im Kampf gegen den faschistischen Terror ..	569
Fragen und Antworten zur Präsidentschaftswahl	571
Die entscheidende Aufgabe der Berliner Parteiorganisation ..	574
Bernau zeigt den Weg der Einheitsfront	581
Freienwalder Arbeiter schaffen die Einheitsfront	586
Einheitsfrontangebot an SPD, ADGB und Reichsbanner in Berlin	588
Die KPD im Kampf um die Eroberung der Mehrheit der Arbeiterklasse	590
Tiefer in die Massen!	603
Bedeutung und Lehren des Berliner Verkehrsarbeiterstreiks ..	616—635
Das Heranführen an den Streik	617
Die Streikauflösung	619
Das Echo des Massenstreiks	622
Verschärfung des Kampfes	623
Verbindung der legalen mit der sonstigen Arbeit	625
Die Methoden der BVG-Direktion	626
Herr von Papen in eigener Person	626
NSDAP und NSBO als streikbrecherische Stützen der Papen-Diktatur	627
Die Verbreiterung der Streikfront	627
Der Streikverrat	630
Schwächen und Mängel des Streikkampfes	632
Die unmittelbaren Aufgaben nach Streikabbruch	633
Die politische Lage und unsere nächsten Aufgaben	636
Wir organisieren den Sieg unserer Klasse	647—652
Der Berliner Verkehrsarbeiterstreik — das große Beispiel .	647
Drei wichtige Aufgaben des Bezirks	649
Verteidigung der Tagesinteressen ist entscheidend zur Heranführung an die Massenkämpfe	651
Ernst Thälmanns Vermächtnis	653
Anmerkungen	664